Montag, 21. Juli 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 166 - 30.W.- Preis 1.20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38.00 bfr. Frankreich 7.00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560.00 Din. Luxemburg 28.00 lfr. Niederlande 2.20 hfl. Norwegen 8.50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8.00 skr. Schweiz 2.00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

Heute in der WELT



Wie das Ausland Deutschland sieht

Mit einer gehörigen Portion Zynismus betrachtet Charles Wilson, Chefredakteur der Londoner „Times", die Deutschen. Sind die Deutschen seit dem Krieg weniger deutsch geworden? Das neue Deutschland seit 1945 weise erstaunliche Parallelen zu Amerika auf: kapitalistisch, demokratisch, von nervöser Aktivität und psychoanalytischer Nabelschau darüber geprägt, was es heißt, deutsch zu sein. Seite 6

Die großen Straßen der Welt

Die einst von Baudelaire beschworene Gestalt des „Flaneurs" ist nicht ausgestorben. Nach wie vor behaupten die großen Avenuen und Boulevards der Metropolen ihren festen Platz im Reiseprogramm professioneller Weltenbummler und Kunstfreunde. In einer losen Serie stellt die WELT von heute an große Avenuen und Prachtboulevards vor. Den Anfang macht der Kurfürstendamm in Berlin. Seite 15

POLITIK

Abgelehnt: Bogdan Lis, einer der inhaftierten Regimekritiker in Polen, lehnt die vom polnischen Parlament verabschiedete bedingte Amnestie ab. Er nennt die Bedingungen für die Amnestie eine „häßliche Feilscherei". Schon Arbeiterführer Walesa hatte von „Propaganda" gesprochen. (S. 8)

Komsomol: Zum neuen Ersten Sekretär der kommunistischen Jugendorganisation der UdSSR ist Wiktor Mironenko gewählt worden. Er löst in diesem Amt Wiktor Mischin ab, der zu einem der Sekretäre des Zentralrats des sowjetischen Gewerkschaftsverbandes ernannt worden ist.

Südafrika: US-Präsident Reagan verzichtet darauf, den Unternehmer Brown zum ersten farbigen Botschafter der USA nach Südafrika zu entsenden. Ihm werden umstrittene Geschäfte angelastet.

Landesliste: Der nordrhein-westfälische CDU-Landesvorsitzende Biedenkopf und Bundesarbeitsminister Blüm führen die CDU-Landesliste in NRW für die Bundestagswahl an. Herbert Hupka, Vorsitzender der Schlesischen Landsmannschaft, blieb ohne aussichtsreichen Platz. (S. 4)

Zustimmung: Der israelische Verteidigungsminister Rabin befürwortet die Förderung von Entwicklungsprojekten im besetzten Westjordanland durch die Bundesrepublik. Eine solche Hilfe hatte König Hussein von Bonn erbeten. Es handelt sich um den Ausbau des Gesundheitswesens.

Geflohen: Ein 26jähriger aus der „DDR" ist nach Niedersachsen geflohen. Er nannte als Grund Unzufriedenheit mit den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der „DDR".

WIRTSCHAFT

Vorschläge: Forschungsminister Riesenhuber hat in einem Schreiben an den Kanzler Vorschläge zur Energie-Einsparung unterbreitet. Die sicherheits-, gesundheits- und energiepolitischen Folgerungen aus Tschernobyl sollen in einem Staatssekretärsgespräch erörtert werden. (S. 9)

Tourismus: Das Reiseland Italien spürt immer stärker die Konkurrenz anderer Mittelmeer-Anrainer. Es sind nicht allein die verschmutzten Küsten, die Urlauber abschrecken, es sind die Teuerungsraten bei magerem Angebot. Die Attraktivität des „Stiefels" schwindet immer mehr. (S. 9)

KULTUR

Dunkelheit: Insgesamt zwölf Jahre Haft für fünf Gedichte, die nicht regierungskonform sind. Das Schicksal der Lyrikerin Irina Ratuschinskaja. Sie schrieb Gedichte von hoher künstlerischer Sensibilität. (S. 15)

Jan Saudek: Er ist nicht vom Stamme Schwejks, sein Erbteil rührt eher vom „Ackermann aus Böhmen". Ihn fasziniert der Lebenszyklus von Liebe, Jugend, Alter, Tod. 35 Jahre Photographie, gezeigt in Frankfurt. (S. 15)

SPORT

Radsport: Der Amerikaner Greg Lemond hat auf der ersten Alpen-Etappe der Tour de France die Führung im Gesamtklassement übernommen. Sein Mannschaftskollege Bernard Hinault fiel in diesem Team-internen Zweikampf weit zurück. (S. 13)

Reitsport: Reitlehrer Herbert Rehbein aus Grönwohldorf in Holstein gewann zum fünften Male das deutsche Dressur-Derby in Hamburg, das mit Pferdewechsel entschieden worden ist.



Tennis: Martina Navratilova ist elf Jahre nach ihrer Flucht aus der CSSR in ihrer Heimatstadt Prag freundlich empfangen worden. Sie wurde von ihrer Mutter Jana (Foto) auf dem Flughafen begrüßt. Heute spielt sie für die USA im Federationcup der Damen. (S. 12)

AUS ALLER WELT

Hochzeit: Schüchtern und keß zugleich präsentierte sich Caroline Kennedy (Foto) bei ihrer Hochzeit mit dem New Yorker Geschäftsmann und Künstler Edwin Schlossberg. Die Braut verzichtete bei der Trauungszeremonie darauf, ihrem Ehemann Gehorsam zu geloben, und bestand auch darauf, ihren Familiennamen Kennedy beizubehalten. (S. 16)



Weitsicht: Europas höchstgelegenes „Drehrestaurant" steht auf dem 3500 Meter hohen Mittelallalin oberhalb des Saas-Fee im Schweizer Kanton Wallis. Zwölf Millionen Mark kostete der Bau, der dem Gast einen herrlichen Weitblick auf einen Kranz von Viertausendern bietet. Reicher Segen für ein armes Tal. (S. 16)

Moskau entläßt Funktionäre. „Grobe Fehler in Tschernobyl"

Kreml verweist auf Konferenz über Reaktorsicherheit / Ein Atomministerium

R. M. BORNGÄSSER, **Moskau**

Mit personellen Konsequenzen und der Einrichtung eines Umweltministeriums versucht die Sowjetunion, die Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl politisch zu bewältigen. Aus dem Untersuchungsbericht, der am Wochenende dem Politbüro vorgelegt wurde, geht hervor, daß die bisherigen Informationen, die auf Pressekonferenzen und in Zeitungsberichten gegeben wurden, falsch, zumindest aber irreführend waren. Jetzt wird die Katastrophe nicht mehr mit technischem, sondern menschlichem Versagen begründet.

Unfallursache waren nach dem Bericht „Experimente" mit dem Turbo-Generator am vierten Block, der zu Wartungsarbeiten heruntergefahren war. Die Fachleute und das Bedienungspersonal in jener Nacht seien nicht ausreichend gerüstet gewesen für diese Versuche. Außerdem hätten sie keine adäquaten Sicherheitsmaßnahmen in dieser Situation ergriffen, auch hätte eine Oberaufsicht gefehlt, heißt es in dem Bericht.

Die Schuld wird dem Ministerium für Kraftanlagen und Elektrifizierung und dem Staatskomitee für Reaktorsicherheit in der UdSSR angelastet. „Grobe Fehler, Verantwortungslosigkeit, Nachlässigkeit und Un-Disziplin" hätten die furchtbaren Folgen ausgelöst. 28 Menschen waren bei diesem Unfall getötet worden, die Gesundheit zahlreicher ist gefährdet. In diesem Kommuniqué, das heute in allen sowjetischen Zeitungen veröffentlicht wurde, werden nun die personellen Konsequenzen bekanntgegeben. Der Vorsitzende des Staatskomitees für Reaktorsicherheit, Jewgenij Kulow, verlor alle seine Ämter. Ihrer Posten entbunden wurden auch der Minister der elektronischen Industrie, Woronowskij, der stellvertretende Minister für Kraftanlagen und Elektrifizierung Schasharin, der erste stellvertretende Minister für mittleren Maschinenbau Meschkow sowie der stellvertretende Direktor des Forschungs- und Konstruktions-Institutes, Jemeljanow. Der frühere Direktor des Tschernobyler Atommeilers, Brykanow wurde aus der Partei ausgeschlossen. Verschont blieb der ukrainische Parteichef Schtscherbitzkij. Zum neuen Minister der elektrotechnischen Industrie ernannte das Präsidium des Obersten Sowjet den KPdSU-Sekretär von Lettland, Anfimow. Anatol Majorez , der Minister für Kraftanlagen und Elektrifizierung blieb vorerst auf seinem Stuhl. Allerdings wird sein Ressort halbiert: die Atomenergie untersteht künftig einem eigenen Ministerium.

Der Bericht beziffert den volkswirtschaftlichen Schaden der Reaktorkatastrophe auf zwei Milliarden Rubel – 6,3 Milliarden Mark. Um solchen Unfällen künftig vorzubeugen, will man vor allem „das Personal für Atommeiler besser schulen, will es in Spezialzentren mit besonders ausgerüsteten Simulatoren ausbilden". In dem Bericht „dankt das Politbüro vor allem den sozialistischen Ländern, die Solidarität mit der sowjetischen Bevölkerung angesichts des Atom-Unglücks von Tschernobyl geübt hätten".

Moskau bietet jetzt seine Zusammenarbeit mit anderen Staaten an. Man weist insbesondere auf die Generalversammlung der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) in Wien im kommenden September hin.

DER KOMMENTAR

Die Kleinen hängen

CARL GUSTAF STRÖHM

Fahrlässigkeit, verantwortungsloses Verhalten, Schlamperei und Disziplinlosigkeit" – mit diesen starken Worten hat das Moskauer Politbüro die Ursachen für die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl charakterisiert. Gleichzeitig wurde die Absetzung einiger zuständiger Funktionäre bekanntgegeben.

Dieser Stellvertreter-Krieg um den Unglücksreaktor ist typisch für ein System, in dem immer nur die kleinen Schuldigen (oder angeblich Schuldigen) geopfert werden, während das System selber und die Verantwortlichen an der Spitze ungeschoren bleiben. Was das Politbüro über Tschernobyl zu melden weiß, läßt einen noch nachträglich erschauern: Da ist von einer „ganzen Reihe von groben Verstößen" gegen die Betriebssicherheit die Rede; vom Fehlen jeglicher staatlicher Aufsicht, von mangelnden oder unterlassenen Vorbereitungen bei der Durchführung nicht näher bezeichnender Arbeiten am Reaktor. Bei „Experimenten" (so der Moskauer Ausdruck) an den Turbinen des vierten Reaktorblocks muß überaus leichtfertig verfahren worden sein – dabei wüßte man auch gern, was für geheimnisvolle Experimente das waren. Das militärische Stichwort „Plutonium" kommt einem in den Sinn.

Nun, da das Kind in den Brunnen gefallen und die Katastrophe geschehen ist, zieht Moskau die Lehren – und was erleben wir? Es wird ein neues Ministerium gegründet, diesmal für „Atomenergie". Die bürokratische Schlamperei soll durch einen neuen bürokratischen Apparat bekämpft werden.

Bleibt die Frage: Wann kommt das nächste Tschernobyl auf die Sowjetmenschen und auf ihre Nachbarn zu? Denn wer wollte schon die Behauptung wagen, daß es in den anderen Atomreaktoren der Sowjetunion und ihrer Verbündeten grundsätzlich anders zugeht als in Tschernobyl? Wenn das System gleich ist, müssen auch die Ergebnisse gleich sein.

„Kleiner Tausch" im Fall Meißner?

Staatssekretär Rehlinger und „DDR"-Anwalt Vogel suchen eine Lösung / Komplikationen

WERNER KAHL, **Bonn**

Die Beratungen zwischen dem Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel und dem Staatssekretär im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ludwig Rehlinger, über eine Beendigung der Affäre Meißner wurden am Wochenende durch einen Verdacht gegen den „DDR"-Geheimdienst belastet. Danach soll der Wissenschaftler nach seinem Übertritt in den Westen von „DDR"-Agenten in die Ständige Vertretung verschleppt worden sein.

Nach Informationen der „Bild"-Zeitung haben die deutschen Sicherheitsbehörden mehrere konkrete Hinweise für eine Entführung Meißners von München nach Bonn. Das Blatt schreibt, es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß der stellvertretende Vorsitzende der Ostberliner Akademie der Wissenschaften ein öffentliches Verkehrsmittel benutzt habe. Auch habe eine Analyse des Meißner-Interviews im „DDR"-Fernsehen den Verdacht nahegelegt, daß er unter Drogeneinfluß gestanden habe.

Unter strenger Abschirmung sondierten Vogel und Rehlinger am Wochenende in der Umgebung von Bonn die Möglichkeiten zur Lösung der Affäre Meißner. Vor dem Gebäude der „DDR"-Vertretung in Bonn, in dem sich Herbert Meißner aufhält, waren auch gestern Polizeiwachen und zivile Fahnder des Bundeskriminalamtes postiert.

Im Gebäude der Mission erklärte der Wissenschaftler in einem vom „DDR"-Fernsehen ausgestrahlten Interview, er wolle freiwillig in die „DDR" zurückkehren, weil er dort „noch gebraucht" werde, wie er „glaube".

Als Voraussetzung für diese Rückkehr gilt jedoch, daß Meißner eine entsprechende Erklärung vor einem Beauftragten der Bundesregierung abgibt. Dazu gehört auch eine Begründung seines beim Bundesnachrichtendienst abgelegten Geständnisses, er habe für den „DDR"-Geheimdienst gearbeitet. Erst danach könnte die Bundesregierung die Justiz anweisen, den Haftbefehl außer Vollzug zu setzen und das Ermittlungsverfahren aus höheren politischen Interessen einzustellen.

Kompliziert wurde der Fall gestern durch die Nachricht, daß Meißner sich bereits vor einem Jahr bei einer Firma im Rheinland um eine Position im wissenschaftlich-technischen Sektor beworben habe. Die Generalbundesanwaltschaft, der dieser Sachverhalt bisher nicht bekannt war, will jetzt prüfen, ob Meißner sich im Auftrag des Staatssicherheitsdienstes beworben habe.

Eine Rückkehr des unter Spionageverdacht stehenden Wissenschaftlers soll nicht von einem förmlichen Agentenaustausch abhängig gemacht werden. In Regierungskreisen geht man allerdings davon aus, daß Gegenleistungen erbracht werden. Kurz bevor Rechtsanwalt Vogel das Mandat im Fall Meißner erteilt wurde, waren die Unterhändler mit der Vorbereitung eines „kleinen deutschen Tausches" befaßt. Nach Informationen der WELT läßt sich der angestrebte große nicht realisieren.

Asylanten, Schlepper und Orient-Klänge

MICHAEL JACH, **Braunschweig**

Wer in diesen Tagen Tonkassetten hört, die mit orientalischer Musik bespielt sind, muß noch lange kein Freund dieser Klänge sein. Denn manche der Kassetten bergen eine Überraschung: Zwischen 45 Minuten Musik wurden detaillierte Anweisungen eingearbeitet, wie Asylsuchende bei „Übertritt" den deutschen Grenzschutzbehörden begegnen sollten, um nicht flugs in ihr Herkunftsland zurückgeschickt zu werden.

Die „Kettenglieder" sogenannter Schlepperorganisationen operieren mittlerweile aufeinander abgestimmt sowohl von den Herkunftsländern der Asylsuchenden aus wie auch innerhalb des Bundesgebietes, um die Asylsuchenden an den Behörden vorbei einzuschleusen. Und sie verfügen über ein gut funktionierendes Informationsnetz, das Änderungen der Kontrolltaktik des Grenzschutzes gezielt weitermeldet. Bei den Erfassungs- und Auffangstellen im Zonenrandgebiet Helmstedt haben sich die Indizien für einen organisierten „Hintergrund" der Asylantenwelle gemehrt, berichtete der Leiter des für die innerdeutschen Eisenbahnübergänge zwischen Lübeck und Bebra zuständigen Grenzschutzamtes Braunschweig, Günther Nehring, der WELT.

„Da muß es bei uns schon regelrechte, von den zuständigen Länderpolizeien noch weitgehend unerkannte Infrastrukturen geben", folgert Nehring aus einer Reihe von Auffälligkeiten, die in Helmstedt inzwischen alltäglich sind.

SEITE 4:
Proteste in Berlin

● „An manchen Tagen verschwinden bis zu 50 Prozent" der von Berlin kommenden Ausländer unmittelbar nach der Erfassung und Überprüfung durch den Bundesgrenzschutz (BGS). Bei den nachfolgend tätigen Betreuungsstellen (Notunterkünfte, Gesundheits-, Sozialamt) treffen sie nicht ein. „Auf manche wartet in Bahnhofsnähe schon ein auswärtiges Taxi oder Privatwagen, meist mit Kennzeichen aus dem Rhein-Ruhr-Gebiet." Diese zu überprüfen, sei jedoch der BGS nicht befugt, „das wäre Sache der niedersächsischen Polizei".

● Wiederholt erhält die BGS-Dienststelle Helmstedt-Bahnhof Anrufe von Anwaltskanzleien „überall im Bundesgebiet" mit der Anfrage, „ob unser Mandant XY denn noch nicht eingetroffen" sei. Nehrings Frage: „Woher kennt ein Anwalt einen Mandanten, der gerade erst ins Land kommt?"

● Immer häufiger geben Ankömmlinge an, sie hätten ihre Pässe „unterwegs weggeworfen". Der Grund ist offensichtlich: Wer nicht identifiziert werden kann, darf jedenfalls auch nicht postwendend – ohne Überprüfung seiner Asylgründe – abgeschoben werden. Das Verfahren zieht sich in die Länge, jene „Infrastruktur" kann tätig werden. Nehring: „Da müssen welche im Zug sein, die die Pässe einsammeln und ins Bundesgebiet schleusen." So manches „weggeworfene" Reisedokument sei nämlich später wieder vorgelegt worden.

● Und daß Pässe „weggeworfen" würden, sei erst eingetreten, nachdem BGS-Beamtinnen die ersten Exemplare aus Damenunterwäsche und Kinderwindeln gezogen hätten.

„Wo bleibt Protest gegen Terror?"

KNA, **München**

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, hat sich betroffen darüber geäußert, daß nach den Terrormorden an dem Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts und dessen Fahrer Groppler sich „niemand in größerem Maßstab auf die Straße begibt und gegen das, was in Straßlach passiert ist, demonstriert". In einem Gespräch mit dem „Münchener Merkur" sagte der Bischof von Mainz, ihm wäre „wesentlich wohler", wenn es wegen dieses Verbrechens friedliche Proteste gegeben hätte. Er fügte hinzu: „Wir sind auf diesem Gebiet zuweilen doch etwas blauäugig."

Bei der Suche nach den Mördern von Beckurts und Groppler sind die Behörden am Wochenende noch nicht weitergekommen. Die Sicherheitskräfte suchen verstärkt nach dem RAF-Mitglied Horst Ludwig Meyer, den Zeugen in der Nähe von Straßlach gesehen haben wollen.

Kreml löst General in der „DDR" ab

DW. **Berlin**

Nach nur elf Monaten wurde der Oberkommandierende der sowjetischen Streitkräfte in der „DDR", Armeegeneral Pjotr Luschew von seinem Posten abberufen. Das geht aus einer Meldung der amtlichen „DDR"-Nachrichtenagentur ADN hervor. Die Agentur meldete, „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honecker habe Luschew, der offiziell die Bezeichnung Oberbefehlshaber der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) trägt, anläßlich der „Beendigung seines Dienstes" empfangen. Gründe für die Ablösung des Oberkommandierenden teilte ADN nicht mit. Luschew hatte seinen Dienst am 9. August 1985 als Nachfolger von Armeegeneral Michail Saizew angetreten. In der „DDR" sind nach Schätzungen westlicher Militärexperten etwa 400 000 sowjetische Soldaten stationiert. Sie bilden das größte Kontingent sowjetischer Truppen außerhalb der UdSSR.

Paris will mehr Basken abschieben

DW. **Paris**

Frankreich wird nach den Worten von Außenminister Jean-Bernard Raimond künftig häufiger baskische Extremisten nach Spanien abschieben. In einem Rundfunkinterview erklärte Raimond gestern, eine solche Maßnahme wie die Abschiebung des mutmaßlichen ETA-Mitglieds Jose Varona Lopez am Freitag abend sei ein völlig normaler Vorgang zwischen zwei demokratischen Ländern. Lopez wurde den spanischen Behörden unmittelbar nach seiner Festnahme übergeben.

Raimond sagte, die nächsten Abschiebungen könnten schon in den kommenden Tagen stattfinden. Am Freitag war es das erste Mal gewesen, daß ein baskischer Flüchtling im Rahmen der „Prozedur für absolute Notfälle" übergeben wurde. Der Außenminister kündigte an, er werde diese Woche in Madrid die Basken-Frage erörtern.

Rogers mahnt die Europäer

cvb. **Mons**

NATO-Oberbefehlshaber Rogers hat Europa davor gewarnt, sich von der amerikanischen SDI-Organisation die Initiative für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Raketenabwehr aus der Hand nehmen zu lassen. „Ich möchte nicht, daß die NATO das Nachsehen hat und Europa in eine „unannehmbare" Position gerate, „weil etwas ohne unser Zutun geschaffen würde", sagte der US-General in einem WELT-Gespräch.

Seite 5: Raketenabwehr in Europa

Genscher will „aktiven Dialog"

DW. **Bonn**

Außenminister Hans-Dietrich Genscher sieht die eigentliche Bedeutung seines Besuchs in der Sowjetunion darin, daß die Bundesregierung an dem wieder in Gang gekommenen West-Ost-Dialog aktiv teilnehmen will. Kurz vor seinem gestrigen Abflug traf Genscher noch mit dem Sonderbeauftragten des US-Präsidenten, Paul Nitze, zusammen und ließ sich über den Entwurf der Antwort auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge informieren.

Seite 8: Letzte Informationen

Vorstoß für „Wasserpfennig"

DW. **Bonn**

Der Vorsitzende des Bundestags-Umweltausschusses, Göhner (CDU), hat sich für einen „Wasserpfennig" ausgesprochen. Damit sollten die Bauern entschädigt werden, wenn die Düngermenge begrenzt und die Ernte geringer ausfallen würde, sagte Göhner im „Express". Allerdings werde dann der Wasserpreis steigen. Der Regierung in Stuttgart, die den „Wasserpfennig" eingeführt hat, war ein Abrücken von dem Verursacherprinzip vorgeworfen worden.

Spiele-Boykott weitet sich aus

DW. **London**

Der Boykott der Commonwealth-Spiele, die am Donnerstag in Edinburgh beginnen sollen, zieht Kreise. Bis gestern hatten 23 von insgesamt 50 Ländern ihre Teilnahme aus Protest gegen die britische Südafrika-Politik abgesagt. Unterdessen dementierte der Buckingham-Palast neue Berichte, wonach Königin Elizabeth II. über die Haltung von Premierministerin Thatcher im Commonwealth-Streit „bestürzt" sein soll.

Seiten 2 und 5: Weitere Beiträge

Wien: Wackersdorf ist eine „Giftküche"

DW. **Salzburg**

Die österreichische Bundesregierung hat ihren Widerstand gegen die nulkleare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf bekräftigt. Bei einer Podiumsdiskussion in Salzburg nannte Umweltminister Kreuzer die Anlage eine „Giftküche". Österreich und andere Nachbarstaaten sollten den Druck gegen das Vorhaben aufrecht erhalten. Der bayerische Staatssekretär Fischer erklärte dagegen, die Chancen eines Verzichts auf Wackersdorf seien gleich Null.

Managua droht mit UN-Sicherheitsrat

DW. **Managua**

Der nicaraguanische Präsident Daniel Ortega hat am siebten Jahrestag der sandinistischen Revolution die Vereinigten Staaten in ultimativer Form aufgefordert, die Contras nicht mehr zu unterstützen. Managua werde den UN-Sicherheitsrat anrufen, falls Washington nicht bis zum nächsten Sonntag auf ein Urteil des Internationalen Gerichtshof reagierte, wonach die USA mit ihrer Hilfe an die Contras das Völkerrecht verletzten.

Seiten 2 und 8: Weitere Beiträge

Für Kim Dae Jung dient das Grundgesetz als Vorbild

Geißler sichert Südkoreas Opposition Hilfe der CDU zu

DW. **Seoul**

Als ein „zweites Deutschland hier in Asien" wünscht sich Südkoreas Oppositionspolitiker Kim Dae Jung seine Heimat. Gegenüber CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der ihn in seinem Haus in Seoul besuchte, sagte Kim, er und seine Freunde bewunderten das Verfassungssystem und die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Geißler überbrachte Grüße von Bundeskanzler Helmut Kohl und versicherte, die Christdemokraten würden dafür eintreten, daß Kim Dae Jung sich wieder politisch betätigen könne. Der Oppositionelle der New Korea Democratic Party (NKDP) stand während der Visite unter Hausarrest. Etwa 400 Polizisten waren nach seinen Angaben in dem Wohnviertel postiert, um zu verhindern, daß er an einer von seiner Partei organisierten Demonstration gegen Folterungen im Lande teilnahm.

Geißler versicherte in dem Gespräch, die CDU wolle mit allen Parteien zusammenarbeiten, die sich der Demokratie, den Menschenrechten und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet fühlen. Er lud Kim für den Herbst zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland ein. Der im vergangenen Jahr aus dem Exil zurückgekehrte Oppositionspolitiker nahm die Einladung an, war jedoch unsicher, ob er einen Paß bekommen würde.

Kim bezeichnete die regierende „Democratic Justice Party" als ein Instrument zur Erhaltung der Macht von Militärs. Sie werde erst dann von der Bildfläche verschwinden, wenn Präsident Chun Doo Hwan abtrete. Nach ihm vorliegenden Umfrageergebnissen befürworteten 60 Prozent der Bevölkerung ein Präsidialsystem mit direkter Wahl, unterstrich Kim die Forderungen der Opposition nach einer Verfassungsänderung. Bislang wird der Präsident durch ein Wahlkollegium ins Amt gehoben.

Noch während des Gesprächs mit Geißler erreichten Kim Informationen, wonach die Polizei mit Tränengas gegen die zur selben Zeit demonstrierenden Oppositionellen in der Stadt vorging.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ortegas totaler Krieg

Von Günter Friedländer

Die Jahre der großen Siegesfeiern der sandinistischen Revolution sind vorüber. Präsident Daniel Ortega vermied es, am siebten Jahrestag vor großen Volksmassen zu erscheinen. Er sprach in der Provinzstadt Esteli. Die Stars der sogenannten „nationalen Befreiungskriege" blieben aus. Wer am Radio oder am Fernsehen die glanzlose Feier miterlebte, mußte sich mit einem tschechoslowakischen Vizepräsidenten, einem stellvertretenden Ministerpräsidenten aus Guayana und einem Außenminister aus Libyen begnügen.

Die Botschaft an sein Volk faßte Oretega in einem Satz zusammen: „Die unmittelbare Zukunft ist voller Schwierigkeiten." Nun müßten eben noch mehr Arbeitsstunden eingelegt werden, um die Produktivität zu erhöhen. Dafür gibt es weniger zu essen. Lebensmittel seine in erster Linie für die Verteidiger der Revolution bestimmt, in zweiter Linie für die Arbeiter, erst dann käme der Rest.

Schuld an allem haben natürlich die USA. Der Mann. der den von der Contadora-Gruppe vorgelegten mittelamerikanischen Friedensvertrag sabotierte und damit die Gesetzgeber der USA so vor den Kopf stieß, daß sie schließlich 100 Millionen Dollar für die Freiheitskämpfer in Nicaragua bewilligten, droht nun jedem in Mittelamerika, der „sich als Werkzeug der terroristischen Politik der USA hergibt". mit den Anstrengungen und den Folgen eines „totalen Krieges".

In seiner überschäumenden Rede bezeichnete Ortega Reagan als „einen Verbrecher" und stellte den USA eine Frist bis zum 27. Juli, bis zu der sie sich dem Weltgericht zu unterwerfen hätten. Nur so könne er daran gehindert werden, sich an den Sicherheitsrat der UNO zu wenden. Was er dort allerdings will, wo er keinerlei Chance hat, einen ihm günstigen Beschluß zu erlangen, verriet er nicht.

Ortega hatte bis vor kurzem in den USA genügend Verteidiger, um viele Monate Reagans Politik gegen die Sandinistas aufzuhalten. Sein Verbot der einzigen oppositionellen Zeitung, seine Verfolgung des Klerus und das schwindende Vertrauen im eigenen Land finden in den USA nun ein besseres Echo als seine großspurigen Drohungen.

Gesamtschule übertrumpft

Von Ulrich Reitz

Die SPD-Regierung im Saarland will das kleinste Flächenland mit „neuen" Gesamtschulen überziehen – auf Kosten des bewährten, gegliederten Schulwesens. Doch die Schulrechtsnovelle des Kultusministers Breitenbach ist durch die Landesverfassung vermutlich nicht gedeckt.

Hier kommt das Wort „Gesamtschule" nicht vor. Und das nicht etwa deshalb, weil die Verfassungsväter nicht gewußt hätten, daß dieser Schultyp zum Lieblingskind sozialdemokratischer Nivellierungspolitik im Bildungsbereich avancieren würde. Die Landesverfassung enthält eine starke Bestandssicherung des dreigliedrigen Schulwesens. Die SPD weiß das. Als sie nämlich 1969 beantragte, den Katalog der weiterführenden Schulen in der Verfassung um die Gesamtschule zu „bereichern", scheiterte sie an der CDU-Mehrheit.

Zunächst schließt Breitenbach „nur" sechsundzwanzig weiterführende Schulen. Doch das ist nicht das Ende der Fahnenstange. Denn das neue Schulgesetz gibt dem Minister die Möglichkeit, im Zuge sinkender Schüler- und damit Anmeldezahlen eine herkömmliche Schule nach der anderen dichtzumachen. Ein Hebel, den die SPD-Regierung nutzen dürfte.

Bis heute hat Breitenbach nicht einmal die Mitglieder der Landesregierung wissen lassen, wie die Schule aussehen wird, in die die verunsicherten Eltern ihre Kinder schicken sollen. Denn für ihn gehört die einst als revolutionär gepriesene Gesamtschule bereits in die Mottenkiste. Doch was unter der „Gesamtschule der zweiten Generation" und dem als eine Art Selbstverwaltung der Schüler begriffenen „Team-Kleingruppen-Modell" zu verstehen ist, blieb im dunkeln.

Mit diesem Problem will Breitenbach das Parlament freilich erst gar nicht belasten. Vorsorglich hat er sich selbst eine Verordnungsermächtigung ausgestellt. Sie gibt ihm die Möglichkeit, „Näheres" über die „neue" Gesamtschule selbst(herrlich) festzulegen. Zwei Wochen vor Schulbeginn an der Saar warten die Eltern auf des Ministers Offenbarung. Sie dürfte schneller kommen, als Breitenbach selbst beabsichtigte, denn CDU und FDP werden noch vor Schulbeginn eine Verfassungsklage gegen die Schulgesetznovelle einreichen.

Otto Normalspender

Von Enno v. Loewenstern

Otto spendet einer ‚gemeinnützigen' Vereinigung 1000 DM. Da er Sozialhilfeempfänger ist und mithin keiner Einkommens- oder Lohnsteuerpflicht unterliegt, wirft Otto nach dem Vorgang sogleich die Spenden-Quittung weg, er kann ‚nichts von der Steuer absetzen'; bei seinem alljährlichen Kassensturz am 31. 12. muß Otto betrübt feststellen, daß er schlicht 1000 DM weniger im Sparstrumpf hat. Im nächsten Jahr spendet er deshalb nichts mehr."

Diesen erschütternden Tragödienstoff verdanken wir dem Szenenblatt „Tageszeitung". Es nimmt ihn zum Aufhänger einer schneidenden Kritik am jüngsten Parteispenden-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, ergänzt durch den Hinweis, daß demgegenüber der „Monopolkapitalist" Friedrich-Karl, wenn er tausend Mark spendet, diese von der Steuer absetzen und somit 560 Mark sparen kann.

So wurde wieder einmal dem Staatsmonopolkapitalismus die Maske heruntergerissen. Nur schade, daß die Grünen, deren Staatsmonopolsozialismus das Szenenblatt verficht, Ottos Geschichte nicht rechtzeitig Karlsruhe vorlegten. Denn dann hätte diese Instanz erfahren, daß bei uns die Sozialhilfeempfänger so viel kriegen, daß sie leicht tausend Mark spenden können und dennoch einen Sparstrumpf voll Geld haben, nur eben um tausend Mark weniger. Die das erzählen, sind bekanntlich die Basisnahen, die wahren Vertreter des Volkes. So also stellt sich ihnen die Lage der Sozialhilfeempfänger dar.

Aus deren Reihen erhalten die Grünen einen Großteil ihrer Unterstützung – aus der Hausbesetzer- und entsprechenden Szene, wo man den Staat bekämpft und dennoch wie die Lilien auf dem Felde sich von ihm ernähren läßt. Die Grünen revanchieren sich, indem sie in ihren Wahlprogrammen die Erhöhung der Fürsorgerichtsätze verlangen. Wofür – damit die Sozialhilfeempfänger das nächste Mal zweitausend Mark spenden können und trotzdem noch was beim alljährlichen Kassensturz im Sparstrumpf finden? Diejenigen, die der Einkommens- oder Lohnsteuerpflicht unterliegen und immer meinten, die von ihnen bezahlte Sozialhilfe sei zum Leben genug und zum Spenden zu wenig, können nur staunen.



Neue Kriegsfahne — MIKE KEEFE/THE DENVER POST — Dist. News America Syndicate, 1986

Tritt gefaßt

Von Manfred Schell

Helmut Kohl oder Johannes Rau? Die Meinungsumfragen in diesem Sommer zeigen, wenn man nicht nur die persönlichen Sympathiewerte, sondern die politischen Gewichte insgesamt aufrechnet, daß sich diese Alternative für viele Bürger überhaupt nicht mehr stellt. Natürlich ist bei demoskopischen Erhebungen Vorsicht geboten, weil sie nur den Wert von Momentaufnahmen haben, aber sie belegen doch das ohnehin verbreitete Gefühl, daß sich die innenpolitische Stimmungslage zu Lasten der SPD verändert hat.

Für diese Entwicklung gibt es Daten und Anlässe. Die Tatsache, daß sich CDU und FDP in Niedersachsen wenn auch nur knapp gegen rot-grün durchgesetzt haben, ist ein solches Ereignis. Die SPD hat in Niedersachsen mit der Parole gekämpft, Helmut Kohl müsse in Bonn weg. Die SPD ist damit gescheitert. Der Kanzler ist im Amt und weniger gefährdet denn je.

Niedersachsen war für Helmut Kohl ein „kritischer Punkt", aber er ist überwunden, die Nervosität ist gewichen, die Koalition hat wieder Tritt gefaßt. Der Kanzler möchte ohne Reibungsverluste in die Wahlkampfauseinandersetzung gehen. Hinter den Kulissen regiert er mit sehr fester Hand, Kabinettsmitglieder werden von ihm schriftlich zur Disziplin oder zu einer wirkungsvolleren Darstellung der Regierungspolitik ermahnt. Kürzlich sind Briefe an die Minister Riesenhuber und Frau Wilms gegangen.

Es war immer eine Stärke Kohls, nicht nur an die Sache, sondern vor allem auch an Personen zu denken, wobei das eine oft das andere bedingte. Seine Entscheidung, mitten in der Tschernobyl-Diskussion und kurz vor der Niedersachsenwahl Walter Wallmann zum Umweltminister zu berufen, wird als gelungener Schachzug anerkannt.

Die Information, daß Kohl sich kürzlich im Kanzleramt mit Kurt Biedenkopf, dem Vorsitzenden des großen rheinisch-westfälischen CDU-Landesverbandes, getroffen hat, paßt in dieses Raster. Biedenkopf wird im nächsten Deutschen Bundestag sitzen. Es ist abzusehen, daß er zumindest der Fraktionsführung, vielleicht als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, angehören und von dort aus zu einem neuen Programm der „kreativen Phase" beitragen wird. Dabei weiß jeder, natürlich auch Kohl, daß der gescheite Mann auch unbequem sein kann. Aber diese neue Konstellation muß nicht auf Konfrontation angelegt sein, eher spricht vieles für ein konstruktives Miteinander – daß es zwischen Kohl und Biedenkopf „gutgehen" wird.

Der Fraktionsführung kann ein Mann wie Biedenkopf durchaus guttun. Wichtig ist, daß er nicht in einen Konflikt mit dem Fraktionsvorsitzenden gerät. Es ist kein Geheimnis, daß Norbert Blüm, Heiner Geißler und auch Wolfgang Schäuble für das Amt Interesse zeigen. Alfred Dregger wird das Amt des Bundestagspräsidenten angetragen werden; der jetzige Präsident Philipp Jenninger ist ausersehen als Bundesminister, vielleicht für innerdeutsche Beziehungen.

Auch dem Bundeskanzler ist bewußt, daß die erste volle Legislaturperiode der Koalition der Mitte auf Konsolidierungsaufgaben im weitesten Sinne konzentriert war. Die Wirtschaft mußte von bürokratischen und ideologischen Bürden befreit, sie mußte wieder angekurbelt werden. Dieses Ziel ist erreicht. Und es wird den Sozialdemokraten schwerfallen, diesen Erfolg wegzureden.

Kohl weiß, daß die nächste Legislaturperiode nicht mit „Konsolidierungspolitik" bestanden werden kann. Es muß vielmehr ein Zeitraum reformerischer Entscheidungen werden; die große Rentenreform und die große Steuerreform sind nur zwei Stichworte. Dabei können Köpfe wie Biedenkopf, die in der Lage sind, phantasievoll neue Wege zu diskutieren, überaus hilfreich sein. Biedenkopf weiß, daß er scheitern würde, verstünde er sich als „Gegenspieler" des Kanzlers.



Wird von Kohl eingebunden: Biedenkopf FOTO: RZEPKA

Dieser Koalition aus CDU/CSU und FDP, die respektable Leistungen vorzuweisen hat, stehen die Sozialdemokraten mit Johannes Rau gegenüber. Rau ist ein redlicher Mann, aber er selbst muß wissen, ob er sich nicht mit seiner Kandidatur überfordert. Es fällt auf, daß er sich der politischen Diskussion in Bonn hartnäckig verweigert. Rau will offenbar nicht für Entscheidungen und Strömungen in der SPD politisch haftbar gemacht werden. Diesen Kurs kann er wohl kaum durchhalten. Die eigenen Mitglieder werden ihn, zum Beispiel auf dem anstehenden Bundesparteitag, zwingen, Farbe zu bekennen – rot oder rot-grün.

Rau hat für sich, was ihn durchaus ehrt, Pflöcke eingeschlagen. Er hat öffentlich erklärt, daß er sich von den Grünen nicht zum Kanzler wählen lassen und auch mit ihnen zusammen nicht regieren würde. Statt dessen setzt er auf die absolute Mehrheit der SPD, die bei der letzten Bundestagswahl 38,2 Prozent errungen hat. Vielleicht ist Rau der einzige in der SPD, der an das Wunder von der absoluten Mehrheit glaubt. Jedenfalls steht er seit Wochen im verzweifelten Kampf, seiner Partei Zweifel zu nehmen, sie zu mobilisieren.

Aber bisher zumindest verweigern sich viele. Ihnen steckt noch die Bundestagswahl 1980 in den Knochen. Damals hat Helmut Schmidt seiner Partei eiserne Disziplin und – für manche bis zur ideologischen Selbstverleugnung – Unterstützung des Kanzler-Kurses abverlangt. Das Ziel, über den „Traumgegner" Strauß die stärkste politische Kraft zu werden, wurde dennoch nicht erreicht. Diejenigen in der SPD, die einen anderen Weg als die Regierung in der Energie- und der Sicherheitspolitik gehen wollen, haben die Erfahrung von 1980 noch präsent. Sie werden sich nicht noch einmal „kleinhalten" lassen. Nicht zuletzt darin liegt das Dilemma der SPD.

IM GESPRÄCH Raschid Sfar

Nachfolger des Nachfolgers

Von Achim Remde

Je schwächer das politische System, um so stärker muß die politische Führung sein. Auf Kenyatta folgte in Kenia Arap Moi, auf Senghor in Senegal Diouf, auf Ahidjo in Kamerun Biya und auf Nyerere in Tansania Mwinyi. Wer – oder was – folgt auf Bourguiba? In Tunesien ist der Wechsel noch lange nicht vollzogen, und die Frage, ob das System so stark ist, daß es einen weniger Starken trägt, ist unbeantwortet.

Daß die Rolle des Nachfolgekandidaten in Tunesien undankbar ist, zeigt das Schicksal des langjährigen Premiers Mzali, der systematisch entmachtet und Anfang Juli abgesetzt wurde. Raschid Sfar, sein Nachfolger und als solcher verfassungsmäßiger Präsident im Falle des Todes des dreiundachtzigjährigen Bourguiba, sollte eigentlich Nachfolger des Nachfolgekandidaten Mzali werden. „Wenn du mir nachfolgst, mache Raschid Sfar zu deinem Premier", hatte Bourguiba Mzali geraten.

Der zweiundfünfzigjährige Sfar, verheiratet und kinderlos, ist ein technokratischer Musterknabe. Geboren in Mahdia in der Nähe von Sousse, trat er nach entsprechendem Studium in Tunis und Paris in die Finanzkarriere ein und wurde mit 27 Jahren Leiter der Steuerinspektion. Mit vierundvierzig war er Industrie-, ein Jahr später Verteidigungs-, wiederum zwei Jahre später Gesundheitsminister, seit 1983 Wirtschaftsminister und seit April dieses Jahres zusätzlich Finanzminister. Das Wirtschaftsressort wird er als Premier beibehalten. Sein Nachfolger als Finanzminister wird der bisherige Planungsminister Ismail Khelil.

Fachkenntnis und Fähigkeit stehen bei Sfar außer Frage. Er gilt als brillanter Wirtschaftsfachmann. So einen braucht Tunesien nötiger als je zuvor. Die Wirtschaft ist in der Krise, der soziale Frieden gefährdet. Solange Bourguiba mit seinem Mythos hinter Sfar steht, dem inhaftierten Volkstribunen, dem Gewerkschaftsführer Habib Achour und dem Sozialistenchef Ahmed Mestiri Paroli bietet, wird der neue Premier sich auf die Aufgabe konzentrieren können, die Rezession zu überwinden, und das ist schwierig und langwierig genug.



Brillanter Technokrat: Tunesiens Sfar FOTO AP

Bourguiba und seine Ratgeber brauchen einen solchen Mann. Doch das ist nicht alles: Es ist kein Geheimnis, daß die tunesische Innenpolitik in hohem Maße von Palastintrigen bestimmt wird. Werden die, die Sfar auf den Thron hoben, nicht irgendwann selbst die Mach innehaben wollen? Werden sie ihn nach getaner Tat fallen lassen oder gar vorher zum Sündenbock stempeln? Mzali, der weiß Gott kein schlechter Premier war, muß Sfar als warnendes Beispiel vor Augen stehen. Ihm gegenüber hat der Nachfolger des Nachfolgers nur einen realistischen Vorteil: Stunde um Stunde rückt das unausweichliche Ende des großen alten Bourguiba näher. Wer dann Premier ist, muß nicht Nachfolger sein. Doch er hat gegenüber anderen Prätendenten den Vorteil der Legalität.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Sie meinen zum Wasserpfennig:

Vom Gesetz einmal abgesehen – auch umweltpolitisch ist das Geldbeschaffungsprojekt spektakulär: Denn nun gilt nicht mehr das Verursacherprinzip („Wer den Schaden anrichtet, muß ihn auch beseitigen"), sondern das von Späth und Weiser erfundene Nutznießerprinzip: Die Verbraucher sollen zahlen, nicht die Bauern, die das Grundwasser (und die Böden) mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln jahrzehntelang vergiftet haben. Da paßt es ins Bild, daß sich jetzt auch die Industrie des Landes weigert, sich an der Sanierung der rund 6500 ehemaligen Abfall- und Industriemülldeponien, die ebenfalls das Grundwasser gefährden, finanziell zu beteiligen. Nun sollen die Kommunen dafür herhalten. Den letzten beißen die Hunde.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Sie überlegt zum Fall Meißner:

Die Bundesregierung muß darauf achten, daß sie in der Angelegenheit des Nebenberufs-Spions Meißner nicht den Schwarzen Peter zugeschoben bekommt. Wenn Bonn die DDR-Vertretung wie eine belagerte Festung aussehen läßt, verschiebt sich die Optik, wird von den DDR-Medien demagogisch ausgeschlachtet und von der Ostberliner Führung als Vorwand für eine Verschlechterung der innerdeutschen Beziehungen genutzt. Diese ist zwar zur Zeit ohnehin von der DDR eingeplant, wie die abgelehnten Städtepartnerschaften und vor allem das unverantwortliche Einschleusen von Einwanderern aus Asien und Afrika bezeugen. Aber der SED käme es zupaß, wenn der Schwarze Peter dafür in Bonn hängenbliebe.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung analysiert die Lage in Italien:

Das Aufeinanderprallen zwischen Bettino Craxi, dem starken Mann der Sozialistischen Partei Italiens, die ihre Rolle als Schlüsselformation voll ausspielt, und Ciriaco de Mita, dem Vorsitzenden der Christdemokraten, der für seine Partei aufgrund ihrer Stimmenmehrheit die Führung innerhalb der Koalition beansprucht, blockiert gegenwärtig das Räderwerk des Bündnisses ... Das Paradoxe ist, daß vorgezogene Wahlen – die von keiner der Regierungsparteien gewünscht, bei einem Andauern der Krise aber unvermeidlich werden – an dem Problem vermutlich nichts ändern würden. Dies zeigten erst kürzlich die Regionalwahlen in Sizilien, die die gegenwärtige Koalition gestärkt haben.

Schwarzwälder Bote

Das Oberndorfer Blatt analysiert die DGB-Haltung zur Kernenergie:

Gewiß: Der DGB hat das einstimmige Votum bekräftigt, daß – aus vielerlei Gründen – ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie für die Gewerkschaften nicht in Frage kommt. Aber überzeugend ist eine präzise Grenzziehung zwischen notwendiger, hinnehmbarer und überflüssiger Kernkraftwerkskapazität nicht gelungen. Der Grund dafür ist weder mathematisch noch kernphysikalisch, sondern wahlpolitisch.

Vorerst sind es eher Sanktionen gegen Frau Thatcher

Intrigenspiel um die Südafrika-Politik Großbritanniens / Von Reiner Gatermann

Die Commonwealth-Suppe „Südafrika", in der zur Zeit allzu viele Köche ihre Löffel haben, ist nicht nur versalzen, sondern auch vergiftet. Vergiftet von politischen Intrigen; diplomatische Blindheit kommt hinzu. Die derzeitige Krise zeigt, daß diese „freiwillige Vereinigung von neunundvierzig souveränen Staaten" tatsächlich nur noch ein historisches Relikt ist, dessen Schwergewicht im gesellschaftlichen Umgang miteinander und nicht in der – hoffnungslosen – Suche nach einer gemeinsamen Politik liegen sollte.

Denn dazu fehlen sämtliche Voraussetzungen wie einigermaßen konforme politische Zielsetzung, wirtschaftliche Interessen und soziale Vorstellungen. In diesem Völkergemisch, bestehend aus Demokratien, Einparteienstaaten und Militärdiktaturen, ist eine Monarchin Oberhaupt, die statutenmäßig nicht das Geringste zu sagen hat, denn Statuten existieren nicht, ebensowenig wie das Commonwealth als Organisation. Aber viele ihrer außerbritischen „Untertanen" sehen in ihr immer noch ein politisch aktives Staatsoberhaupt und wollen es handeln sehen, zumal in Konflikten gegen Dritte.

In London schreckte jüngst die Nachricht auf, daß ein hohes Regierungsmitglied im engsten Vertrautenkreis Frau Thatchers, der stellvertretende Ministerpräsident Lord Whitelaw, bei einem „privaten" Mittagessen mit ein paar Journalisten versucht haben soll, die Königin ins Spiel zu bringen. Er ließ sie wissen, das Kabinett fürchte „eine Kollision mit der Königin" in der Südafrika-Frage. Das war ein Seitenhieb auf seine Chefin, der NATO, Westeuropa und Ost-West-Beziehungen näher stehen als das undefinierbare Commonwealth, das nun auch noch ihre Politik bestimmen will.

Nun will der Lord von diesem Lunch nichts mehr wissen, aber das Wort von der „konstitutionellen Krise" war in der Debatte. Dabei kann es zu einer „konstitutionellen Krise" gar nicht kommen. Einmal, weil die Queen in der Völkergemeinschaft keine konstitutionelle Rolle zu spielen hat, weil es eine solche Rolle nicht gibt. Zum anderen, weil sie sehr genau weiß, wo ihre Position im Vereinigten Königreich ist. Die berühmte Formel, daß die Königin sogar ihre eigene Absetzung bekanntgeben müßte, wenn die Regierung sie dazu aufforderte, umschreibt die Lage treffend – die Königin kann gar nicht daran denken, aktiv Politik gegen die Regierung zu machen. Man wundert sich, wie solche unsinnigen Gerüchte ausgerechnet in England selbst aufkommen konnten.

Die nächste Ranküne folgte am Sonntag. Die „Sunday Times" berichtete fast über die gesamte erste Seite: „Königin schockiert über die sich um nichts kümmernde Frau Thatcher". Ungenannte hohe Hofbeamte sollen diese Besorgnis vermittelt haben. Der konkurrierende „Observer" konnte jedoch gleichzeitig mitteilen: „Buckingham Palace verneint einen Bericht in der ‚Sunday Times', daß es einen Konflikt zwischen der Queen und Frau Thatcher gebe."

Diesem Intrigenspiel hat Frau Thatcher durch eigene Ungeschicklichkeit eine Vorlage gegeben. Bei der Commonwealth-Konferenz im Herbst 1985 in Nassau auf den Bahamas hatten die heutigen Sanktionen-Vorkämpfer sich mit der bescheidenen Lösung begnügt, eine „Eminent Persons' Group" (führender Angehöriger des Commonwealth) zu Sondierungen nach Südafrika zu entsenden. Diesen Erfolg stellte Frau Thatcher selbst in Frage, als sie anschließend mitteilte, Großbritannien habe bei diesem Kompromiß kaum nachgegeben. Sie veranschaulichte dies, indem sie Daumen und Zeigefinger nur etwas mehr als einen Zentimeter spreizte. Über ihre Kollegen, die überwiegend schon damals weitergehende Sanktionen forderten, sagte sie: „Sie sind zu der Einsicht gekommen ..."

Damals mehr oder weniger verschaukelt und jetzt noch in Frau Thatchers Fernsehinterview indirekt, aber unmißverständlich als „unmoralisch" abgestempelt, hat das Commonwealth nun eine Front gegen Frau Thatcher aufgebaut, die den Rahmen der ursprünglichen Sache – Sanktionen gegen Südafrika – zu sprengen droht. Da vermeldet Sambias Präsident Kaunda, er würde nie „Ihre Majestät" desavouieren, denke aber dennoch an einen Ausstieg aus dem Commonwealth. Die Kanadier, ebenso wie die Australier, bereiten Alleingänge gegen Pretoria vor.

Und schließlich benutzen bisher bereits dreiundzwanzig Regierungen die Commonwealth-Spiele, die am Donnerstag in Edinburgh beginnen sollen, als Geisel in ihrer Auseinandersetzung mit Frau Thatcher. Nicht mit der Queen, nicht mit Großbritannien, sondern ganz persönlich mit der Premierministerin.

Es ist eine Tragik, daß über die Folgen „umfassender, verbindlicher Sanktionen" heute kaum mehr jemand spricht. Ihre heftigsten Verfechter wollen nichts anderes, als Frau Thatcher in die Knie zwingen. Sie hat ihnen allerdings weitgehend die Handhabe dafür gegeben.



Im Freiburger „Grün“ herrscht der Ausnahmezustand

Hausbesetzungen, Straßenschlachten, Piratensender, Farbschmierereien und Gefangenenbefreiung: Freiburg, die idyllische Stadt am Rande des Schwarzwaldes, droht zum Zentrum linksextremistischer Chaoten zu werden.

Von HARALD GÜNTER

„Im Grün“ war früher einmal eine gute Adresse. Jetzt herrscht in dem kompakten Wohnviertel am Rand der Freiburger City der Ausnahmezustand. Die alten Bürgerhäuser, einen Steinwurf von der Universität entfernt, wirken heruntergekommen, mit dem Putz ist auch der spröde Charme der Jahrhundertwende abgeblättert.

Dafür ziert anderer Schmuck die Fassaden. „Tod dem Stümper“ hat einer gleich auf mehrere Hauswände gesprüht. Das gilt Baden-Württembergs Landespolizeipräsidenten. Dazwischen Parolen gegen Reagan, die „Bullen“, Wackersdorf, Stammheim und die „NATO-Kriegspolitik“, für Nicaragua, Anarchie und Daisy Duck. Dem Oberbürgermeister ist ein stilisierter Grabhügel gewidmet. „Böhme“, steht daneben, „wir kriegen dich.“

„Im Grün“ gibt es kaum ein unbeschmiertes Haus. Studenten, Spontis, „autonome“ Linke und alternative Wohngemeinschaften beherrschen das Viertel, seit es vor Jahren zum Sanierungsgebiet erklärt wurde. „Willi 36“, das besetzte Haus in der Wilhelmstraße, am Ausfalltor zur Innenstadt, ist eine Art Fanal. Über „fünf Jahre Mietkampf“ hat es schon hinter sich. Eine wehrhafte Festung, deren Zwangsräumung bisher daran scheiterte, daß die Stadt gegen den einzigen Mieter, einen Strohmann der Szene, keinen „vollziehbaren zivilrechtlichen Titel“ in der Hand zu haben glaubte.

Die Stadt zahlt die Alternativ-Kultur

Auch „Erbse 20“, das zweite von insgesamt vier besetzten Gebäuden in Freiburg, liegt in diesem Planquadrat, in der Erbprinzenstraße. Und natürlich die berühmte Gretersche Fabrik. Mit dem (Geld-)Segen der Stadt entfaltet sich in den Betriebsgebäuden einer ehemaligen Gießerei Freiburgs Alternativkultur.

„Im Grün“ ist aber auch polizeiliches Notstandsgebiet. Hier versikkern gewalttätige Demonstranten nach getaner Arbeit, eskalieren „Straßenfeste“ zu Straßenschlachten, fliegen Steine und Fäuste gegen grüne Uniformen. Wenn in der Wilhelmstraße zwei Autos zusammenstoßen, muß die Verkehrsstreife in doppelter Besetzung anrücken. Zwei Mann, die den Unfall aufnehmen, zwei für Sicherungsaufgaben.

Gezielte Ermittlungen, ob bei der Personenfahndung oder auf der Suche nach dem Piratensender „Radio Dreyeckland“, den die Behörden nach wie vor in der Greterschen Fabrik vermuten, sind nur unter massivem Kräfte-Einsatz möglich. Andernfalls zerbricht die Amtsautorität der Polizei an der gegnerischen Übermacht. Erst Mitte Juni wurden im Anschluß an eine Südafrika-Randale zwei festgenommene Frauen von Gesinnungsfreunden wieder aus dem Streifenwagen geholt. Das war die zweite Gefangenenbefreiung innerhalb von vier Wochen. Zwei Zivilfahnder wurden im Handgemenge schwer verletzt. „Man kann nur von Glück sagen“, meint Gerhard Beck, Pressesprecher der örtlichen Polizeidirektion, „daß noch keiner geschossen hat.“

„Im Grün“ ist sicher nicht ganz Freiburg. Aber Freiburgs Sicherheitsprobleme kulminieren in diesem Viertel. Die Breisgau-Metropole, 174 000 Einwohner, Tor zum Hochschwarzwald, von Studenten und Touristen ob seines südländischen Flairs geschätzt, weist nicht nur die höchste Kriminalitätsrate in Baden-Württemberg auf. Sie ist auch, wie es im Stuttgarter Verfassungsschutz-Bericht heißt, „Schwerpunkt linksextremer gewalttätiger Aktivitäten“. Seit 1982, einem Jahr relativer Ruhe, hat sich die Zahl unfriedlicher Demonstrationen mehr als verdreifacht. Der angerichtete Sachschaden betrug allein 1985 rund 700 000 Mark. Und die Brutalität der Szene nimmt zu. „Freiburg“, bestätigt Landespolizeipräsident Alfred Stümper, „ist zur Zeit die Stadt, die uns die größten Sorgen macht.“

Zwar dürfte der harte Kern der Chaoten-Truppe nach wie vor aus nur 40 bis 80 Mann bestehen. „Typisch für Freiburg“, so Stümper, ist jedoch das Phänomen, daß dieser Kreis „sehr rasch eine große Zahl gewalttätiger Störer mobilisieren kann“. Dann rollen ein paar Hundertschaften durch die Innenstadt, werfen Fensterscheiben ein, beschmieren öffentliche Gebäude, Banken und Kirchen. Hilfe bekommen sie neuerdings sogar aus einem ganz anderen Lager. Die



Farbschmierereien und gepinselte Parolen an Häuserwänden gehören zum Alltagsbild in Freiburg: Sie machen die Ziele der Chaoten deutlich.



Beliebtes Nachtlager und bevorzugter Treffpunkt ist das Ufer unter der Dreisam-Brücke: Die Punker sind willige Hilfstruppen der Chaoten

Punkszene, eine Ansammlung hoffnungsloser Sozialfälle aus dem ganzen Bundesgebiet, füllt immer häufiger die Sturmstaffeln der radikalen Linken auf.

Das alles beschäftigt nicht nur die Polizeiführung. Auch Norbert Nothhelfer, Südbadens Regierungspräsident, meinte vor Wochen, die Sicherheitslage der Stadt gebe „Anlaß zu ernster Sorge“.

Sicherheit der Bürger nicht mehr gewährleistet

Und in Stuttgart sah sich die CDU-Landtagsfraktion zu einer Parlamentsinitiative veranlaßt. Freiburg, klagten die Abgeordneten, stelle sich zunehmend als „Hauptstadt der Chaoten“ dar, in der „die Sicherheit der Bürger nicht mehr in zureichendem Maß gewährleistet“ werden könne.

Damit war das politische Sommertheater eröffnet. Nothhelfer, assistiert von der örtlichen CDU, hatte nämlich alsbald die Wurzel allen Übels ausgemacht. Und das war aus seiner Sicht die „Appeasementpolitik“ des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters. Rolf Böhme, seit Ende 1982 Chef im Rathaus, habe erst ein Umfeld entstehen lassen, in dem sich Hausbesetzer, Farbschmierer und Gewalttäter „wie Fische im Wasser“ tummeln konnten. Von einer „Infrastruktur der Chaoten“ war die Rede, von „rechtsfreien Räumen“ und „Angstrevieren“, die durch die „großzügige Grundstücksüberlassungspolitik“ der Stadt, namentlich „Im Grün“, entstanden seien. Und davon, daß jetzt endlich Schluß sein müsse. „Ich wünsche,“ sagte Nothhelfer, inzwischen ganz kommunale Aufsichtsbehörde, „daß Recht und Ordnung in dieser Stadt sich durchsetzen können.“

Das wünschen andere auch. „Die Masse der Bürger steht hinter ihnen“, ließ ein Pendler aus Kirchzarten, entsetzt über die „anarchistischen Zustände“ in Freiburg, den Regierungspräsidenten wissen. Das Leben dort müsse wieder „erträglich“ werden. Ein anderer Briefschreiber verlangte „unbedingt wieder“ eine Stadt, „wie sei einmal war“. Schön, sicher und sauber. Die Post füllt inzwischen einen dicken Ordner, die Telefone im Basler Hof, dem Amtssitz Norbert Nothhelfers, stehen nicht mehr still.

Betroffene findet man überall. Den Geschäftsmann in der Kaiser-Joseph-Straße, dessen Umsatz zurückgeht, weil die auswärtige Kundschaft ausbleibt. Die Familie, die aus dem Stadtkern in eine ruhigere Randlage zieht, den Passanten, den betrunkene Punker angepöbelt und dann vollgepinkelt haben, den Spaziergänger, der sich abends nicht mehr in den Colombipark wagt. Den CDU-Kreisgeschäftsführer, der ein Vierteljahr in einem besetzten Haus ausgehalten hatte, bevor er sein Büro verlegen mußte, weil der Besucherverkehr im Unrat steckenblieb. Oder den Inhaber eines mittelständischen Dentallabors. Regelmäßig läßt er sein Firmengebäude von Wandmalereien säubern, die ebenso regelmäßig wiederkehren. Warum ihm, der nichts als falsche Zähne herstellt, ständig RAF-, SS- und Anti-Atom-Parolen an die Wand gepinselt werden, bleibt eines der ungelösten Freiburger Rätsel.

Dennoch ist auch das typisch für die Szene. Keine andere Stadt im Bundesgebiet leidet so unter der Willkür ihrer Schmierfinken. Der Tourist nimmt's manchmal kaum wahr, staunt sogar, wie in diesen Tagen, über die vielen blitzblanken Häuserfronten in den Gäßchen um den Münsterplatz. Aber dann liegt das daran, daß wieder einmal die Reinigungstrupps unterwegs waren. Stadtverwaltung und Geschäftswelt lassen sich Freiburgs Sauberkeit viel kosten.

„Toleranz – es gibt kein anderes Rezept“

Um so betroffener ist der Oberbürgermeister über die in den letzten Wochen eskalierte Sicherheitsdiskussion. Denn Rolf Böhme sorgt sich um den Ruf der Stadt. Nicht so sehr wegen der Probleme, die er als Erblast mit sich herumschleppt, seit er dieses Amt bekleidet. Es ist die „negative Stimmungsmache“ der CDU, die in Böhmes Augen ein „absolutes Zerrbild“ der Lage vermittelt und das Ansehen Freiburgs zu beschädigen droht. Für ihn gibt es keine „rechtsfreien Räume“ oder „Angstreviere“. Dafür aber eine Politik der Toleranz, der sozialen Befriedung, wie sie Rolf Böhme nennt, die individuelle Entfaltungsmöglichkeiten schafft und den gutwilligen Teil der alternativen Jugendbewegung integriert. „Es gibt kein anderes Rezept“, sagt Böhme.

Oder doch? Regierungspräsident Nothhelfer hatte der Stadt vor zwei Wochen einen Katalog vertraulicher „Anweisungen“ zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung zukommen lassen. Darüber wird jetzt intern gestritten. Ob das „Instrumentarium“, auf dessen Anwendung die Rechtsaufsichtsbehörde dringt, überhaupt greift, ist allerdings sehr die Frage. Der Teufel steckt im formaljuristischen Detail. Und so blieb es bisher beim kleinsten gemeinsamen Nenner. Das war die dem Innenminister in Stuttgart abgehandelte Verstärkung der Polizeikräfte.



Schloßbergring in Freiburg: Sterne an der Fassade, Plakate und Demonstrationsparolen signalisieren – das Haus ist besetzt. FOTOS: THOMAS MEYER

Bronze oder Eisen, alles kommt unter den Hammer

Es sind Kostbarkeiten, die das Herz eines Tennis- oder Golfspielers schneller schlagen lassen. Und es sind Erinnerungen an eine Zeit, als Sport noch eine Sache für Begüterte war. In London werden Golf- und Tennis-Requisiten versteigert.

Von HEIDI BÜRKLIN

„Vielleicht“, sagt Hilary Kay von Sotheby's hoffnungsvoll, „vielleicht ist hier etwas für Boris Becker dabei.“ In der Tat hätte der zweifache Champion hier einmal mühelos Gelegenheit, seiner Wimbledon-Trophäe weitere Tennis-Ikonen hinzuzufügen. Er bräuchte nur leicht die Hand zu heben.

Denn Sotheby's in London hat in seiner Sportfreunden gewidmeten Auktion heute erstmals Tennis einbezogen. Ein Star – und für Boris sehr geeignet – wäre da der fesche Tennisspieler, der gerade schwungvoll zu einer Rückhand ansetzt: in langen Hosen, mit aufgerollten Hemdsärmeln und so wohlgescheitelt, wie man es seit Gottfried von Cramms Zeiten nicht mehr erlebt hat. Er ist aus Bronze und wurde von dem österreichischen Bildhauer Anton Rudolph Weinberger im Jahre 1912 modelliert.

„Es handelt sich hier wohl um einen frühen mitteleuropäischen Champion“, mutmaßt Sotheby's und beziffert ihn auf 2000 bis 3000 Pfund.



3000 Pfund soll dieser bronzene Champion aus dem Jahre 1912 bringen. FOTO: SOTHEBY'S

Wer für diesen Ballsport noch mehr hinblättern will, kann sich auch eine auf 10 000 Pfund geschätzte Tennisdame in makellos weißem langen Kleid und Hut an die Wand hängen. Oder für 5000 bis 7000 Pfund das Konterfei des 14jährigen Lord Foley erwerben. Der posiert mit messerscharfer Falte in den Bermudas und einem Hemd, so blau wie der Himmel hinter ihm.

Da wird Tennis auf einer silbernen Zigarettendose gespielt (200 bis 310 Pfund) und auch ein feuriger Ballwechsel auf einer kunstvollen Gürtelschnalle ausgetauscht (350 bis 500 Pfund).

Für Fans, die Tennis auch beim Essen nicht missen wollen, wird ein Untersatz serviert, natürlich in Form eines Schlägers, der elegant Salz-, Pfeffer- und Senf-Bälle balanciert (200 bis 300 Pfund).

In Deutschland entstand um 1900 ein Tennispärchen in Keramik, das man jedoch romantisierend in Kostüme des 18. Jahrhunderts gesteckt hat (150 bis 180 Pfund).

Galante Spieler können ihre Partnerin mit einer Brosche erfreuen: Dieser Schläger ist aus Gold und mit Diamantenrosen besät (500 bis 600 Pfund). Den Durst schließlich kann man aus einem Becher löschen, auf dem sich ein heißes Doppel abspielt (400 bis 600 Pfund).

Sollte diese Auktion als As einschlagen, dann soll Tennis auch weiterhin auf die Sportliste gesetzt werden.

Tradition hingegen hat das Golf-Angebot. Pünktlich zur Zeit der britischen Golfmeisterschaften – diesmal werden sie in Schottland ausgespielt –, werden die Köder ausgelegt. Denn dann, so kalkuliert man im Auktionshaus, sind die Gemüter der Golf-Fanatiker genügend angeheizt, um auch in die Golfkunst zu investieren.

Deutsche, so zeigt die Statistik, behalten den kühlsten Kopf. Dafür liefern sich Briten, Amerikaner, Japaner und auch Skandinavier die Bietgefechte.

Stars sind diesmal vier Golfschläger aus dem 18. Jahrhundert. Zwei Eisenschläger mit Eschenschäften verlangten nach einem starken Arm. Vor 66 Jahren wurden sie im Büro des Sekretärs des Golfclubs von Goodwood zufällig gefunden. Kann ihr Schätzpreis von je 2000 bis 3000 Pfund über den bisherigen Golfschlägerrekord von 4500 Pfund klettern und damit Golfgeschichte machen? Daß zwei weitere Schläger aus dem 18. Jahrhundert bis heute überlebt haben, ist eine Rarität, denn sie sind aus dem viel vergänglicheren Holz geschnitten (Schätzpreis je 1500 bis 2200 Pfund).

Wer nicht nur das Allerneueste auf dem Golfmarkt schätzt, mag sich auch für einen erstklassigen Schläger anno 1840 erwärmen (1200 bis 1500 Pfund). Ein Eisenschläger mit einem regulierbaren Schlagwinkel hingegen, der ein ganzes Set ersparte, ist heute für den Schätzpreis von 250 bis 350 Pfund zu haben.

Mehr skurril als erst gemeint war wohl eine Maschine zur Herstellung von Golfschlägern, die W. Heath Robinson „konstruierte“. Sein Gemälde wird auf der Auktion für 1200 bis 2000 Pfund geschätzt.

Rar und teuer sind die sogenannten „Federbälle“, handgenäht und mit Gänsefedern ausgestopft. Einer dieser Bälle von anno 1859 ist durch die handgeschriebene Mitteilung geadelt, daß mit ihm einst der Prinz von Wales gespielt habe. Er ist dementsprechend auf 1800 bis 2200 Pfund taxiert.

Da kann man sich eine reichlich mit Girlanden garnierte Golftrophäe erkaufen (Schätzpreis 800 bis 1200 Pfund) und seine Cocktails in einer kleinen Golftasche aus Chrom zurechtschütteln (350 bis 400 Pfund).

Auf einem englischen Keramikteller von 1920 prosten sich schließlich zwei Gentlemen, einen Golfplatz vor Augen, zu. Darüber ist kunstvoll und schwungvoll der Titel gepinselt: „Das 19. Loch“.

Liste im AA Ursache der Asylantenflut?

E.N. Bonn

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, kritisierte gestern eine Liste des Auswärtigen Amtes, die festlegt, in welche Länder aus humanitären Gründen *nicht* abgeschoben werden darf. Sie sei dafür verantwortlich, daß auch Asylanten, die eigentlich Wirtschaftsflüchtlinge *sind, aus der Bundesrepublik* Deutschland nicht wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden dürfen. In der Sendung „Bonner Perspektiven" des ZDF forderte Barschel angesichts der gegenwärtigen Asylantenflut die Bundesregierung auf, diese Liste zu „durchforsten", in der außer Ostblockländern auch Äthiopien, Libanon, Iran „und viele weitere Länder" verzeichnet seien.

In derselben Sendung meinte der FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch, die Bundesrepublik habe erst 63 000 politische Flüchtlinge *aufgenommen „und ich glaube, daß* wir uns das leisten können". Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der wie andere führende CDU/CSU-Politiker eine Änderung des Asyl-Artikels 16 des Grundgesetzes fordert, meinte in der Sendung, ohne eine „Ergänzung" der Gesetzeslage werde man im nächsten Jahr wahrscheinlich nicht wie 1986 rund 100 000, sondern 200 000 Asylbewerber in der Bundesrepublik haben.

Berliner machen jetzt ihrem Unmut Luft

Transparente mit: „Asylanten raus" / Polizeischutz für Notunterkunft auf Neuköllner Sportplatz /Zustrom hält an

DIETER DOSE, Berlin

Erste Proteste der Bevölkerung, bis auf den letzten Platz belegte Notquartiere und unvermindert anhaltender Zustrom von Asylanten aus dem Nahen Osten, Afrika und Asien – die Situation am Wochenende in West-Berlin. Von Freitag abend bis Sonntag mittag wurden rund 400 Asylbewerber von der Polizei, vor allem bei Kontrollen auf den Bahnhöfen der innerstädtischen Verkehrsmittel, aufgegriffen und in die Notunterkünfte gebracht.

„Die Unterkünfte einschließlich der beiden *Zelte platzen aus den Nähten*", erklärt ein Mitarbeiter der Sozialbehörde. Weitere Quartiere müssen jetzt in Privatpensionen geschaffen werden, um die Asylanten kurzfristig unterzubringen. *15 Mark* pro Nacht und pro Bett zahlt der Senat. Die Asylbewerber erhalten sogenannte Kostenübernahmescheine. Etwa 250 Betten stehen in den Pen*sionen zur Verfügung.*

Bürgerproteste im Stadtteil Neukölln: In der Walkenrieder Straße, mitten in einem Wohngebiet, wurde auf einem Sportplatz ein Zelt mit 120 *Betten aufgestellt. Als am Samstag* die ersten Asylbewerber eintrafen, nahmen die Anwohner eine drohende Haltung ein. Zeitweise mußte die Polizei den Schutz des Zeltes übernehmen. Schon am Feitag abend hatten etwa 50 Personen die Zufahrt zum Sportplatz blockiert und versucht, den Aufbau des Zeltes zu verhindern. Am Zaun wurden Transparente („Asylanten raus", „Wir sind und bleiben Deutsche", „Wo soll unsere Jugend jetzt Fußball spielen?") angebracht. Auch am Sonntag versammelten sich mehrfach Gruppen von Bürgern aus Protest vor dem Sportplatzgelände.

Auf dem Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße hat die „DDR"-Grenzpolizei ihre Einsatzkräfte verstärkt. Auf den drei Bahnsteigen, auf denen die S- und U-Bahnzüge in Richtung West-Berlin abfahren, halten sich ständig Grepo-Streifen, bestehend aus mindestens je drei Mann, auf. Sie sollen verhindern, daß sich die Asylanten nach dem Passieren der Paß- und Zollkontrolle längere Zeit auf den Bahnsteigen aufhalten.

Aus Ost-Berlin kommende Reisende haben beobachtet, daß die Kontrollen der Asylanten auf dem Bahnhof Friedrichstraße durch die „DDR"-Grenzorgane sehr zügig vorgenommen werden. „Man hat den Eindruck, daß man sie möglichst schnell loswerden will", berichtet ein Reisender.

Das wird auch vom Ostberliner Flughafen *Schönefeld berichtet.* Sofort nach Ankunft der Maschinen fahren die Busse zum nahegelegenen S-Bahnhof, von dem die Ankömmlinge zur Friedrichstraße gelangen.

Vor allem die aus Istanbul in Schönefeld eintreffenden Maschinen sind bis auf den letzten Platz ausgebucht. Diesen Weg nach Berlin benutzen vor allem die Iraner. Die Behörden haben die Erkenntnis, daß der Asylantenstrom ähnlich wie „Gruppenreisen" organisiert wird. So wurde in der Nacht zum Samstag auf dem Westberliner Bahnhof Zoo eine Gruppe von 22 Iranern aufgegriffen, die geschlossen angekommen war.



Endstation: Die Polizei wartet schon auf die Asylanten FOTO: AP

Anfang der Woche soll die Ausländerbehörde in Berlin noch einmal verstärkt werden. Der Senat will versuchen, die Bearbeitungszeit der Asylanträge von derzeit sieben Wochen auf drei Wochen zu verkürzen und einen schnelleren Weitertransport in die übrigen Bundesländer zu erreichen.

Berlins Behörden stehen unter Zeitdruck, denn Mitte August enden die Schulferien. Bis dahin müssen die gegenwärtig mit Asylanten belegten Turn- und Sporthallen wieder freigemacht werden. Ein Ende des Asylantenstroms ist aber nicht abzusehen. Inzwischen gehen die Befürchtungen der Behörden so weit, daß bis Ende Juli mit insgesamt 6000 Asylbewerbern gerechnet wird, nachdem es im Vormonat 3600 waren.

In einem Beitrag für die „Berliner Morgenpost" hat der ehemalige Innensenator Heinrich Lummer (CDU) erneut die Änderung des Grundgeset[illegible] [illegible]. Mit mehr Pe[illegible] bei den Be[illegible]rden, so Lummer, sei es nicht [illegible] Die schnellere Verteilung [illegible] von Berlin aus löse das [illegible]blem nicht, sondern verlagere es [illegible]." „Die steigende Flut der Asylbewerber wa[illegible] für den Aufmerksamen vorhersehbar", schreibt Lummer. „Wer vor Jahren die Änderung des Grundgesetzes forderte, um das Problem zu lösen, stand fast allein da und wurde verschrieen. Jetzt, mit steigender Flut der Zahlen, wird der Chor größer."

Hillermeier sieht FDP als „Sicherheitsbremse"

Der verbale Schlagabtausch wird zusehends härter

PETER SCHMALZ, München

Die Vokabeln, zu denen Bayerns Innenminister Karl Hillermeier greift, wenn er auf Äußerungen des Bonner Koalitionspartners zu Gewalttätigkeiten und Demonstrationsstrafrecht antwortet, nehmen in jüngster Zeit an Deftigkeit beachtlich zu. Nachdem er *die liberalen Bundestagsabgeordne*ten Baum und Hirsch zu „Sicherheitsbremsern" erklärt und ihnen eine „abgrundtiefe Unkenntnis der tatsächlichen Gegebenheiten" bescheinigt hatte, nimmt der CSU-Politiker nun Bundesjustizminister Hans A. Engelhard ins Visier.

Nur „Allgemeinplätze"

Den Zorn des bayerischen Innenministers hatte sich das Bonner Kabinettsmitglied durch Äußerungen in Bayreuth zugezogen: Um der Gewalttätigkeiten Herr zu werden, meinte der Justizminister, müßten nicht die Gesetze geändert werden, es mangele vielmehr angesichts überforderter Polizeibeamter am Vollzug bestehender Gesetze. Es fehle an flexibel einsetzbaren Polizeikräften, die in der Lage sind, außerhalb der zu schützenden Objekte „wenigstens einen Teil dieser Brüder festzunehmen".

Für Innenminister Hillermeier, vor Jahren selbst Justizminister in Bayern, sind diese Worte des Bonner Koalitions-Kollegen „gebetsmühlenartig wiederholter Unsinn" und „Allgemeinplätze", die nichts anderes darstellen als den „Ausdruck des schlechten Gewissens der FDP über ihre Bremsertätigkeit, mit der sie bessere Vorschriften zur Bekämpfung gewalttätiger Ausschreitungen aus Menschenansammlungen heraus verhindert". Engelhard könne sich seine banalen, angesichts der Gesetzeslage vielfach undurchführbaren polizeitaktischen Empfehlungen sparen, er verwechsle offenbar theoretische Sandkastenspiele mit dem täglichen Einsatzgeschäft.

Das ist die kräftige Sprache des Wahlkampfes, der in Bayern mit Blick auf den 12. Oktober längst tobt und in dem sich CSU und FDP als erklärte Gegner gegenüberstehen. Das ist aber auch eine Sprache, die zum Teil die Wut und Empörung des äußerlich stets gelassen wirkenden Innenministers Hillermeier widerspiegelt, der seine Beamten im Zwei-Fronten-Krieg sieht: vor Ort unter den Angriffen der Stahlkugel-Schützen und von der politischen Bühne unter den Vorwürfen mangelhafter Arbeit.

In der Tat versichern erfahrene Einsatzleiter dem Innenministerium, sie hätten bei der gegenwärtigen Gesetzeslage keine Möglichkeit, Gewalttäter aus einer sich solidarisierenden Menge herauszuholen. Es sei oft ein Spießrutenlaufen für die Polizisten, in eine solche Menge einzudringen, wobei Kniffe, Stöße und Tritte noch *die geringsten* Belästigungen seien.

Die Beamten stünden unter permanenter Lebensgefahr. Der Führer eines Sondereinsatzkommandos schildert folgenden Vorfall: Eine Einheit geht hintereinander in eine Menschenmenge hinein, wobei plötzlich der letzte Mann vermißt wird. „Friedliche Demonstranten" hatten ihn abgedrängt, zu Boden geworfen und waren *dabei,* ihn *mit* Faustschlägen zu traktieren. Der Polizeiführer: „Einen Faustschlag stecken wir weg, aber einige hundert können tödlich sein." Der Mann konnte von seinen *Kameraden gerettet* werden.

Auch die Versuche, außerhalb größerer Ansammlungen agierende vermummte Chaoten festzunehmen, schlagen meistens fehl. Vor unifor*mierten Polizeikräften flüchten* sie sich ohnehin unter den Schutz der „friedlichen Kulisse", aber auch Zivilbeamte der speziell geschulten Sondereinsatzkommandos bleiben *meist erfolglos.* Ein in Wackersdorf erfahrener SEK-Beamter: „Die schöpfen sofort Verdacht, wenn einige von uns in ihrer Nähe auftauchen."

Anlaß für Kritik

Insoweit unterstützen die Beamten die Forderung des bayerischen Innenministers nach einer Gesetzesänderung. Aber sie sehen auch Anlaß für Kritik an ihrem obersten Dienstherrn, der noch immer keinen Nachfolger für den seines Amtes enthobenen Regensburger Polizeipräsidenten vorzeigen konnte. Nur einen Präsidenten in die Wüste schicken, verbessert noch nicht die Einsatzfähigkeit der Einheiten vor Ort, heißt es aus Polizeikreisen. Aus dem Innenministerium ist zu hören, daß „sehr bald" eine Lösung verkündet wird. Man rechnet damit, daß der Ministerrat morgen einen neuen Polizeipräsidenten ernennt.

Verwaltungsgericht genehmigt Festival

dpa, Regensburg

Das geplante „Anti-WAAhnsinns-Festival" in Burglengenfeld nahe des Baugeländes der *Wiederaufarbei*tungsanlage Wackersdorf darf am kommenden Wochenende stattfinden, entschied das Regensburger Verwaltungsgericht. Es erklärte zur Begründung, die Gefahr von Ausschreitungen am Bauzaun könnte durch ein Verbot des Festivals zunehmen. Die bayerische Landesanwaltschaft kündigte an, sie werde beim Verwaltungsgerichtshof in München Beschwerde einlegen. Nach Erkenntnissen des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz wollen potentielle Gewalttäter anreisen.

EKD: Kein Geld für Terror in Afrika

epd/idea, Hannover

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich erneut gegen Vorwürfe gewandt, sie unterstütze Gewalt und Terror in Südafrika. „Schlimm und unbegründet", nannte EKD-Afrikareferent Rudolf Hinz entsprechende Darstellungen. Die von der EKD an den Südafrikani*schen Kirchenrat gegebenen* Gelder würden nicht zur Unterstützung des Afrikanischen Nationalkongresses genutzt. Das hatte das Fernsehmagazin „Report" des Bayerischen Rund*funks behauptet.*

Rund drei Millionen Mark hat der Südafrikanische Kirchenrat im vergangenen Jahr erhalten, teilte das EKD-Kirchenamt in Hannover mit. Davon seien 2,4 Millionen in einen Entwicklungsfonds geflossen, mit dem Projekte in armen und abgelegenen ländlichen Gebieten Südafrikas gefördert würden. 420 000 Mark seien bestimmt für Sozialhilfen an politische Gefangene und deren Familien. 1984 wurde aus EKD-Mitteln außerdem eine halbe Million Mark für ei*nen Studien- und Stipendienfonds* des Südafrikanischen Kirchenrates bewilligt. Dieser Zuschuß hat eine Laufzeit von drei Jahren. Außerdem erhielt der Südafrikanische Kirchenrat 1985 rund eine *Million* Mark von der Aktion „Brot für die Welt" und vom Evangelischen Missionswerk. „Brot für die Welt" stellte für den im vergangenen Jahr eingerichten „Na*tionalen Notfonds" 500 000 Mark* zur Verfügung. Daraus werden Opfer des Ausnahmezustandes unterstützt.

Der Vizepräsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Paul Brochier, im Pressedienstes idea: „Es sind Minderheiten, die speziell in der evangelischen Kirche – Kirchensteuermittel für die Finanzierung von kommunistischen ‚Befreiungsbewegungen' einsetzen, die dann wiederum, wie das in Afrika geschehen ist, Missionare und Missionsschwestern ermorden."

Städtetag lehnt den NRW-Medienentwurf ab

Heftige Kritik auch von den SPD-Oberbürgermeistern

WILM HERLYN, Düsseldorf

Auch der nordrhein-westfälische Städtetag hat sich entschieden gegen den *Referentenentwurf* der SPD-geführten Landesregierung für ein Landes-Mediengesetz ausgesprochen. Er verabschiedete einstimmig – also auch mit den Stimmen der SPD-re*gierten Großstädte – Empfehlungen* zur Medienpolitik, die dem Entwurf teilweise grundsätzlich widersprechen.

Nur in einem Punkt widersetzen sich die Städte nicht dem Entwurf. Denn kommunale Träger sollen sich danach an privaten Rundfunkprogrammen auf lokaler Ebende höchstens bis zu einem Viertel – und nicht wie geplant bis zu einem Drittel – beteiligen können. In den wesentlichen Punkten aber widerspricht der Städtetag.

So geht der Gesetzesentwurf mit keinem Wort auf die wirtschaftlichen Folgen der Einführung von Lokalfunk ein. Dagegen erklärte nun der Städtetag, den „berechtigten" wirtschaftlichen Belangen der „Printmedien" sei Rechnung zu tragen. Vor allem sei darauf zu achten, daß die Zeitungsvielfalt nicht beeinträchtigt werde.

In seiner *Reaktion auf den Entwurf* spricht sich der Städtetag auch gegen ein striktes Verbot für Werbung an Sonn- und Feiertagen aus. Dazu bestehe keinerlei Veranlassung, erklärten auch sozialdemokratische Mitglieder des Städtetages.

Klärung gefordert

Ebenso wünscht der Verband nach einer Erklärung seines Vorsitzenden, des Krefelder Oberbürgermeisters Dieter Pützhofen, eine Klärung über die Regelung, daß jeder Programmanbieter bis zu 15 Prozent der Sendezeit für „nicht erwerbswirtschaftlich ortientierte Organisationen" zur Verfügung zu stellen habe. Dies kann sich nach Meinung Pützhofens nicht auf das Vollprogramm, sondern nur auf lokale Programmteile beziehen.

Eine besondere Vorrang-Regelung für gemeinnützige Programmanbieter werde abgelehnt. Es reiche der Grundsatz, daß lokaler Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet sei.

Zur Überwachung von Lokalpro*grammen hält auch die Spitzenorga*nisation der NRW-Großstädte lokale Medienräte für ein geeignetes Instrument. Doch wünsche man sich ein anderes Auswahlverfahren, als dies *im Gesetzentwurf vorgesehen sei.*

Wunsch nach Einfluß

Nach dieser Kritik, die auch aus dem SPD-Lager kommt, gibt es kaum eine Organisation des Landes, die den Referentenentwurf unterstützt. Allerdings werden auch Vorbehalte von überwiegend links angesiedelten SPD-Medienpolitikern und SPD-Journalisten laut, denen der Entwurf noch nicht weit genug geht. Sie wollen vor allem mehr Einflußmöglichkeiten der redaktionellen Mitarbeiter auf die Programme und fordern eine Präzisierung des Programmauftrages und Quoten für die Eigenproduktion. Außerdem verlangen sie verschärfte Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen gegen diese Auflagen. Der Entwurf enthalte zu viele unbestimmte Rechtsbegriffe, die die Durchsetzung der Programmgrundsätze erschweren und zu weitreichenden Interpretationen ermöglichen würden. Wie auch die Gewerkschaften bemängeln diese Kritiker, daß SPD-Parteitagsbeschlüsse übergangen seien, die eine öffentlich-rechtliche Organisationen ohne jegliche Werbefinanzierung gefordert hatten.

Der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Büssow, kündigte gegenüber der WELT am Wochenende an, die gebündelte Kritik werde ihren Niederschlag finden in dem neuen Gesetzentwurf. Dieser werde Mitte September vorgelegt.

Väter der APO treffen sich zur „Analyse"

dpa, Frankfurt

Die APO plant ein Comeback: 16 Jahre nach der Auflösung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) wollen sich „geistige Väter" der früheren „Außerparlamentarischen Opposition" (APO) – ehemalige Studentenführer und andere „68er" – in Frankfurt treffen, um die Rolle der linken Intelligenz in der aktuellen politischen Situation zu beraten. Nach den Vorstellungen der Organisatoren sollen zu der Tagung vom 21. bis 23. November mehrere hundert Alt-Linke und andere Interessierte kommen. Nach den Worten des SDS-Vorsitzenden der Jahre 1964 bis 1966, Helmut Schauer, soll das Treffen „Diskussionszusammenhänge herstellen", aus denen heraus eine Analyse der „Krise der industriellen Zivilisation" entwickelt werden kann.

Mehrere Vorbereitungstreffen verzeichneten nach einem Bericht der Berliner „Tageszeitung" (taz) eine gute Resonanz. Zu Wort meldeten sich Hochschulprofessoren wie Elmar Altvater, Jürgen Habermas, Oskar Negt, Peter von Oertzen, Ulrich Preuss und Ursel Schmiederer. Mit von der Partie sind, so die „Frankfurter Rundschau", aber auch Parteimitarbeiter wie Tilmann Fichter (aus der Bonner SPD-Baracke) oder Christian Semler (heute Berater von grünen Europaabgeordneten). Die Gewerkschaftsbewegung ist durch Schauer selbst vertreten, der beim IG Metall-Vorstand *in der Abteilung Tarifpolitik* arbeitet.

Der SDS war 1946 als Hochschulorganisation der SPD gegründet worden. Nachdem sich der Studentenbund zu einer Organisation mit radikal linken Positionen entwickelt hatte, distanzierte sich die „Volkspartei SPD" von ihr. Mitte der 60er Jahre wurde der SDS zur tragenden Säule der APO. Nach der SDS-Auflösung spaltete sich die radikale Linke auf – im wesentlichen in maoistisch-orientierte „K-Gruppen" und undogmatische „Spontis".



Ohne Listenplatz in NRW: Herbert Hupka hofft auf Hannover



Biedenkopf führt die Kandidatenliste an FOTOS: BRIGITTE FRIEDRICH

Biedenkopf sieht in Rau nicht den Hauptgegner

Listenparteitag der NRW-CDU / Kein Platz für Hupka

WILM HERLYN, Essen

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf hat die Marschrichtung seiner Partei für die kommenden Bundestagswahlen angegeben. Er sagte, für die Union sei der entscheidende Gegner die SPD, nicht aber der Kanzlerkandidat der Sozialdemokraten, Johannes Rau. Er begründete dies mit seiner Ansicht, daß in den folgenden Monaten das Ansehen des NRW-Ministerpräsidenten auf Dauer verblassen werde. Dafür sorge schon dessen eigene Partei, die Rau derzeit in NRW gefährliche Flanken öffne.

Dabei spielte Biedenkopf auf die uneinheitliche Beantwortung des Problems der Kernenergie durch die SPD an, bei der die Linke einen schärferen Kurs von Rau fordert, wie auch auf die Schulpolitik, die in den Einfluß von Ideologen gerät.

Dagegen hatte Rau vor Wochenfrist die Parole „Kohl oder Rau" ausgegeben, was auf eine personalisierte Wahlkampfstrategie der Sozialdemokraten schließen läßt. Auch Biedenkopfs Stellvertreter Dieter Pützhofen, sagte, die Union werde Rau nicht persönlich diffamieren. Allerdings sei unübersehbar, daß NRW in einem sozialistischen Filz ersticke. Die Isolierung von Kultusminister Schwier, der Umgang des Wirtschaftsministers Jochimsen mit dem Reaktor in Hamm oder die Manipulationen des Städtebauministers Zöpel mit der Neuen Heimat seien Beispiele für Raus unfähige Regierung.

Biedenkopf erinnerte daran, daß vorwiegend die Stimmen aus der Arbeitnehmerschaft des Ruhrgebiets, die zuvor traditionell für die SPD votierten, die Wahlen 1983 für die Union *entschieden hätten. Auch* die Wahl am 25. Januar 1987 werde wieder in Nordrhein-Westfalen gewonnen oder verloren. Allerdings sei die CDU von diesem Ziel noch „um einige Prozentpunkte" entfernt. Damals hatte die Union ihr Ergebnis von 1980 von 40,6 auf 45,2 Prozent steigern können, während die SPD von 46,8 auf 42,8 Prozent absackte. Damit lag NRW nicht im Trend, sondern bestimmte ihn wesentlich für die Union. In absoluten Zahlen entspreche dies einem Votum von fünf Millionen Stimmen, sagte Biedenkopf am Wochenende in Essen vor der Landesdelegiertenversammlung, die die Landesliste für die Bundestagswahl aufstellte.

Dabei setzten sie ihren Vorsitzenden Biedenkopf mit nur einer Gegenstimme auf Platz 1. Auf den folgenden neun Plätzen rangieren Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Bildungsministerin Dorothee Wilms, Staatssekretär Horst Waffenschmidt, der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Hansheinz Hauser, Staatsminister Friedrich Vogel, Staatssekretärin Irmgard Karwatzki, der Chef der CDU-Ruhr Norbert Lammert, Staatssekretär Wolfgang Vogt und der Präsident des Bauernverbandes Konstantin Freiherr von Heereman.

Das Thema Herbert Hupka, Vorsitzender der Schlesischen Landsmannschaft, dem in seinem Wahlkreis Wuppertal die Direktkandidatur verweigert wurde, beschäftigt jetzt möglicherweise die *niedersächsische* CDU, die ihm vielleicht einen Platz auf ihrer Landesliste anbieten wird. Pützhofen bestätigte, es gebe Überlegungen und Gespräche, die in die *Richtung* Niedersachsen zielten. Er bekräftigte in diesem Zusammenhang, daß aus den Vorgängen um Hupka keine „sachliche oder substantielle Veränderung in der deutschlandpolitischen Linie" der CDU abzulesen sei. Hupka sei in einem „rein demokratischen Verfahren unterlegen".

Engagement gegen Abtreibung wächst

idea, Bonn

Die 1985 gegründete Initiative Christdemokraten für das Leben (CDL), die sich als konstruktive Opposition gegen die Abtreibung versteht, findet wachsende Zustimmung bei Landes- und Bundestagsabgeordneten sowie an der CDU-Basis. In den letzten Wochen seien allein vier Kreisverbände der CDU geschlossen der CDL beigetreten. Die Zahl der Einzelmitglieder habe sich auf über 700 erhöht, teilte die CDL-Vorsitzende Johanna Gräfin von Westphalen (Meschede), der Mitgliederversammlung in Bonn mit. Immer mehr Bürgern werde bewußt, argumentierte sie, daß Abtreibung Tötung menschlichen Lebens und damit verboten sei. Die hohe Zahl von Abtreibungen aufgrund sozialer Indikation bezeichnete die Gräfin als „Hohn auf den Rechtstaat".

„DDR" würdigt Männer des 20. Juli

AP, Berlin

Die „DDR" hat anläßlich des 42. Jahrestages des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 die deutschen Widerstandskämpfer um Graf von Stauffenberg gewürdigt. Sie spricht von einer engen Verbindung zum Widerstand der Kommunisten. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" schrieb, die Grundlinien der von den Männern um Stauffenberg geplanten Politik hätten im Kern den antifaschistischen Zielen deutscher Kommunisten *entsprochen.* Man habe zum Beispiel Schlüsselunternehmen in das Eigentum der öffentlichen Hand überführen wollen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die „Akte Volksgerichtshof" – Wettlauf mit der Zeit

DIETER DOSE, Berlin

Die Akte Volksgerichtshof bei der Berliner Staatsanwaltschaft, Abteilung für „Strafsachen mit politischem Bezug", wird im Spätsommer geschlossen. Bilanz jahrzehntelanger Ermittlungen: Zwei Anklagen, kein rechtskräftiges Urteil. Die „strafrechtliche Aufarbeitung" der nationalsozialistischen Terrorjustiz bleibt unerledigt. Nur ein Verfahren steht noch an. „Aber ob es zur Anklageerhebung kommt, ist fraglich", sagt Justizsprecher Volker Kähne.

Der Verdächtige ist ein ehemaliger Staatsanwalt, 77 Jahre alt, aus Süddeutschland. Ermittelt wird noch – Unterlagen stellte auch die „DDR"-Justiz zur Verfügung – über seine Beteiligung an Todesurteilen.

„Den Dolch im Talar"

Rund 7000 Todesurteile hat der Volksgerichtshof zwischen 1934 und 1945 gefällt, allein 2098 im Jahre 1944. Die meisten Verhandlungen fanden in dem Gebäude in der Berliner Bellevuestraße, nahe dem Potsdamer Platz, statt, das am 3. Februar 1945 bei *einem Bombenangriff zerstört* wurde. An diesem Tag wurde gerade gegen den späteren Bundesrichter Fabian von Schlabrendorff verhandelt. Roland Freisler, Präsident des Volksgerichtshofes und die Verkörperung der nationalsozialistischen Mordjustiz, starb bei diesem Angriff.

Fazit jahrzehntelanger Ermittlungen: 106 Berufsrichter, 291 Laienrichter und 179 Staatsanwälte – „*Richter* und Staatsanwälte mit dem Dolch des Mörders unter dem Talar" (der amerikanische Ankläger Telford Taylor im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß) – blieben aus verschiedenen Gründen ungeschoren.

Als die Justizministerkonferenz 1965, viel zu spät, beschloß, die Ermittlungen gegen die ehemaligen Volksgerichtshof-Mitglieder zentral von Berlin aus zu führen, konnten rund 300 Namen gleich abgehakt werden. Tot, verschollen oder wahrscheinlich in den ersten Nachkriegsjahren untergetaucht.

Die Ermittlungsbehörde geriet in einen Wettlauf mit der Zeit. Mehrere Jahre ruhten die Ermittlungen gänzlich. Kriminalistische Kleinarbeit einschließlich eines umfangreichen Aktenstudiums der Volksgerichtshofsprozesse führten die Staatsanwälte schließlich auf die Spur von 110 Ver*dächtigen. Spuren, die im Sande* verliefen. 27 starben vor einer möglichen Anklageerhebung, bei 35 konnte nicht festgestellt werden, daß sie an Urteilen mitgewirkt haben, 29, darunter ein 92jähriger, waren verhandlungsunfähig. Nicht nur Amtsärzte, auch herangezogene Universitätskliniken und Gerichtsmediziner bescheinigten das. In den anderen Fällen reichten *die Beweise nicht aus.*

Laienrichter blieb übrig

„Ähnlich war die Problematik 1964, als der frühere US-Chefankläger Robert Kempner Strafanzeige gegen 20 Volksgerichtshof-Juristen wegen ihrer Beteiligung an Todesurteilen gegen Widerstandskämpfer des 20. Juli stellte", berichtet Kähne. „12 waren bereits tot, sechs nicht zu ermitteln. Gegen den ehemaligen Oberreichsanwalt Ernst Lautz kam es zu keiner Anklage, weil er schon im Nürnberger Juristenprozeß verurteilt worden war. Übrig blieb ein Laienrichter. Das Verfahren gegen ihn wurde eingestellt."

Rechtskräftige Verurteilungen von Volksgerichtshof-Angehörigen – Fehlanzeige. Freislers Schergen sind durchweg der Justiz durch die Maschen geschlüpft. Auch der Fall des ehemaligen *Nazi-Richters Hans-Jo*achim Rehse, der in den sechziger Jahren Aufsehen erregte, erledigte sich vor der letztinstanzlichen Entscheidung durch dessen Tod. Rehse war wegen Beihilfe zum Mord zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hob das Urteil auf. Im zweiten Verfahren vor dem Landgericht Berlin gab es sogar Frei*spruch. Zur Verhandlung der Revi*sion, von der Staatsanwaltschaft eingelegt, kam es nicht mehr.

Ex-Richter Paul Reimers aus Bremen, damals 82 Jahre alt, nahm sich 1984 nach der Anklageerhebung das Leben. Er soll an 122 Todesurteilen beteiligt gewesen sein.

So schloß sich in Berlin-Moabit, wo zeitweise vier Staatsanwälte den Komplex Volksgerichtshof bearbeiteten, eine Akte nach der anderen. Ein Komplex ungesühnter Verbrechen. Im Raume steht weiter die Auffassung des Bundesgerichtshofes aus dem Jahre 1967 (Fall Rehse), der Volksgerichtshof sei ein „unabhängiges, nur dem Gesetz unterworfenes Gericht" gewesen. Eine Frage, die in einem Prozeß zum Beispiel gegen Reimers sicherlich erneut aufgerollt worden wäre.

Der Volksgerichtshof, 1934 gebildet, weil das Reichsgericht in Leipzig *im Reichstagsbrandprozeß nach Hit*lers Auffassung zu lasch verhandelt und geurteilt hatte, bleibt unbewältigte Vergangenheit.

Wie man in Schwarzafrika die Frage der Sanktionen sieht / Londons Timing

„Die Apartheid ist schlecht, aber man kann damit leben"

ACHIM REMDE, Kampala

Vom rassendiskriminierenden Apartheidsystem in Südafrika haben Grace und ihr Onkel Jenkins im Radio gehört. Der arg lädierte japanische Transistor muß ein gutes Dutzend Jahre alt sein, die Klangqualität ist erbärmlich. Doch er tut seinen Dienst und läuft fast den ganzen Tag. „Wir hören BBC", sagt der höhere Beamte aus einem ugandischen Ministerium.

Sie hören auch von den täglichen Unruhen in Südafrika und finden es richtig, daß die Welt daran Anteil nimmt und das Regime in Pretoria unter Druck setzen will, damit die Apartheid beseitigt wird. „Gott ist weder schwarz noch weiß", sagen sie, doch sie glauben nicht, daß das Apartheidsystem so schlimm ist wie die gesetzlose Herrschaft der Soldaten unter Idi Amin oder Milton Obote, die sie selbst erlebt haben. „Die haben Menschen ermordet, die nichts getan hatten", meinen sie. „Wer sich in Südafrika ruhig verhält und nicht demonstriert, braucht keine Angst zu haben." Und: „Das Gesetz ist schlecht in Südafrika. Aber man kann damit leben."

„In Uganda sind nicht ein paar Hundert, sondern Hunderttausende ermordet worden", fügt Jenkins zögernd hinzu, „und niemand in der Welt hat sich darüber aufgeregt. Niemand ist auf die Idee gekommen, Wirtschaftssanktionen gegen Idi Amin zu beschließen, und niemand hat Druck auf Milton Obote ausgeübt, damit er seine Soldaten besser unter Kontrolle hält. Ich beneide unsere schwarzen Brüder und Schwestern in Südafrika, weil sie soviel Anteilnahme erfahren." Auf den Einwand, daß die Festschreibung der Rassendiskriminierung in der südafrikanischen Verfassung einmalig auf der Welt sei, zucken sie mit den Schultern.

Kein fernes Problem mehr

Yoweri Museweni, der neue Machthaber in Kampala, hat sich nun auch dem Kreis derjenigen angeschlossen, die den Commonwealth-Spielen fernbleiben wollen, um die britische Regierung zu einem Wirtschaftsboykott Südafrikas zu zwingen. Jenkins findet das richtig. „Vielleicht wird man dann künftig auch besser aufpassen, wenn irgendwo in Afrika wieder ein Idi Amin auftaucht."

Die täglichen Berichte der in Afrika viel gehörten westlichen Radiosender – BBC, Voice of America und France Inter – über die fortschreitende Eskalation der Gewalt in Südafrika und die öffentliche Diskussion über Wirtschaftssanktionen haben dazu geführt, daß auch afrikanische Regierungen, für die die Apartheid ein eher fernes Problem war, sich nun zur Stellungnahme gedrängt fühlen, und damit wächst die Zahl derer, die Sanktionen befürworten.

Gruppendruck

Ein in Uganda lebender Engländer meint zynisch, daß nun die Apartheid die Funktion habe, Afrika vor dem Vergessen zu bewahren, nachdem die Hungerkatastrophe überwunden sei. Andere in Afrika lebende Ausländer sind der Ansicht, daß afrikanische Politiker sich vom Westen verstärkte Hilfeleistung erhoffen, wenn sie darauf hinweisen können, daß ihre Volkswirtschaften, soweit sie von Südafrika abhängen, durch Sanktionen Schaden nehmen.

Fest steht, daß in Schwarzafrika ein Gruppendruck entstanden ist, dem sich auch die nur schwer entziehen können, die eigentlich gegen Sanktionen sind. Dazu gehören Zaire und Gabun, von denen keine Stellungnahme mehr zu erhalten ist, vor allem aber das kleine Lesotho, das von Südafrika wirtschaftlich vollkommen abhängig ist. „Natürlich sind wir gegen Sanktionen", erklärt ein Diplomat dieses Landes in seltener Offenheit. „Aber wir wagen nicht mehr, es laut zu sagen."

Unter diesen Umständen beweist der ivorische Präsident Houphouet-Boigny einzigartigen Mut, indem er in der Sanktionsfrage keinen Deut wankt und darüber hinaus öffentlich in einem Interview mit dem „Figaro-Magazine" am 28. Juli erklärte, daß nicht die Apartheid, sondern die Rückständigkeit in der Entwicklung das schlimmste Problem Afrikas sei. Er gibt auch offen zu, daß er es nicht für lohnenswert hält, an den jährlichen Gipfelkonferenzen der Organisation für Afrikanische Einheit teilzunehmen, deren nächste Ende Juli in Addis Abeba stattfindet. Beherrschendes Thema: Sanktionen gegen Südafrika.

Noch viele Termine für Howe vor einer Entscheidung

gtm. London

Der Südafrika-Konflikt hat in London diplomatischen Hochbetrieb ausgelöst. Am vergangenen Freitag griff man zu dem ungewöhnlichen Schritt, Zimbabwes Regierungschef Robert Mugabe auf dem Flugplatz von Harare unmittelbar vor Ankunft der Frontstaaten-Delegation noch einen Brief seines Außenministers Sir Geoffrey Howe in die Hand drücken zu lassen, in dem noch einmal der Standpunkt Großbritanniens zu Sanktionen gegen Südafrika dargelegt wurde. Mugabe war so überrascht („Das, hier auf der Straße"), daß er den Umschlag sofort öffnen wollte.

Die Mission half jedoch wenig, weitere Regierungen beschlossen, den Commonwealth-Spielen in Edinburgh fernzubleiben. Allerdings sieht man in London das Kommuniqué der Frontstaaten als „nicht ganz so schlimm, wie befürchtet". Offenbar war man sich in Harare auch nicht völlig einig. Man fordert Frau Thatcher auf, sich in einer „kategorischen Stellungnahme" für Sanktionen gegen Südafrika auszusprechen. Würde sie ihren Standpunkt ändern, könnte man sich auch eine Edinburgh-Teilnahme denken. Überraschend traf Großbritanniens Außenminister Sir Geoffrey Howe am Freitag in Washington auch noch mit Präsident Reagan zusammen. Er sprach anschließend von einem „Gefühl gemeinsamer Absichten".

Bevor Sir Geoffrey am Mittwoch in Pretoria mit Südafrikas Präsident P. W. Botha zusammentrifft, wird er heute und morgen in Brüssel an der Sitzung des EG-Außenministerrats teilnehmen und über seine erste afrikanische Gesprächsrunde, bei der er Sambia, Zimbabwe und Moçambique besuchte, berichten. Es ist immer noch nicht klar, ob Sir Geoffrey jetzt Gelegenheit bekommt, Nelson Mandela, den offiziellen Führer des kommunistischen ANC, zu sprechen. Dieser soll wie andere schwarze Führer, darunter Bischof Desmond Tutu, einen Besuch des Briten, der im Auftrag der EG reist, abgelehnt haben. Für den 29. Juli ist ein zweites Gespräch zwischen P. W. Botha und Sir Geoffrey angesetzt und am 3. August beginnt in London die Mini-Commonwealth-Konferenz, bei der sieben Mitgliedsstaaten über weitere Schritte gegen Südafrika beraten werden.

‚Wir brauchen eine Raketenabwehr in Europa'

WELT-Gespräch mit NATO-Oberbefehlshaber General Rogers / Den Waffenmix mit der Pershing 2 beibehalten

Von C. GRAF BROCKDORFF

NATO-Oberbefehlshaber US-General Bernard Rogers tritt entschieden der Vorstellung entgegen, daß man in einem Rüstungskontrollabkommen mit der Sowjetunion auf den NATO-Waffenmix von Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles verzichten sollte. In einem WELT-Interview spricht er sich deutlich gegen eine mögliche Wiederholung der sogenannten Waldspaziergang-Formel von Genf aus, wonach die Sowjetunion eine bestimmte Anzahl von ballistischen SS-20-Raketen behalten, die NATO aber nur luftatmende „Tomahawk"-Marschflugkörper stationieren sollte.

Rogers benutzte die Gelegenheit eines eineinhalbstündigen Gesprächs in seinem Hauptquartier Shape bei der belgischen Stadt Mons auch, Europa davor zu warnen, sich von der amerikanischen SDI-Organisation unter Generalleutnant James Abrahamson die Initiative für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen Raketenabwehr aus der Hand nehmen zu lassen. „SDI bewegt sich sehr schnell vorwärts", sagte er. Im Augenblick vergebe die SDI-Organisation Einzelaufträge für eine europäische Architekturstudie zur Raketenabwehr an europäische Firmen, wobei auch ein Auftrag für die Bundesrepublik vorgesehen sei. „Ich möchte nicht, daß die NATO das Nachsehen hat und wir hier in Europa in eine Position geraten, in der wir eine unannehmbare Lösung für ein Problem erhalten, das uns betrifft – unannehmbar, weil etwas ohne unser Zutun geschaffen würde." Es war auffallend, wie oft der amerikanische General, dessen offizieller Titel „Oberster Alliierter Befehlshaber in Europa" lautet, europäische Standpunkte bezog.

Zur Frage eines künftigen Abkommens über Mittelstreckenwaffen sagte Rogers: „Ich glaube nicht, daß unsere Abschreckung annähernd so gut wäre, wenn wir nur luftatmende Systeme (Marschflugkörper, die Red.) hätten, und nicht auch ballistische Raketen. Die Sowjets wissen das. Deshalb sind sie so daran interessiert, die Pershing 2 bei uns zu entfernen. Zum ersten Mal haben wir hier jetzt ein Waffensystem mit nuklearem Gefechtskopf, mit dem wir ihren Boden erreichen können. Plötzlich sind sie in der Lage, in die sie uns seit Jahren gebracht haben. Die Hauptbedrohung ist für sie die Pershing 2 wegen deren Zuverlässigkeit und deren Eindringfähigkeit. Wenn wir die Pershing 2 aufgeben würden und die Sowjets behielten ihre Kurzstreckenraketen SS 21, SS 22, SS 23 und dazu noch die SS-20-Mittelstreckenraketen – alle auf uns gerichtet – dann würde das einen erheblichen Verlust an Abschreckung bedeuten. Unsere Cruise Missiles würden dann zwar immer noch ihr Gebiet erreichen können, aber Tatsache ist, daß es sich um ein luftatmendes System handelt, das viel langsamer fliegt, und das abgeschossen werden kann. Es ist aber unter gegenwärtigen Bedingungen sehr schwierig, eine Pershing 2 abzuschießen."

Rogers enthüllte: „Wir haben in diesem Hauptquartier unseren Standpunkt. Ohne Aufforderung haben wir ihn weitergeleitet. Und wir haben ihnen (den westlichen Verhandlungsführern, die Red.) gesagt, daß wir hier Verantwortung für die Sicherheit Westeuropas tragen." Er sagte weiter: „Um also die Frage zu beantworten: Ja, den Waffenmix sollten wir beibehalten."

Mahnung an die Europäer: General Rogers FOTO: DPA

Rogers ist gerade 65 Jahre alt geworden. Sein Stab bemüht sich, das Arbeitspensum des energiegeladenen Generals zu bremsen. Ohne Erfolg. Die offizielle Amtszeit von General Rogers läuft Ende Juni 1987 aus, wenn sie nicht verlängert wird. Nach seinen Worten ist es nötig, daß Europa sich um die eigene Raketenabwehr bemüht. Er bedauert, daß niemand in Europa sich dafür verantwortlich fühle. Sein Hauptquartier Shape habe vor einer Woche eine langfristige Raketenabwehr-Planungsstudie fertiggestellt und an das NATO-Hauptquartier in Brüssel weitergeleitet. Dennoch sei man weit davon entfernt, daß die Europäer sich vereint um das Thema Raketenabwehr bemühten. Rogers benutzt die neue Abkürzung, die in seinem Hauptquartier entwickelt wurde, um unmißverständlich zu machen, daß es sich um eine regionale, auf europäische Zwecke zugeschnittene Abwehr handeln solle: „TBMD", „Theater Ballistic Missile Defense", was soviel bedeutet wie: „Abwehr ballistischer Raketen auf dem Schauplatz Europa".

Rogers begründet ihre Notwendigkeit mit der gewachsenen Bedrohung Europas durch sowjetische Raketen kürzerer Reichweite. Sie würden übrigbleiben, selbst wenn das Potential an sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen als Verhandlungsergebnis verringert werde: „Die SS 21, SS 22 und SS 23 werden in den Mittelstreckenverhandlungen bisher nicht berührt. Sie können nicht nur mit nuklearen Gefechtsköpfen bestückt werden. Sie können konventionelle oder chemische Gefechtsköpfe tragen. Wir haben herausgefunden, daß sie sehr zielgenau sind. Mit genauen konventionellen Gefechtsköpfen können sie unsere Häfen, Befehlszentralen, Luftstützpunkte, Raketenbasen und nuklearen Waffenlager angreifen.

Wenn es Krieg geben sollte, müßte ich deshalb noch früher die Freigabe nuklearer Waffen beantragen, nur um dann über meine Schulter zu sehen und festzustellen, daß als Konsequenz der geschilderten Lage bereits eine Masse meines nuklearen Potentials vernichtet worden ist. Was also ist zu tun? Wir brauchen eine aktive Raketenabwehr."

Weiter sagte Rogers: „Nach meiner Meinung muß es sich um eine europäisch erforschte, entwickelte und produzierte Raketenabwehr handeln. Das bedeutet nicht, daß man nicht eng im Informationsaustausch mit der SDI-Organisation (in Washington, die Red.) zusammenarbeitet. Aber gegenwärtig zeichnet niemand hier in Westeuropa verantwortlich für die ballistische Raketenabwehr unseres Gebiets."

Alles sei eine Frage der Prioritäten: „Wie hoch auf der Prioritätenliste des einzelnen Bürgers hier in Westeuropa stehen Frieden und Freiheit?" fragt Rogers. „Die Vereinigten Staaten werden nicht, können nicht und sollten nicht eine ballistische Raketenabwehr für Westeuropa kaufen. Diese Raketenabwehr muß uns zufriedenstellen, die wir hier in Westeuropa leben." Ähnlich vehement äußert sich General Rogers zu der Möglichkeit eines amerikanischen Truppenabzugs aus Westeuropa, wobei er im Gespräch darauf hinweist, daß er in seinen sieben Amtsjahren als Oberster Befehlshaber bei seinen Reisen durch die Vereinigten Staaten noch nie eine derart antieuropäische Stimmung vorgefunden habe wie jetzt. Rogers: „Zum Truppenabzug läßt sich in drei Punkten sagen:

1. Es würde den vitalen Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen, die Truppen zurückzubringen.

2. Die Allianz würde sich auflösen, wenn die USA alles zusammenpacken und abziehen würden. Die Briten haben schon jetzt Probleme, ihre Rheinarmee nicht zu kürzen. Kanada wäre nicht unglücklich, seine Streitkräfte zurückzuziehen, wenn die USA das Beispiel gäben. Die vorne stationierten Truppen der anderen Nationen würden auch abziehen, mit der Begründung, sie hätten es ja nicht so weit wie die Amerikaner, um zurückzukehren.

3. Ich habe immer wiederholt, daß dies die Sowjetunion ihrem Ziel näherbringen würde, nämlich der Einschüchterung und Erpressung Westeuropas mit ihrer massiven Militärmacht. Bis zum Erbrechen („ad nauseam") habe ich wiederholt: Das ist die Hauptgefahr, der wir uns in Westeuropa gegenübersehen. Nicht der Angriff aus heiterem Himmel!"

Nach einem Augenblick des Nachdenkens fügt Rogers hinzu: „Unsere Truppen sind hier. Wir wissen, daß wir uns auf sie verlassen können. Die Sowjetunion weiß, daß die Vereinigten Staaten eine Verpflichtung haben, diese 326 400 Soldaten nicht im Stich zu lassen und für die Sicherheit dieser 326 400 Personen zu sorgen. Deshalb müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, diese 326 400 männlichen und weiblichen Soldaten hier in Westeuropa zu behalten. Wenn sie abgezogen würden, gäbe es die Verpflichtung nicht mehr. Ich denke, dann würden die Nationen Westeuropas sich in einer Lage sehen, in der sie als Konsequenz ein Arrangement mit der Sowjetunion suchen würden."

(SAD)

In Iran wird auch Gemüse zum Luxus

Einzelheiten aus dem Alltag im heutigen Persien / Bachtiar und Schah als Alternative

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Berichte aus dem Iran sind selten geworden. Journalisten können sich nicht frei bewegen. Selbst Vertreter von Presseorganen, die den Kampf des Revolutionsführers Khomeini gegen den Schah publizistisch unterstützt hatten, haben Schwierigkeiten, eine Einreiseerlaubnis zu bekommen oder ungehindert ihren Recherchen nachzugehen. Das dürfte noch schwieriger werden. Denn die Lage im Innern des Landes und in der Hauptstadt verschlechtert sich nach Augenzeugenberichten täglich, die Lebensumstände würden immer unhaltbarer. Große Unzufriedenheit erfasse zunehmend auch ärmere Kreise der Bevölkerung, die die Lebensmittelknappheit und die Repression der Revolutionswächter im übrigen nicht mehr widerstandslos hinnähmen.

Nicht viel zu verlieren

Ein Busfahrer aus Teheran erzählt: „Vor gut zwei Wochen wollten die Revolutionswächter mehrere Busse für Fahrten an die Front beschlagnahmen. Wir sagten nein. Als sie Gewalt anwenden wollten, sammelte sich plötzlich eine größere Menschenmenge um uns herum an. Viele nahmen eine drohende Haltung gegenüber den Revolutionswächtern ein. Es kam zu einem Handgemenge. Schüsse fielen. Ich lief davon. Später erzählte man mir, daß es Verletzte gab, aber auch unter den Revolutionswächtern. Die Menschen verlieren die Furcht vor ihnen."

Viel haben die Iraner offenbar nicht mehr zu verlieren. Fleisch, das man wie andere Grundnahrungsmittel nur nach langem Schlangestehen bekommen kann, wenn überhaupt, kostet pro Kilo je nach Qualität zwischen 80 und 145 Tuman, für die iranische Hauptnahrung Reis muß man pro Kilo hundert Tuman bezahlen. Offiziell wird der Kurs mit 28 Tuman für eine Mark angegeben. Vor der Machtübernahme durch die Mullahs vor gut sieben Jahren war eine Mark schon für 4,5 Tuman zu haben.

Eine realistische Vorstellung von der heutigen Kaufkraft der iranischen Währung bieten jedoch andere Zahlen: Ein Arbeiter verdient pro Monat 2500 Tuman, ein Beamter mit 15 Jahren Dienstzeit kommt auf fünf- bis sechstausend Tuman, eine Summe, die man für die Miete eines kleinen Appartements in Teheran auf den Tisch legen muß. Die Miete für ein kleines Zimmer im Armenviertel im Süden Teherans kostet 800 Tuman.

Der Brotpreis wird dank massiver staatlicher Subventionen noch bei drei Tuman pro Kilo gehalten, Obst jedoch ist bereits so teuer, daß eine durchschnittliche Familie es sich schon nicht mehr leisten kann. Auch Gemüse wird zum Luxus. Ein Kilo Kartoffeln oder Gurken kostet 40 Tuman, Zwiebeln ebenfalls. Waschmittel und Seife sind Mangelware. „Die Eigenproduktion wird exportiert. Das Land braucht Devisen für die Kriegführung", sagt ein Lehrer aus Isfahan. Milchprodukte seien im wahrsten Sinn des Wortes nur noch zu „erstehen". Für einen Becher Joghurt stünden manche zwei Tage vor dem Laden. „Wenn ich wüßte, daß meine Frau und die Kinder von dem nächsten Regime zu essen bekämen, würde ich lieber heute als morgen auf die Straße gehen, um zu protestieren", meint ein Arbeiter, der seinen Arbeitsplatz verloren hat, weil auch seine Fabrik geschlossen wurde. Stromausfälle und -unterbrechungen (pro Tag bis zu dreimal je drei Stunden) machen die Produktion für viele Werke unmöglich.

Vielsagende Parolen

Die Unzufriedenheit äußert sich in Parolen, die nachts an die Häuserwände geschmiert werden. Sie lauten zum Beispiel: „Landsmann steh' auf, rette unsere Jugend vor dem Krieg!" Oder: „Es lebe Bachtiar!" Und: „Bachtiar, komm und bring den jungen Schah mit!" Shapur Bachtiar, der letzte Premier des verstorbenen Schah, leitet von seinem Exil in Paris aus die Widerstandsbewegung, die im Volk den größten Anhang hat. Eine Testdemonstration im Mai des vergangenen Jahres brachte mehr als eine Million Menschen auf die Beine. Bachtiar, der einen unblutigen Wechsel durch den Aufmarsch der Volksmassen anstrebt, aber offensichtlich auch gute Verbindungen in die Armee unterhält, scheint jetzt nicht nur in Paris und London, sondern auch in Washington als die Alternative der Vernunft zum Regime der Mullahs angesehen zu werden.

Slowenien, eine Selbstmordrepublik?

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Der Selbstmord der 17jährigen ungarischen Schönheitskönigin Csilla Molnar – der ersten, im vergangenen Jahr gewählten „Miss Ungarn" – hat erneut die Aufmerksamkeit auf die Tatsache gerichtet, daß Ungarn gemeinsam mit Österreich zu den europäischen Ländern mit der höchsten Selbstmordrate gehört. In enger geographischer und geschichtlicher Nachbarschaft zu beiden Ländern nimmt die jugoslawische Teilrepublik Slowenien den ersten Platz in der Selbstmordstatistik ein.

Die slowenischen Behörden sind alarmiert, weil im vergangenen Jahr 702 Bewohner der nordwestlichen Teilrepublik – das sind 36 auf 100 000 Einwohner – ihrem Leben selbst ein Ende machten. Schon 1984 waren es 698, 1983 651 und 1982 679. Die Tendenz scheint also leicht steigend zu sein. Besonders besorgniserregend ist die Zunahme von Selbstmorden unter Jugendlichen und sogar unter Kindern. So nahmen sich in Slowenien – einem Land mit 1,8 Millionen Einwohnern – im Jahre 1984 22 Minderjährige im Alter zwischen zehn und 19 Jahren das Leben. Das entspricht einer Zahl von drei Prozent der Selbstmordrate insgesamt.

Allein die Zahl der jugendlichen Selbstmörder ist in Slowenien höher als die im Lande registrierten Fälle von Mord und Totschlag (19 Fälle). Slowenische Wissenschaftler, so etwa der Laibacher Suizid-Forscher Professor Lev Miscinski, führten als Ursache der Selbstmordwelle unter Jugendlichen ungelöste Berufsprobleme sowie allgemeine Perspektiv- und Aussichtslosigkeit an. Sie weisen darauf hin, daß sich Probleme der Erwachsenenwelt immer stärker in die jüngeren Jahrgänge verlagern. So haben die meisten 15- bis 16jährigen bereits sexuelle Erfahrungen.

Unter den Erwachsenen grassiert der Selbstmord offenbar bei jenen Menschen besonders stark, die den radikalen Umschwung vom einstmals bäuerlichen Leben zur unpersönlichen Industriegesellschaft nicht verkraften. Warum Slowenien eine so erschreckend hohe Selbstmordrate aufweist – wobei Söhne aus „gutem Hause" und auch Kinder kommunistischer Prominenz sich immer wieder unter den Opfern finden – kann noch nicht beantwortet werden. Spielt die Geographie eine Rolle – wie die ähnlichen Ziffern aus Ungarn und Österreich vermuten lassen?

In Jugoslawien ist nur ein weiterer Landesteil ähnlich stark in der Selbstmordstatistik vertreten: die Provinz Vojvodina. Auch sie war wie Slowenien einst Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie – und außerdem ist die landschaftliche und psychologische Affinität zum benachbarten Ungarn unverkennbar. Eines steht allerdings außer Zweifel: Die Selbstmordrate hat nicht mit akuten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Krisen zu tun. Im Gegenteil: Slowenien geht es im jugoslawischen Maßstab gemessen materiell immer noch am besten.

Pandschab: Wanderströme bereiten Neu-Delhi Sorgen

Terror der Sikhs provoziert schleichenden Völkeraustausch

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

Die politische Tragödie im nordwestindischen Bundesstaat Pandschab dauert an: Während die Sicherheitskräfte, inzwischen mit recht gutem Erfolg, immer mehr jener Sikhs habhaft werden, die mit Waffengewalt und Terror ihren Staat „Khalistan" auf indischem Boden errichten wollen, Sikhs weiterhin auf Hindus und Moderate ihrer eigenen Glaubensgemeinschaft schießen und eine Massenwanderung Angehöriger beider Glaubensgemeinschaften nach und aus dem Pandschab begonnen hat, ist die Übergabe der in Haryana gelegenen Stadt Chandigarh an den Pandschab, wie zwischen Premier *Rajiv Gandhi und der Sikh-Regie*rung vereinbart, heute unwahrscheinlicher als jemals zuvor.

Jetzt andere Probleme

Drei Kommissionen hatten sich bislang mit dem Problem beschäftigt, welche Teilgebiete Pandschabs – insgesamt geht es um 28 000 Hektar Land – Haryana als Ausgleich für den Verlust Chandigarhs zugeschlagen werden sollen. Doch auch zum letzten Stichtag, dem 15. Juli, konnte die jüngste der drei Kommissionen keine Entscheidung treffen und weigert sich Pandschab-Chiefminister S. S. Barnala, die Autorität und Kompetenz der Kommission anzuerkennen.

Es scheint so, als sei so recht keiner mehr an der Frage der Übergabe Chandigarhs als Hauptstadt Pandschabs interessiert. Friedlich arbeiten jetzt die Sikh-Regierung Pandschabs und die Hindu-Regierung Haryanas in Chandigarh, der gemeinsamen Hauptstadt, unter einem Dach. „Warum", so fragen inzwischen schon Parteigrößen, „sollen wir Sikhs 28 000 Hektar Land hergeben, wenn wir im Gegenzug mit Chandigarh nur 7000 Hektar erhalten." Statt dessen schlagen sie vor: „Die Zentralregierung soll uns 500 Millionen Mark geben – und davon bauen wir uns dann unsere eigene Hauptstadt neu auf."

Nachdem Chiefminister Barnala sich immer wieder Kommissions-Entscheidungen widersetzt, um die Sympathien der ihm noch verbliebenen Anhänger in der regierenden Akali-Dal-Partei nicht zu vergrätzen, hat ihm die indische Zentralregierung inzwischen die „Daumenschrauben" zwar noch nicht angesetzt, aber vorgeführt, um ihn zum Einlenken zu bewegen. Ministerpräsident Gandhi ist jetzt auch bereit, mit jenen Akali-Dal-Führern zu verhandeln, die Barnala den Rücken gekehrt und inzwischen ihre eigene Partei, ebenfalls eine Akali Dal, gegründet haben. Es sind der frühere Chiefminister Badal und der Tempelverwalter Thora. Sie verfügen mittlerweile über die Mehrheit der Akali-Fraktion im Pandschab-Parlament.

Barnala muß spüren, so die Meinung im Machtzentrum Neu-Delhi, daß er mit seiner parlamentarischen Minderheit politisch nur überlebt, weil die Kongreß-Regierungspartei ihn stützt. Tut diese sich aber mit den Barnala-Rivalen zusammen, müßte der Chiefminister gehen. Und dieser Zeitpunkt scheint näherzurücken.

Während das politische Tauziehen weitergeht, hat eine „Völkerwanderung" aus und in den Pandschab begonnen – ausgelöst durch den Terror der Sikhs. Nach amtlichen Schätzungen haben 24 000 Menschen ihr Heim verlassen; Sikhs aus Haryana und anderen Staaten sind in den Pandschab gezogen, Hindus haben ihn verlassen. Viele von ihnen leben in Gurdwaras (Sikh-Tempeln), die Hindus in ihren eigenen Tempeln. Eine Bewegung, die der Zentralregierung nicht ins Kalkül paßt. Bei anhaltendem Trend könnte der Pandschab so schließlich doch noch zu einem „de facto"-Sikh-Staat werden. Diese Entwicklung bereitet Neu-Delhi jedenfalls zunehmend Kopfzerbrechen.

Verhandlungen abgelehnt

Die Bewohner Pandschabs fühlen sich trotz verbesserter Sicherheitslage nicht recht sicher. Täglich finden noch Überfälle militanter Sikhs statt, die Militarisierung der Hindu-Gemeinschaft auch in angrenzenden Staaten wächst, geschürt von der Hindu-Organisation „Shiv Sena". Polizeichef Julio Ribeiro greift hart durch: Hunderte von mutmaßlichen Extremisten sind verhaftet, die Polizei tötete zahlreiche Militanten in Feuergefechten. Und Verhandlungen mit den extremen Studenten der „All India Sikh Students Federation" oder der militanten Bhindranwale-Nachfolge-Organisation „Damdami Taksal" lehnt Ministerpräsident Gandhi vorerst noch kategorisch ab.

Schtscharanskij: Druck des Kreml

AFP, New York

Der jetzt in Israel lebende frühere sowjetische Bürgerrechtler Nathan Schtscharanskij hat Moskau vorgeworfen, seine Familie in der UdSSR festzuhalten. In einem Telefoninterview mit der „New York Times" sagte Schtscharanskij, die UdSSR verzögere die Ausreise seiner Eltern nach Israel, um seine Kampagne für die sowjetischen Juden zu unterbinden. „Meine Mutter ist 77 Jahre alt", fügte der Bürgerrechtler an, „sie hat viel gelitten und mittlerweile ist jeder Monat wichtig für sie. Niemand weiß, wie lange sie noch zu leben hat."

Schtscharanskij wies darauf hin, die Haltung der sowjetischen Behörden verstoße gegen einen Vertrag über den Gefangenenaustausch zwischen Ost und West. Er habe sich entschlossen, die Existenz dieses Abkommens jetzt bekanntzumachen. Über diesen Vertrag hätten ihn nach seiner Ausreise vor fünf Monaten amerikanische und westdeutsche Regierungsvertreter informiert.

Ein Beamter des amerikanischen Außenministeriums weigerte sich auf Anfrage der „New York Times", die Existenz eines solchen Vertrages zu bestätigen oder zu dementieren. Dabei betonte er, solche Austauschaktionen unterlägen besonderer Geheimhaltung.

Abu Nidal droht mit Anschlägen

AFP, Amman

Die von Abu Nidal geführte Gruppe der Palästinensischen Befreiungsfront will die Bestrebungen, im Westjordanland eine Verwaltungsautonomie zu errichten, durch neue Terroraktionen zunichte machen. Der Fatah-Revolutionsrat drohte allen, die als Bürgermeister arabischer Gemeinden in den israelisch besetzten Gebieten vorgesehen sind, sie würden „dasselbe Schicksal wie Safer al Masri" erleiden. Al Masri, früherer Bürgermeister von Nablus, war von einem Kommando der Abu-Nidal-Gruppe ermordet worden.

In einem Anruf beim Büro der französischen Nachrichtenagentur AFP in Amman warnte ein Mann, der sich als offizieller Sprecher der Organisation bezeichnete, die vorgesehenen Kandidaten in Hebron, Zal Brieh, Ramallah und Doura davor, den Bürgermeisterposten anzutreten. Außerdem richtete er eine „Warnung" an Jordanien, die „Verschwörung zur Errichtung einer Verwaltungsautonomie" in den besetzten Gebieten fortzusetzen.

Jordaniens König Hussein hatte in der vergangenen Woche erklärt, sein Land habe einen Fünfjahresplan zur Entwicklung der besetzten Gebiete beschlossen. Der Fonds dafür ist mit 150 Millionen Dollar ausgestattet.

Mit einer gehörigen Portion Zynismus betrachtet Charles Wilson, Chefredakteur der Londoner „Times", die Deutschen. Ist ihre Nachkriegsidentität wirklich echt? fragt er. Sind die Deutschen seit dem Krieg weniger deutsch geworden? Das neue Deutschland seit 1945, so meint er, weise erstaunliche Parallelen zu Amerika auf: kapitalistisch, demokratisch, von nervöser Aktivität und psychoanalytischer Nabelschau darüber geprägt, was es heißt, deutsch zu sein. Zur Politik schreibt Wilson, die Deutschen hätten die am wenigsten kriegslustige Kultur in Westeuropa. Fast unheimlich fand er die deutschen Gefühle während des Falklandkrieges.

Und plötzlich waren die Deutschen dekadenter als die Franzosen . . .

Von CHARLES WILSON

Vor elf Jahren, während der Abstimmungskampagne über die britische Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, warnten die Gegner des Gemeinsamen Marktes immer wieder davor, daß die Mitgliedschaft in einem großen europäischen Konglomerat den britischen Nationalcharakter schrittweise zerstören würde. Das wurde von den Befürwortern des britischen Beitritts bestritten. Sie wiesen damals entrüstet darauf hin, daß die ursprünglichen sechs Mitgliedsnationen über zwanzig Jahre eine europäische Verschmelzung vermieden hätten, und um diese Kernfrage noch zu betonen, stellten sie damals eine Reihe von markigen Fragen. „Sind die Franzosen denn weniger französisch geworden?" fragten sie etwa. „Sind die Italiener weniger italienisch? Die Niederländer weniger niederländisch?" Aber irgendwie sagte niemand: „Sind die Deutschen weniger deutsch?"

Es gibt natürlich eine oberflächliche Erklärung hierfür. Bei einer Nation, die ihre kulturelle Erfüllung im Betrachten der Fernseh-Wiederholungen von Filmen aus den 50er Jahren über den Zweiten Weltkrieg findet, scheint im Kopf der Leute immer noch das Bild der Deutschen aus der Kriegszeit herumzuspuken. Es wird so zu einer möglichen Quelle der Verlegenheit und zu etwas, das vorsichtig umgangen werden muß – oder zu einer Quelle chauvinistischer Witze, wie bei dem Artikel einer britischen Zeitung über die Fußballweltmeisterschaft von 1966, in dem es hieß, daß die Deutschen die Briten unbedingt in *ihrem* Nationalsport schlagen wollten; und das sei nur fair, weil die Briten die Deutschen schließlich in diesem Jahrhundert zweimal in *ihrem* Nationalsport besiegt hätten. In einer solchen Atmosphäre muß man Fragen wie „Sind die Deutschen etwa weniger deutsch?" taktvoll umgehen.

Aber, wie es sich so trifft, gibt es auch tiefere Gründe, um diese Frage für verwirrend zu halten. Während der letzten 130 Jahre waren die Deutschen und Deutschland die psychologischen Verwandlungskünstler der modernen europäischen Geschichte, die ursprünglichen und echten Rast- und Heimatlosen. Zumindest vom eher schwerfälligen britischen Standpunkt aus gesehen, haben sie eine verblüffende Folge von nationalen Identitäten durchschritten. Vor der Einigung durch Bismarck wurden die Deutschen (mit Ausnahme der Preußen) nicht als ein militaristisches oder industrielles Volk gesehen, sondern als ein künstlerisches und intellektuelles: Dichter, Musiker, Künstler und ihre närrischen Gönner – alles Träumer. Die Aufteilung Deutschlands in kleine Fürstentümer hatte viel damit zu tun, weil die Vielzahl von Grenzen, komplett mit Uniformen, Steuern, Tarifen und Handelsschranken dem Land einen zwar charmanten, aber kraftlosen und opernhaft romantischen Anstrich gab.

Dieser Eindruck wurde in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts durch den Zollverein, die politische Einigung, das Aufkommen des kaiserlichen Deutschlands als Industriemacht und schließlich durch die Bewerbung des Kaisers um einen Platz an der Sonne ausgelöscht. Obwohl das Auftauchen eines europäischen Rivalen um die Weltmacht und die Vorherrschaft auf den Meeren die öffentliche Meinung in Großbritannien alarmierte, fügte es jedoch dem Bild der Deutschen als solchem keinen Schaden zu. Genau das Gegenteil geschah, weil die Deutschen der wilhelminischen Ära uns immer ähnlicher zu werden schienen: Sie warfen ihre komischen Operettenprinzen aus den wirklichen Machtpositionen hinaus, nahmen die Verantwortung für ein ganzes Reich auf sich, modernisierten ihre Industrie – kurz, sie wurden zu einem durch und durch respektablen, gutbürgerlichen, protestantischen Volk. Britische Beobachter jener Zeit sahen mit weitaus mehr Sympathie auf eine solche Nation als auf die benachbarten Franzosen, die katholisch waren, politisch unzuverlässig und angeblich frivol.

Der Erste Weltkrieg hat diese Sympathien natürlich auf unschwer erkennbare Weise und aus leichtverständlichen Gründen verändert. Aber vielleicht wurden die Ansichten der gebildeten Schichten über Deutschland viel tiefgehender verändert durch den finanziellen Zusammenbruch, die politische Instabilität und die künstlerische Experimentierfreudigkeit der Weimarer Republik. Plötzlich waren ausgerechnet die Deutschen dekadent – und das auf eine gründlichere, entschlossenere, eben deutsche Weise, als die Franzosen es je zustande gebracht hatten. Die gewohnte Struktur der Gesellschaft war offensichtlich verschwunden – ehrbare, hart arbeitende Leute waren verschuldet oder ruiniert; Spekulanten und Glücksspieler florierten –, und die gewohnten ehrbaren Grundsätze waren mit ihr verschwunden. Für den britischen Reisenden, der von der Inflation der Mark profitierte, war Berlin ein billiges, aufregendes und sexuell freizügiges Pflaster. Und für diejenigen, die sich die Reise nicht leisten konnten, verbreiteten Christopher Isherwoods Berlin-Geschichten den Mythos der Weimarer Republik als einer zügellosen „Cabaret"-Gesellschaft.

Hitler machte sich daran, dieses Bild von Deutschland auszulöschen und es durch seine eigene, finstere Vision zu ersetzen – eine seltsame Mischung von Mechanisierung und mittelalterlicher Grausamkeit. Man muß zugeben, daß die Tatsache, daß er diese Vision für so viele Deutsche anziehend machen konnte, so manchen stocken läßt, bevor er fragt: „Sind die Deutschen denn irgendwie weniger deutsch?" Für Leute über 40, die vor, während oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg aufwuchsen, haben die Hitlerjahre ein Bild von Deutschland hinterlassen, das die nachfolgenden Jahre zwar verbessert, aber nicht ganz ausgelöscht haben. Ist das unfair? In gewisser Weise schon. Hitler hat nie die Unterstützung einer Mehrheit in freien Wahlen gewonnen. Er kam an die Macht in Zeiten äußerster wirtschaftlicher Not, die die etablierten Parteien offenbar nicht bewältigen konnten. Seine politischen Fähigkeiten schlossen Lügen, Täuschung und Betrug ein, die nur deshalb zum Erfolg führten, weil sie die Zustimmung der Regierten eher vortäuschten als gewannen. Und als er erst einmal an der Macht war, nutzte er sämtliche Möglichkeiten eines modernen Polizeistaates, um seine Gegner einzuschüchtern und das Volk zur Zustimmung zu zwingen.

Dennoch bleibt die Tatsache, daß Deutschland die Nazi-Uniform anzog – wie unwillig, im Zweifel oder unwissend das auch gewesen sein mag – ein geschichtliches Faktum, das seine Nachbarn nie ganz werden vergessen können. Was diese Erinnerung so beunruhigend macht, ist, daß das deutsche Volk vorher seine operettenhaften, wilhelminischen und Weimarer Karnevalsmasken mit allen Anzeichen von Behagen und Zufriedenheit aufgesetzt hatte. Das läßt seine Nachbarn natürlich fragen, ob die Nachkriegsidentität der Deutschen wie die Amerikaner sagen „for real", also wirklich echt ist. Der Gebrauch einer amerikanischen Wendung ist hier angebracht, denn das Modell eines neuen Deutschlands nach 1945 wurde ziemlich genau nach amerikanischen Grundsätzen entwickelt: kapitalistisch, demokratisch, von nervöser Aktivität und der psychoanalytischen Nabelschau darüber verfallen, was es heißt, Deutscher beziehungsweise Amerikaner zu sein.

Diese Gesellschaft hat bemerkenswerte Leistungen erbracht, die zu ihren Gunsten sprechen. Die Leistung, die als erste die Aufmerksamkeit der anderen weckte, war der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik schon in den fünfziger Jahren. Diese hat man zunächst rein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt. Den Aufschwung der Mark hat man der berühmten Neigung der Deutschen zu harter Arbeit zugeschrieben und dem glücklichen Umstand, daß ihre Industrieanlagen im Krieg zerstört wurden, so daß sie gezwungen waren, diese zu modernisieren. (Allerdings kam niemand auf die Idee, die Demolierung als eine Lösung für die wirtschaftlichen Probleme Großbritanniens und Frankreichs vorzuschlagen.)

Dann entdeckte man jedoch nach und nach, daß diese Leistung wichtige politische Ursachen hatte. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard hatten die „soziale Marktwirtschaft" erfunden, die freie wirtschaftliche Märkte mit einem hohen Grad von Sozialversorgung kombinierte. Ihr Erfolg kurierte zuerst die Sozialdemokraten vom Sozialismus, was bedeutete, daß die deutsche Wirtschaft nicht durch periodische Wechsel in der Wirtschaftspolitik der Regierung unterbrochen wurde, wenn die Regierung wechselte, und ermutigte später andere westeuropäische Länder, diese oder eine ähnliche Politik zu übernehmen. Die westdeutsche Wirtschaft ist die erfolgreichste und beständigste in Europa geblieben.

Eine zweite Leistung war die Wiederherstellung und Festigung der deutschen Demokratie. Dieser Erfolg wurde durch das Aufkommen des Terrorismus in den 60er und 70er Jahren hart geprüft. Das war eine ernste Herausforderung an die Legitimität des demokratischen Staatswesens. Dennoch wurde der Terrorismus ohne Rückgriff auf nicht verfassungskonforme oder sogar repressive Maßnahmen im Rahmen der Verfassung besiegt.

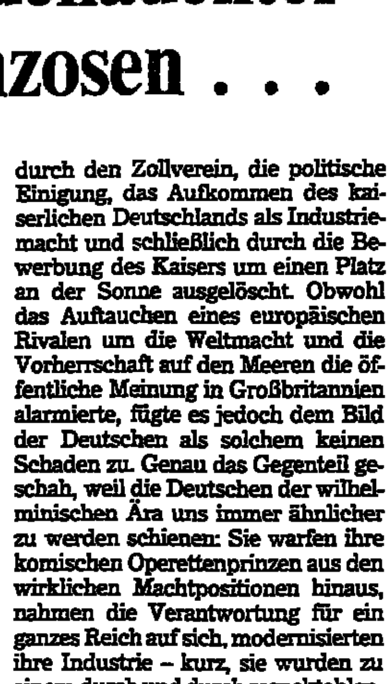
Beinahe ebenso beeindruckend wie sein kapitalistisches Aufblühen und seine demokratischen Werte ist jedoch der friedliche Charakter Westdeutschlands. Es hat wohl die am wenigsten kriegslustige politische Kultur in Westeuropa. Es war schon fast unheimlich, mit welchem Unverständnis die meisten Westdeutschen (sicherlich die meisten westdeutschen Kommentatoren) das Anschwellen des Patriotismus in Großbritannien während des Falklandkriegs beobachteten. Es war, als ob die dabei hochkommenden Emotionen – Gefühle, die schließlich nichts Ungewöhnliches in der Geschichte Westeuropas sind – in der deutschen Seele nicht den geringsten Widerhall fanden. Diese pazifistische Atmosphäre wird vielleicht mit dem Begriff Leistung nicht zutreffend umschrieben, weil sie einige Kritiker dazu geführt hat, das blühende Westdeutschland weniger als ein Land als vielmehr als einen großen Bauch zu beschreiben. Diese Kritik geht am Wesentlichen vorbei. Es gibt Patriotismus in Deutschland, aber die geschichtliche Erinnerung an den Nationalsozialismus, der den Nationalismus über alle Maßen erhob, macht es schwer, diesen Patriotismus unbefangen zu artikulieren. Aber patriotische Gefühle können nicht völlig verdrängt werden. Sie sind eins der beständigsten Merkmale der menschlichen Seele. Daher können wir das sonderbare Phänomen beobachten, daß der deutsche Nationalismus sich auf andere Weise artikuliert – als Antiamerikanismus zum Beispiel, als Umweltbewußtsein oder als Aufregung über die Atomkraft. Die Grünen, die alle diese Leidenschaften in sich vereinigen, wirken auf den Außenstehenden, als ob sie unter dem Einfluß eines unterdrückten und nicht eingestandenen Nationalismus stünden.

Kurz gesagt, das heutige Deutschland ähnelt dem reichen Erben eines riesigen Vermögens, das erst kürzlich erworben wurde, aus einer Familie, zu deren Vergangenheit ein großes Verbrechen gehört. Am Anfang haben sie über das Verbrechen nie gesprochen. Jetzt sprechen sie ganz offen untereinander und mit den Nachbarn darüber. Und doch hindert das dadurch hervorgerufene Schuldgefühl den Erben daran, die führende Rolle in der Gesellschaft zu spielen, die ihm durch seinen Reichtum normalerweise zufallen würde. Er ist stolz auf seine Kinder – Doktoren, Geschäftsleute und Sozialarbeiter – aber sie halten sich sorgfältig zurück, mit den Leistungen der Familie vor der Zeit des Verbrechens anzugeben. Das wäre schlechter Stil. Und als Neuankömmlinge in einer Nachbarschaft vom zweifelhaften Status der Neureichen sind sie noch pedantischer als die älteren Familien, wenn es um die Bewahrung der gebührenden Formen geht.

Das führt dazu, daß ihre Nachbarn sie mögen, in ihrer Gegenwart jedoch manchmal ein leicht angestrengtes Gefühl haben. Das wird sich zweifellos geben, je mehr das Verbrechen *zur geschichtlichen Vergangenheit* wird. Das ist noch nicht geschehen, aber Boris Becker, der Repräsentant der ersten von den Nazi-Jahren scheinbar völlig unberührten deutschen Generation, läßt erwarten, daß dies bald geschehen wird.

Mittwoch in der WELT
Frankreich: „Le Monde"

THE TIMES



Charles Wilson, geboren 1936 in Schottland, hat eine Bilderbuch-Karriere hinter sich. Mit 16 war er Bürojunge bei der Londoner Zeitschrift „People", mit 49 wurde er im November vergangenen Jahres Chefredakteur einer der berühmtesten Zeitungen der Welt, der Londoner „Times". Zuvor hatte er für Rupert Murdoch, den neuen Verleger der „Times", die „Chicago Sun Times" geführt.

Nach langer schwerer Krankheit entschlief unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, unsere liebe Omi und Uromi

Lona Pirsch-Steigerwald

geb. Weigel

* 3. 5. 1909 † 16. 7. 1986

In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Hans Joachim und
Ursula Pirsch-Steigerwald

Pirschberg im Billetal 72
2077 Trittau

Trauerfeier am Freitag, dem 25. Juli 1986, um 14.00 Uhr, Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Kapelle 10.

Die Urnenbeisetzung erfolgt später auf dem Bergfriedhof in Heidelberg.

Gott der Herr nahm heute meinen inniggeliebten Mann, unseren herzensguten Vater und Schwiegervater, meinen lieben Schwiegersohn und unseren liebsten Opa

Eugen Saier

* 17. September 1926 † 17. Juli 1986

im Alter von 59 Jahren völlig unerwartet zu sich in die Ewigkeit.

In Liebe und Dankbarkeit:
Else Saier geb. Heindl
Ulrich Saier
und Jutta Saier mit
Hanns-Ulrich und Tom
Ute Bareiß geb. Saier
und Hermann Bareiß mit
Christian und Hannes
Anna Heindl

Alpirsbach-Peterzell, den 17. Juli 1986

Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 22. Juli 1986, um 14.30 Uhr auf dem Friedhof in Alpirsbach-Peterzell statt.

Von Beileidsbezeugungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.

Völlig unerwartet ist unser verehrter Chef und geschäftsführender Gesellschafter

Eugen Saier

* 17. September 1926 † 17. Juli 1986

verstorben.

Wir verlieren mit ihm ein Vorbild, dessen ganzes Leben erfüllt war von der Fürsorge für unsere Unternehmen und seine Mitarbeiter.

Er war der Gründer unserer Firmengruppe. Vitalität, Energie und Tatkraft, gepaart mit hohem kaufmännischem Wissen und Können, waren die hervorragenden Merkmale seiner Persönlichkeit.

Sein Leben und sein Wirken sind Vorbild und Verpflichtung für uns.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Mitarbeiter, Betriebsräte, Geschäftsleitung und Gesellschafter der Firmen

Kunststoffwerk Eugen Saier GmbH & Co.
Alpirsbach-Peterzell

GFV-Gesellschaft für Verschlußtechnik mbH & Co.
Alpirsbach-Peterzell

E + E Plastic GmbH & Co. KG
Jettingen

Alpirsbach-Peterzell, den 17. Juli 1986

Glemp: Nur in der Liturgie ein wenig Freiheit

dpa, Rom

Der Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat sich skeptisch über die auf dem 10. Kongreß der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) angekündigten Reformen geäußert. Auf einer Pressekonferenz in Alghero (Sardinien) kritisierte Glemp nach einem Bericht der römischen Tageszeitung „La Repubblica", daß sich seit dem Ende Juni stattgefundenen Parteikongreß der PVAP nichts geändert habe.

„Die Kommunisten überwachen, kontrollieren und kommandieren. Nur in der Liturgie ist uns ein wenig Freiheit erlaubt", sagte Glemp. Kritisch äußerte sich der Primas auch über diejenigen Intellektuellen, die Polen in den vergangenen Jahren verlassen haben. Man dürfe das eigene Land nicht im Stich lassen, wenn es in Schwierigkeiten sei, meinte Glemp. Der Kardinal hatte in Alghero einen Friedenspreis entgegengenommen und aus diesem Anlaß eine Pressekonferenz gegeben.

Dissidenten wollen engere Kooperation

JGG, Köln

Polens Untergrund strebt eine engere Zusammenarbeit mit Dissidenten aus anderen Ostblockländern an. So hat der Vorsitzende der „Kämpfenden Solidarność" und Chefredakteur des im Untergrund erscheinenden „Niederschlesisches Bulletin", („Biuletyn Dolnoslaski"), Kornel Morawiecki, die jetzt in Paris lebende sowjetische Dissidentin, Natalia Gorbaniewskaja, gebeten, „ehrenhalbes Redaktionsmitglied" zu werden. In einem offenen Brief wurde die Auszeichnung von ihr angenommen und als „große Ehre" bezeichnet. „Ich habe die Hoffnung, daß ich die Zeit erleben werde, da euer Programm Wirklichkeit wird und das sowjetische Imperium auseinanderbricht."

Wie aus polnischen Oppositionskreisen dazu zu hören ist, wollen andere polnische Untergrundzeitschriften dem Beispiel des „Niederschlesischen Bulletins" folgen und emigrierte Dissidenten aus der Sowjetunion, der CSSR und Ungarn zur Mitarbeit einladen. Tschechische und slowakische Oppositionelle, die noch in der CSSR leben, arbeiten bereits unter Pseudonym mit.

‚Managua wird nicht kapitulieren'

Ortega wirft Washington „Völkermord" vor / Bischöfe klagen über „Volkskirche"

DW. Managua

Sieben Jahre nach dem Sieg der Sandinisten über den Diktator Anastasio Somaza ist von der Euphorie des Aufbruchs in ein neues Zeitalter nichts mehr zu spüren. Das ist nicht nur ein Ergebnis des Kampfes der Contras gegen die neuen Machthaber, sondern auch des Drucks von innen auf ein Regime, das seinen diktatorischen Charakter kaum noch verschleiert und immer stärker in die Isolierung gerät. Hinzu kommt die Armut, eine Folge der Mißwirtschaft.

An der Spitze des gewaltlosen Widerstandes gegen die Sandinisten steht die katholische Kirche des Landes. Die Bedeutung der Kirche, die furchtlos die Wahrung der Menschenrechte einfordert, hat das Regime zu einer harten Linie veranlaßt. Die Bischöfe Nicaraguas haben sich jetzt in einem in Washington veröffentlichten Schreiben an Amtsbrüder in aller Welt über eine wachsende Bedrohung beklagt. „Die moralische und körperliche Unversehrtheit von Bischöfen, Priestern, religiösen Menschen und Gläubigen ist ständig bedroht, von Skandalen, Massenkundgebungen, Todesdrohungen oder Ausweisungen aus dem Land, wenn sie in Treue fest zur Kirche und der Verteidigung der Menschenrechte stehen", heißt es in dem Brief, der von dem Weihbischof von Managua, Bosco Vivas Robelo, unterschrieben ist.

Besonders beklagt wird die Gründung der sogenannten Volkskirche. Hier haben sich katholische Gläubige zusammengefunden, die die Regierung unterstützen und die Unabhängigkeit von der Amtskirche anstreben. Diese Organisation stehe, so der Brief, „völlig im Dienste der Regierung und ist der gefährlichste Arm der von dieser Regierung bei ihren Versuchen benutzt wird, die Kirche *zu spalten*".

Die Installierung einer sandinistischen Regierung vor sieben Jahren hat die Lage der Menschenrechte nicht verbessert. Das zeigen nicht nur *die Klagen über Bedrohungen*, sondern selbst die Zahlen, die die Regierung veröffentlicht hat. 1800 politische Häftlinge sind nach Angaben von Innenminister Tomas Borge in den nicaraguanischen Gefängnissen inhaftiert. Die Regierung beschuldigt sie „konterrevolutionärer Handlungen". Die von der Regierung unabhängige Menschenrechtskommission hält diese Angaben für geschönt. Sie beziffert die Zahl der politischen Gefangenen in Nicaragua auf mehr als 6500 Menschen. Hinzu kämen 2500 ehemalige Angehörige der Nationalgarde Somazas.

Der Regierung steht das Wasser bis zum Hals. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme blieb Präsident Daniel Ortega nichts anderes übrig, als vor 1500 *Menschen an dem Jubiläumstag* einzugestehen: „Es wird noch mehr Schwierigkeiten geben, aber wir werden nicht wegen Hungers kapitulieren." Kuba und die Sowjetunion konnten diesen „*Hilferuf*" zum ersten Mal via Satellit direkt empfangen.

In beleidigendem Ton stellte der Präsident die US-Hilfe an die Contras auf eine Stufe mit nationalsozialistischen Verbrechen. US-Präsident Reagan wetteifere mit Nero und Hitler, indem er „das nicaraguanische Volk mordet".

Protest im Zentrum Moskaus verhindert

AP, Moskau

Der sowjetische Bürger Serafim Jewsukow ist in Moskau festgenommen und vermutlich in eine psychiatrische Klinik eingeliefert worden, weil er gegen die Inhaftierung seines Sohnes protestieren wollte. Die Tochter des Mannes, Ludmilla Jewsukowa, *berichtete gestern, ihr Vater und* ihre Mutter seien am Samstag abend in einer Eisenbahnstation festgenommen worden. Sie hätten zum Puschkinplatz im Zentrum Moskaus gewollt, *wo Mitglieder der Familie* in den vergangenen Wochen regelmäßig mit Plaketten an der Kleidung erschienen waren, auf denen „Gefangener Jewsukow" stand.

Während ihre Mutter von der Polizei wieder freigelassen wurde, sei ihr Vater mit gefesselten Händen in den Transportwagen einer psychiatrischen Klinik gezerrt worden, berichtete die Frau. Der Sohn der Familie war im Mai dieses Jahres zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden, weil er sich dem Dienst in der sowjetischen Armee widersetzt hatte.

25 Soldaten in Chile verhaftet

dpa, Santiago

Im Zusammenhang mit dem Tod eines Demonstranten sind 25 chilenische Soldaten, darunter drei Offiziere, festgenommen worden. Der Militärgouverneur von Santiago, General Carlos Ojedo, erklärte dazu, die 25 Soldaten seien wegen „möglicher Beteiligung und Verantwortung" für den Tod des 19jährigen Rodrigo Rojas den zivilen Justizbehörden überstellt worden.

Rodrigo Rojas soll am 2. Juli, dem ersten Tag des von der Opposition organisierten zweitägigen Generalstreiks, von Soldaten mit Benzin übergossen und dann angezündet worden sein. Er starb am 6. Juli. Die 18jährige Studentin Carmen Quintana hatte bei dieser Aktion lebensgefährliche Brandwunden erlitten. Ihr Gesundheitszustand ist nach wie vor kritisch.

Nach dem Kommunique des Militärgouverneurs war die Kleidung von Rojas und Quintana durch unglückliche Umstände in Brand geraten. Die Anwälte der Familien Rojas und Quintana hatten dies bestritten.

Moskau attackiert Diplomaten-Schule

rtr, Moskau

Der Moskauer Parteichef Boris Jelzin hat massive Vorwürfe gegen die Diplomaten-Akademie in der sowjetischen Hauptstadt erhoben und sie wie andere Schulen des Auswärtigen Dienstes als Brutstätten für Sonderrechte und Korruption hingestellt. Die Tageszeitung „Moskowskaja Prawda" meldete am Sonntag, Jelzin habe auf einer Parteiveranstaltung gerügt, daß 70 Prozent der Akademie-Hörer aus Funktionärsfamilien stammten. Rund 40 Prozent der Dozenten seien untereinander verwandt. In einer der Fakultäten sei die Zahl der schwarzarbeitenden Lehrkräfte viermal höher als die der regulären Ausbilder.

Der Stadtverband der Partei habe sich in die Belange der Akademie lange Zeit nicht eingemischt, zum Schaden der Ausbildungsqualität, wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit und Disziplin, sagte der Politbüro-Kandidat. Ähnlich ernst sei die Lage am Staatlichen Institut für Internationale Beziehungen in Moskau und in anderen Ausbildungsstätten.

Genscher holt sich letzte Informationen bei Nitze

Wird umstrittenes Abkommen doch in Moskau unterzeichnet?

dpa/AP, Bonn

Kurz vor seinem Abflug zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in der Sowjetunion ist Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auf dem Köln-Bonner Flughafen gestern vormittag noch mit dem Sonderbeauftragten von US-Präsident Ronald Reagan für die Genfer Abrüstungsverhandlungen, Paul Nitze, zusammengetroffen. Bei dem Gespräch informierte Nitze den FDP-Politiker über den Entwurf der amerikanischen Antwort auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge sowie über den letzten Stand der Genfer Verhandlungen. Der Sonderbeauftragte des *US-Präsidenten war der* letzte in einer Reihe von Gesprächspartnern, mit denen sich Genscher auf die Unterredungen in Moskau vorbereitet hatte.

Nach den Worten von Außenminister Genscher liegt die eigentliche Bedeutung seines Besuchs darin, daß die Bundesregierung an dem wieder in Gang gekommenen West-Ost-Dialog aktiv teilnehmen will. In einem Interview des Süddeutschen Rundfunks sagte er, Bonn halte es für wichtig, in Moskau in aller Ausführlichkeit und Intensität über das West-Ost-Verhältnis, vor allem auch über die Abrüstungsfragen zwischen Ost und West zu sprechen.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen (CDU), sagte über das Klima vor dem Genscher-Besuch, die Bundesregierung sehe zur Zeit optimale Chancen für faire Abrüstungsvereinbarungen zwischen den Supermächten.

Bonns Interesse an Gipfel

Im Südwestfunk erklärte Stavenhagen gestern, die Deutschen hätten aufgrund ihrer geographischen Lage und ihrer *Geschichte durchaus das* Recht, den amerikanischen Bündnispartner energisch zu drängen, jetzt bei den Abrüstungsverhandlungen zügig voranzugehen. Das Ziel müßten *natürlich faire Verträge sein.*

Genscher kündigte an, er werde in Moskau auch das Interesse Bonns an einem zweiten Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Reagan und dem sowjetischen *Parteichef Gorbatschow* unterstreichen. Ein solches Treffen, das natürlich auch substantielle Fortschritte bringen solle, sei wichtig. Es komme jetzt darauf an, daß die Bundesregierung ihr eigenes Verhältnis zur Sowjetunion und ihren Verbündeten nutze, um Verständnis für die deutschen Probleme und Sorgen herbeizuführen, aber gleichzeitig auch dazu beitrage, daß es Fortschritte im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis gibt. Die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" veröffentlichte gestern ein Kurzporträt des deutschen Außenministers und brachte in dem Begleittext die Hoffnung zum Ausdruck, daß der dreitägige offizielle Moskau-Besuch Genschers „zum besseren gegenseitigen Verständnis" zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland beitragen werde.

Porträt in der „Iswestija"

Das Blatt wies zwar darauf hin, daß Genscher wiederholt in die Sowjetunion gereist sei, vermied aber den Hinweis, daß es auf dessen letzte Visiten in Moskau keine Gegenbesuche eines sowjetischen Außenministers in Bonn gegeben habe.

In der Sowjetunion wird Genscher mit seinem Amtskollegen Schewardnadse, aber voraussichtlich auch mit Parteichef Gorbatschow und Staatsoberhaupt Gromyko zusammenkommen. *Für Gorbatschow hat der Bun*desaußenminister eine Botschaft von Bundeskanzler Helmut Kohl im Gepäck, in der der Kanzler die Bereitschaft der Bundesregierung bekräftigt, die *Beziehungen zur Sowjetunion* auf allen Ebenen auszubauen und zu vertiefen.

Vor der Abreise Genschers wurde gestern auch Optimismus in Bezug *auf das geplante Abkommen über* wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion verbreitet. Aus der Umgebung des *Ministers verlautete am Vormittag,* obwohl die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, werde jetzt davon ausgegangen, daß die Vereinbarung während des Aufenthaltes des deutschen Außenministers noch unterschrieben werden könne.

Von den Grünen wurde Genscher aufgefordert, auch das Thema Tschernobyl anzuschneiden. Der *Bundestagsabgeordnete Suhr forderte, der* Außenminister solle darauf dringen, daß die Atomreaktoren in Tschernobyl nicht wieder in Betrieb genommen würden.

Mubarak gibt „gigantische Probleme" zu

dpa, Kairo

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak ist zuversichtlich, daß sein Land die akuten wirtschaftlichen Probleme lösen kann. *In einer* mehr als zweistündigen Rede zum Auftakt des vierten Kongresses der regierenden Nationaldemokratischen Partei (NDP) erklärte Mubarak in Kairo unter dem Beifall der Delegierten: „Die ägyptische Wirtschaft liegt nicht auf der Intensivstation, Ägypten tanzt nicht auf einem Vulkan."

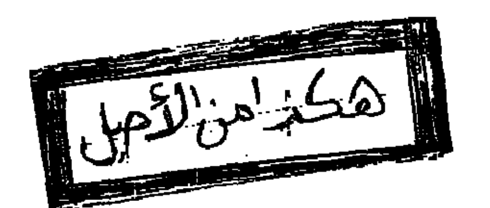
Der Staatschef, *der sich zufrieden* über das Ergebnis seiner jüngsten Reise nach Rom, Paris, London und Bonn äußerte, gestand ein, daß Ägypten „gigantische Probleme" habe. Er deutete unter anderem an, daß Kairo eine Umschuldung mit ausländischen Gläubigern anstrebe. „Die Schuldenlast wird in diesem und im nächsten Jahr einen Höhepunkt erreichen, *und wir versuchen eine* Umschuldung." Ägypten ist mit rund 70 Milliarden Mark im Ausland verschuldet.

Geringe Chancen für Andreotti

dpa, Rom

Die Bemühungen des bisherigen italienischen Außenministers Giulio Andreotti, eine stabile Neuauflage der Fünf-Parteien-Regierung unter seiner Führung einzuleiten, sind *nicht von Erfolg gekrönt.* Noch am Freitag hatte Andreotti Staatspräsident Francesco Cossiga um eine Verlängerungsfrist für seine Bemühungen zur Regierungsbildung bis Montag gebeten.

Wegen der zwischen Sozialisten und Christdemokraten andauernden Gegensätze mußte am Sonntag eine geplante Begegnung der Parteisekretäre *der fünf Koalitionspartner* (Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner, Sozialdemokraten und Liberale) abgesagt werden. Kern der Auseinandersetzung ist die Frage, welche Partei den Ministerpräsidenten stellt. Eine Neuauflage der Regierung unter dem Sozialisten Bettino Craxi wollen die Christdemokraten nur zulassen, wenn sie zeitlich bis zum kommenden Frühjahr begrenzt ist. Die Sozialisten bestehen aber darauf, daß Craxi bis zum Ende der Legislaturperiode 1988 ohne zeitliche Auflagen weiterregieren darf.



Die soziale Gesamtrechnung

Sozialleistungen in der Bundesrepublik Deutschland in Mrd DM

1980: 476 – 1982: 524 – 1984: 555 – 1986: 604 – 1990: 689 (Schätzung)

Sozialleistungen 1986 in Mrd DM für:

Bereich	Mrd DM
Alter und Hinterbliebene	230
Sparförderung	16
Gesundheit	200
Wohnen	13
Ehe und Familie	78
Folgen polit. Ereignisse	10
Beschäftigung	52
Sonstiges	5

© Globus

Die Sozialleistungen in der Bundesrepublik haben eine neue Rekordmarke erreicht, von einem Abbau kann nicht die Rede sein. In diesem Jahr steigen die Aufwendungen auf die Rekordmarke von 604 Mrd. Mark, 49 Mrd. Mark mehr als 1984. Gegenüber 1980 beträgt das Plus 128 Mrd. Mark. Der dickste Brocken im Sozialbudget 1986 ist mit 230 Mrd. Mark für die Versorgung der älteren Mitbürger und der Hinterbliebenen vorgesehen.

FÜR DEN ANLEGER

Renten: Experten sehen Spielraum für einen leicht abwärts gerichteten Zinstrend auf dem deutschen Markt. (S. 11)

Aktien: Deutliche Kursrückgänge kennzeichneten in der vergangenen Woche das Geschehen an wichtigen internationalen Börsen. Neben der Wallstreet schlossen auch Toronto, London und Zürich schwächer. Eine Ausnahme bildete Tokio.

Wertpapiere: Die Emissionstätigkeit bei Festverzinslichen verharrte im Juni auf dem Niveau des Vormonats. Inländische Emittenten begaben Rentenwerte von nominal 13,6 Mrd. DM, teilte die Bundesbank mit. Junge Aktien wurden im Kurswert von 0,9 Mrd. DM abgesetzt.

Bundesbank: Die Währungsreserven sind in der Woche zum 15. Juli aufgrund von Zinsgutschriften auf Auslandsanlagen um 0,4 auf 82,5 Mrd. DM gestiegen. Die Auslandsverbindlichkeiten verminderten sich um 0,1 auf 22,7 Mrd. DM.

Investment: Die Vereinigte Versicherungsgruppe will zusammen mit zwei Dresdner-Bank-Töchtern eine Kapitalanlagegesellschaft gründen.(S.11)

An der Wall-Street
Dow Jones Index
Hoch: 2.7.1986 – 1909,03
Tief: 22.1.1986 – 1502,29

1850 – 1800 – 1750
7. 8. 9. 10. 11. 14. 15. 16. 17. 18. Juli '86
DIE WELT

WELTWIRTSCHAFT

UdSSR: Die Industrieproduktion ist im ersten Halbjahr 1986 nach amtlichen Angaben um 5,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Öl: Saudi-Arabien hat seine tägliche Fördermenge über den von der Opec gesetzten Rahmen von 4,35 Mill. Barrel auf mehr als fünf Mill. Barrel hochgefahren. Die irakische Regierung kündigte für 1987 eine beträchtliche Erhöhung der Ölförderung an.

Philippinen: Die Zentralbank hat die Importkontrollen für 262 Produkte im Zuge des Liberalisierungsprogramms aufgehoben.

Brüssel: Die EG-Finanzminister beginnen heute mit den Beratungen über den Haushaltsplan der Gemeinschaft für 1987.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Autos: Der US-Konzern Ford will 40 Prozent des Kapitals des staatseigenen italienischen Herstellers Alfa Romeo, Mailand, übernehmen. Durch die Kooperation mit Ford soll der Ausstoß der Alfa-Romeo-Werke verdoppelt werden. (S. 11)

Mittelstand: Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat in einer Studie herausgefunden, daß kleine und mittlere Unternehmen durchaus nicht immer dynamischer und dem Strukturwandel besser gewachsen sind als ihre großen Kollegen. (S. 11)

USA: Durch die größte Einzelhandelsfusion seit zehn Jahren entsteht ein neuer Warenhausgigant. (S. 10)

General Motors: Der US-Autohersteller hat insgesamt 43 825 Arbeiter wegen der Umrüstung der Werke auf neue Modelle vorübergehend entlassen.

Rotaprint: Ein Konkurs des Berliner Unternehmens ist nach Ansicht des Hamburger Rechtsanwalts Gerd Weiland unvermeidlich, wenn das Land Berlin sich gegen weitere Hilfen sperrt. (S. 11)

MÄRKTE & POLITIK

Textil: In Genf beginnen heute die Verhandlungen über die Verlängerung des Welttextilabkommens. Während die Entwicklungsländer eine Liberalisierung des Handels erreichen wollen, verlangt die Textilindustrie der westlichen Länder eine weitere Begrenzung der Billigimporte aus Asien. (S. 10).

Waschmittel: Immer mehr Hausfrauen waschen umweltfreundlich. Phosphatfreie Waschmittel kommen in der Bundesrepublik nach Angaben der Düsseldorfer Henkel KGaA inzwischen auf einen Marktanteil von 25 Prozent. (S. 11)

Strukturpolitik: Ein Mangel an Gewerbeflächen und zu hohe Energiekosten hemmen das Wachstum im westlichen Ruhrgebiet und in der Niederrhein-Region, hat ein Standort-Gutachten für die IHK Duisburg ergeben. (S. 10)

Wohneigentum: „Noch nicht optimal" nennt das Ifo-Institut die Steuer-Neuregelung, die am 1. Januar 1987 in Kraft tritt. Der Wegfall der Nutzungswertbesteuerung fördere vor allem schuldenfreie Objekte und nicht den Neuerwerb.

NAMEN

Monopolkommission: Der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, hat die Kritik der SPD an der Berufung des Wirtschaftsprofessors Carl-Christian von Weizsäcker zurückgewiesen. In einem Brief an den SPD-Abgeordneten Uwe Jens schreibt Schlecht, von „einer grundlegenden Richtungsänderung" in der Kommission, die Jens befürchte, könne keine Rede sein.

Hüls AG: Der ehemalige Vorstandsvorsitzende, Prof. Karl Mönkemeyer, vollendet am Donnerstag das 70. Lebensjahr. Mönkemeyer kam 1952 zur damaligen Chemische Werke Hüls AG, wurde 1964 in den Vorstand berufen und war von 1972 bis 1980 Vorstandschef des Chemie-Unternehmens.

Wer sich allzugern grün macht, den fressen die Ziegen.
Johann Wolfgang von Goethe

Das Problem der Durchsetzung neuer Energien liegt im Markt

Riesenhuber: Vielfach besteht nur noch ein sehr begrenzter Forschungsbedarf

HEINZ HECK, Bonn

Heute tagt in Bonn eine Staatssekretärsrunde, die die sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgerungen für die Bundesrepublik aus dem Reaktorunfall Tschernobyl beraten soll. Zu den Vorarbeiten gehört auch ein Auftrag des Kanzlers an Forschungsminister Riesenhuber, der die zusätzlichen Möglichkeiten zur Einsparung und zur besseren Ausnutzung von Energie sowie zur Nutzung alternativer Energiequellen zu prüfen hatte.

In der Staatssekretärsrunde sind unter Vorsitz des Kanzleramts die Ressorts Finanzen, Forschung, Gesundheit, Inneres, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft vertreten. Riesenhuber hat das Ergebnis seines Prüfungsauftrags Anfang Juli dem Kanzler in einem Schreiben mitgeteilt, ohne es allerdings vorher mit den übrigen Ressorts abzustimmen. Er erinnert daran, daß es bei vielen Energietechniken nur noch um einen „sehr begrenzten Forschungsbedarf" gehe. Das Problem liege „in der Durchsetzung der neuen Energietechniken im Markt, jenseits der Ressortgrenzen des Forschungsministeriums".

Sein Katalog mit insgesamt fünf Vorschlägen zielt auf Steuervergünstigungen, Zuschußprogramme etwa für die Landwirtschaft, Neugestaltung von Stromabnehmerverträgen und Testprogramme für Sonnenenergienutzung. Insgesamt hält er die Kosten seiner Vorschläge für „überschaubar". So würden sich die Steuermindereinnahmen über die nächsten zehn Jahre kaum „auf wesentlich mehr als 200 Millionen Mark addieren ... Größere Programme könnten natürlich leicht entwickelt werden, jedoch scheinen sie mir in der derzeitigen Situation kaum realisierbar zu sein".

Als Fazit verweist Riesenhuber auf das Urteil von Fachleuten. Danach sei zu bezweifeln, daß sowohl bei der regenerativen Energie als auch bei der „schon außerordentlich erfolgreichen" Energieeinsparung „noch sehr große Potentiale durch staatliche Maßnahmen erschlossen werden können, insbesondere solange der Ölpreis niedrig ist". Den Vorteil sieht er eher auf der politischen Ebene, denn es könne „deutlich gemacht werden, daß alle absehbaren Möglichkeiten mit wirtschaftlich vertretbaren Instrumenten gefördert werden".

Zu den Vorschlägen im einzelnen: Die Investitionszulage für ausgesuchte energiesparende Maßnahmen sollte von derzeit 7,5 auf 20 Prozent erhöht werden (Paragraph 4a Investitionszulagengesetz). Bei einer Beschränkung der Erhöhung auf gewerbliche Anlagen zur Nutzung der Windenergie sowie von Biomasse und Biogas rechnet er mit nicht mehr als 10 Millionen Mark jährlichem Steuerausfall. Für innovative und erneuerbare Energietechnik wie Wärmepumpen, Solar- und Anlagen zur Wärmerückgewinnung, zur Nutzung von Windenergie, Biomasse und -gas sowie Anschluß an Kraft-Wärme-gekoppelte Fern- und Nahwärmesysteme empfiehlt er eine Verkürzung der Abschreibungsfristen.

Auf die Energie-, vor allem die Stromwirtschaft sollte eingewirkt werden, Einspeisevergütungen und Durchleitungspreise für regenerative Energien attraktiver zu gestalten.

Widersprüche entnerven Anleger

An der Wall Street fiel der „Dow" weiter zurück – Notenbankprognose zu optimistisch?

H.-A. SIEBERT, Washington

Ungewißheit bestimmt weiterhin das Klima an den US-Aktienmärkten. In der zweiten Wochenhälfte sah es so aus, als sei das Schlimmste überstanden. Die Stabilisierung scheiterte jedoch an der sich ausbreitenden Konjunkturschwäche, an der nach der im Juni wieder gesunkenen Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung sowie den dürftigen Einzelhandelsumsätzen nun nicht mehr zu zweifeln ist.

Hinzu kamen widersprüchliche Prognosen, die vor allem Freitag große Verwirrung stifteten und zeitweise beinahe panikartige Kursschwankungen auslösten:

● In ihrem Halbjahres-Report an den Kongreß reduziert die US-Notenbank ihre Februar-Voraussage, nach der das wirtschaftliche Realwachstum in Amerika im Vergleich der vierten Quartale 1985 und 1986 3 bis 3,5 Prozent ausmachen sollte. Dennoch hält sie aber 2,5 bis 3 (Inflationsrate: 2,25 bis 2,75) Prozent für möglich. Für 1987 schließt sie drei bis 3,5 Prozent nicht aus.

● Dagegen nahm das größte Brokerhaus der Welt, Merrill Lynch, eine viel drastischere Revision vor: Nach real 2,9 Prozent im ersten Quartal 1986 hat die Wertschöpfung in der April-Juni-Periode überhaupt nicht zugenommen. Im dritten Quartal ist mit einem Wachstumsplus von einem und im vierten sogar mit minus ein Prozent zu rechnen.

Die US-Notenbank, die den akkomodierenden Geldkurs fortsetzen will, führt Amerikas müde Konjunktur auf das Handelsdefizit (1985: 148,5 Mrd. Dollar) zurück, „das einen großen Teil der Nachfrage ins Ausland verlagert und zu Lasten der einheimischen Erzeugung und Investitionen geht". Folgt man der „Fed", dann steht die Wende aber bevor, da, wie es weiter heißt, „der niedrigere Dollarwert das Wachstum der Importe bremst und die Exporte stimuliert".

Diese Ansicht wird sonst nicht geteilt, und zwar mit Hinweis auf die in wichtigen Bereichen überholte US-Ausfuhrstruktur sowie Qualitäts- und Produktivitätsmängel. Für Merrill Lynch reichen die Verbrauchernachfrage und der Wohnungsbau nicht aus, um für den Rest des Jahres das Wachstumstempo merklich zu beschleunigen. Die betrieblichen Investitionen bleiben auch 1987 schwach.

Die Wall Street votierte für Merrill Lynch, und „Fed"-Chef Paul Volcker wird am Mittwoch vor dem Bankenausschuß des Senats Mühe haben, die Prognose zu begründen. Im Wochenverlauf sackte der Dow-Jones-Industrie-Index noch einmal um 43,45 (Freitag: minus 3,80) auf 1777,98 Punkte. Etwas besser schnitten der Nyse-Index und der Standard & Poor's 500 ab, die Freitag 0,55 und 0,29 Punkte zulegten, über die Woche aber um 3,16 auf 136,35 bzw. 5,86 auf 236,36 Punkte fielen. Kritisch kann es werden, wenn die Unternehmensgewinne im zweiten Quartal wie im Falle IBM weiterhin schlecht ausfallen.

Enttäuschte Hoffnungen im Handel

dpa/VWD, München

Nach deutlichem Umsatzplus im vergangenen Herbst hat das Winterhalbjahr die Hoffnungen des Einzelhandels enttäuscht. In einer Umfrage zu den Lagerbeständen ermittelte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung (München) erst im April und Mai wieder wachsende Umsätze beim Handel, der dadurch seine Zurückhaltung bei Bestellungen wegen zu großer Lager wieder aufgeben könnte. Die Industrie hatte im Mai Fertigwaren aus 3,6 (Februar: 3,8) Wochen Produktion auf Lager.

Nach wie vor günstig beurteilt das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe seine Fertigwarenbestände von 3,9 (Februar: 4,2) Produktionswochen. Die Branche Steine und Erden gab sich zuversichtlich, Lieferengpässe beklagten Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeuger. Zufrieden ist auch das Investitionsgütergewerbe mit 3,8 (Februar: 3,9) Wochenproduktionen auf Lager. Der Fahrzeugbau fand seine geringeren Autobestände ausreichend, während die Büro- und Datentechnik immer noch auf zu vielen Fertigprodukten festsaß. Nach Lieferengpässen beklagten die Hersteller elektronischer Gebrauchsgüter nun Lagerdruck. Das Verbrauchsgütergewerbe war mit unverändert 3,1 Wochenproduktionen auf Lager unzufriedener, produzierte aber mehr. Textil- und Schuhhersteller klagten über Absatzprobleme.

AUF EIN WORT

„Auch für den Einzelhandel ist die Aufnahmefähigkeit des Marktes keine unabänderliche Größe. Sie ist vielmehr durch aktives und vor allem innovatives Handeln der Anbieter zu beeinflussen."

Dr. Walter Deuss, Vorstandsvorsitzender der Karstadt AG, Essen.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Positive Handelbilanz für „DDR"

rtr, Berlin

Das produzierte Nationaleinkommen der „DDR" ist im ersten Halbjahr 1986 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 4,3 Prozent gestiegen. Das geht aus der am Wochenende veröffentlichten Mitteilung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik hervor. Nahezu der gesamte Zuwachs beim produzierten Nationaleinkommen, das in etwa mit dem Bruttosozialprodukt vergleichbar ist, resultiere aus gesteigerter Arbeitsproduktivität. Diese sei in der Industrie um 8,6 Prozent gestiegen. Die absoluten Zahlen der Wirtschaftsgrößen werden nicht aufgeführt.

Die Außenwirtschaftsbeziehungen seien weiter gefestigt und ausgebaut worden, heißt es in der Mitteilung weiter. Der Exportüberschuß habe insgesamt 1,8 Milliarden Valuta-Mark, deren Wert rechnerisch etwa 0,77 DM entspricht, betragen. Auch im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern habe die „DDR" wiederum eine positive Handelsbilanz erzielt. Der Außenhandelsumsatz mit den sozialistischen Ländern habe 59 Milliarden Valuta-Mark betragen. Dies entspeche zwei Dritteln des gesamten Außenhandelsumsatzes. Laut Mitteilung nahm der Export des Maschinenbaus und der anderen Zweige der verarbeitenden Industrie in das nichtsozialistische Ausland um sechs Prozent zu.

Wolken über dem Germanengrill

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Das Touristikland Italien bekommt immer stärker die Konkurrenz der anderen Mittelmeerländer zu spüren. Dieses alarmierende Signal zieht sich wie ein roter Faden durch eine Untersuchung, die jetzt der italienische Fremdenverkehrsminister Lelio Lagorio vorgelegt hat. Kein Wunder, daß sich Regierung und Fremdenverkehrsverbände inzwischen einig darüber sind, daß die Förderung des Ausländertourismus möglichst schnell zentral koordiniert werden muß.

Als Ursache für das nicht nur im Verhältnis zu Spanien, sondern auch zu allen anderen Mittelmeerkonkurrenten wesentlich langsamere Wachstum des Auslandstourismus in Italien nennt das Fremdenverkehrsministerium vor allem die Preise. Gegenwärtig kostet ein Urlaubstag in Italien im Durchschnitt 20 Prozent mehr als in Spanien und sogar 70 Prozent mehr als in Griechenland. In den vergangenen Jahren übertraf die Preisentwicklung im Beherbungs- und Gaststättengewerbe Italiens konstant die Inflationsrate, die seit zehn Jahren ebenfalls konstant die in allen anderen westeuropäischen Ländern übertrifft.

Nicht nur die höheren Preise sind es indessen, die die Attraktivität des Mittelmeerstiefels schwächen. Nicht mehr auf der Höhe der Anforderungen erscheinen auch viele Infrastrukturen im Tourismus. Nach einer Erklärung des Präsidenten der staatlichen italienischen Luftfahrtgesellschaft Alitalia, Umberto Nordio, werden die meisten Flughäfen Italiens bereits in den neunziger Jahren dem Bedarf nicht mehr gewachsen sein. Dabei gehören schon heute Flughäfen wie Fiumicino in Rom zu den am schlechtesten funktionierenden der Welt. Dasselbe gilt von den Erholungs- und Urlaubsstätten selbst. Sonnenschirme und Liegestühle an den „Germanengrills" allein reichen in den kommenden Jahren nicht mehr aus, um die ständig anspruchsvoller werdenden Urlauber anzuziehen.

Gar nicht angeschnitten hat die ministerielle Untersuchung die Umweltverschmutzung. Dieses Problem wird in den nächsten Jahren jedoch immer wichtiger werden, nachdem schon jetzt große Teile der italienischen Küsten verseucht sind und das Baden an vielen Stellen bereits verboten werden mußte.

Im Jahre 1985 wurden an der italienischen Grenze 53 Millionen Auslandsreisende gezählt. Davon waren 28 Millionen sogenannte Ausflügler, die ihren Aufenthalt auf einen Tag beschränkten. Rund 43 Prozent aller Touristen waren Bundesdeutsche.

Neue Strategie für die EG

Von RUDOLF SPRUNG

Vor fast genau einem Jahr hat sich die Kommission der EG das sehr ehrgeizige Ziel gesetzt: Bis 1992 alle Grenzen innerhalb der EG zu öffnen und den Binnenmarkt, wie er zum Beispiel in den USA besteht, zu vollenden. 320 Millionen Bürger sollen zu einem Markt zusammenwachsen.

Die Realität heute, rund 30 Jahre nach Gründung der EG, sieht immer noch anders aus. Immer noch gibt es Grenzkontrollen.

Immer noch gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Regelungen, laufend werden neue nationale Vorschriften erlassen, zum Schutz der Gesundheit, zur Sicherheit der Bevölkerung. Immer noch weichen die Mehrwert- und Verbrauchsteuern in den Mitgliedstaaten stark voneinander ab.

Bis 1992 soll der Binnenmarkt nach den Vorstellungen der EG-Kommission vollendet sein. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie den Rat im Rahmen einer neuen Strategie von Detailarbeit entlastet.

Zielte die bisherige Strategie der Kommission darauf ab, in zeitraubenden Verfahren nach dem Einstimmigkeitsprinzip diese unterschiedlichen Regelungen durch einheitliche, alle Einzelheiten umfassende Gemeinschaftsregelungen zu ersetzen, so hat die Kommission nun unter der engagierten Führung des für den EG-Binnenmarkt zuständigen EG-Vizepräsidenten Lord Cockfield eine neue Strategie entwickelt: Harmonisierung nur noch der zwingenden Erfordernisse von Gesundheit und Sicherheit, im übrigen Beschränkung auf Mindestanforderungen, gegenseitige Anerkennung der unterschiedlichen nationalen Vorschriften oder Verweis auf Normen.

Die Bundesregierung unterstützt diese neue Strategie, da sie wesentlich besser geeignet erscheint, den EG-Binnenmarkt bis 1992 zu verwirklichen: Sie entlastet den Rat von Detailarbeit, bietet erhebliche Deregulierungsmöglichkeiten und belebt den Wettbewerb.

Dennoch bleibt das Ziel mit Zielmarke 1992 äußerst ehrgeizig. Die EG-Kommission hat in ihrem Weißbuch ca. 300 Einzelvorhaben zur Vollendung des Binnenmarktes aufgelistet. Dabei geht es um wichtige wirtschaftspolitische Felder. Sie erfordern vielfach ein rigoroses Umdenken.

Eine besonders große Bedeutung kommt der Angleichung der unterschiedlichen Mehrwert- und Verbrauchsteuern zu. Sie sind es vor allem, die derzeit noch Formalitäten beim Grenzübertritt erforderlich machen. Zwar liegen erste Vorschläge auf dem Tisch, so hat zum Beispiel die Kommission angeregt, sich auf eine Annäherung im Rahmen einer Spanne von plus/minus 2,5 Prozent zu beschränken; bei der Mehrwertsteuer wird von ihr beispielhaft eine Spanne zwischen 14 bis 19 Prozent erwähnt; der deutsche Regelsatz von 14 Prozent läge danach noch innerhalb dieser Spanne.

Bei den Verbrauchsteuern möchte sich die Kommission auf fünf wesentliche Steuerarten konzentrieren, die übrigen Verbrauchsteuern (zum Beispiel auf Kaffee, Tee und Zucker) sollten entfallen, wie dies auch in Deutschland von verschiedener Seite gefordert wird. Mit den Vorschlägen sind wir weitgehend einverstanden. Konkrete Fortschritte sind allerdings gerade in diesem Bereich noch ausgeblieben.

Der Rat hat die Kommission deshalb Mitte Juni aufgefordert, bis zum April 1987 ein Gesamtpaket zur Harmonisierung der Strukturen und Sätze der Mehrwert- und Verbrauchsteuern zu schnüren. Erst dann wird sich über die Realisierungschance konkret etwas sagen lassen. Viele weitreichende wirtschafts-, steuer- und haushaltspolitische Rückwirkungen werden dann noch zu klären sein.

Der Handlungsdruck ist allerdings groß, denn ohne Fortschritt in diesem Bereich können die Grenzkontrollen nicht aufgehoben werden.

Schwierige Probleme bestehen auch in der Verkehrspolitik. Eine schrittweise Liberalisierung während der Übergangszeit bis 1992 ist erforderlich, verbunden mit einer Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen, insbesondere der fiskalischen Belastungen, also eine Angleichung der sehr unterschiedlichen Mineralöl- und Kfz-Steuerbelastung für Lkws in den Mitgliedstaaten. Ein anderer wichtiger Bereich ist die Schaffung eines einheitlichen Marktes für Versicherungsdienstleistungen. Auch hier sollte sich die betroffene Wirtschaft rechtzeitig auf Öffnung der Märkte einstellen und die sich bietenden Chancen nutzen. Die hier vorhandenen Deregulierungspotentiale sollten voll genutzt werden. Dies gilt auch für den Luftverkehrsbereich.

Bisher leidet auch die Freiheit des Kapitalverkehrs daran, daß eine Reihe von Mitgliedstaaten immer noch Restriktionen und Schutzklauseln anwendet. Die Kommission hat kürzlich ein stufenweises Liberalisierungsprogramm vorgelegt. Dieses wird von der Bundesregierung unterstützt. Sie hat immer wieder gedrängt, daß sich auch der Produktionsfaktor Kapital frei innerhalb der EG bewegen muß.

Sehr wichtig für den freien Güterverkehr sind auch Fortschritte in dem weiten Bereich der technischen Handelshemmnisse. Gerade hier muß sich die neue Strategie der Kommission „Regelung nur der zwingenden Erfordernisse" bewähren. Im technischen Bereich muß das Harmonisierungsmodell des Normenverweises zügig auf möglichst weite Produktbereiche angewendet werden.

In der Öffentlichkeit besonders lebhaft diskutiert wird immer der Lebensmittelbereich. Wo es um Fragen der Gesundheit geht, ist auch in Zukunft die Harmonisierung der Vorschriften, und zwar auf relativ hohem Niveau, erforderlich. Soweit es nicht um Gesundheit, sondern um Qualität und Geschmack geht, sind flexiblere Methoden des Binnenmarktes unausweichlich. In jedem Fall ist die volle Information und die Vermeidung von Irreführung des Verbrauchers durch eine verbesserte Kennzeichnungsregelung zu gewährleisten.

Es sind also noch viele Hindernisse auf dem Weg zur Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 wegzuräumen. Um das Ziel dennoch in etwa zu erreichen, ist vor allem eine Verbesserung des Entscheidungsverfahrens in Brüssel erforderlich. Im Dezember 1985 haben sich die EG-Regierungschefs geeinigt, daß über Maßnahmen zur Verwirklichung des Binnenmarktes künftig weitgehend mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird – allerdings nicht bei der politisch sensiblen Steuerharmonisierung. Dies sollte für die notwendige Beschleunigung der Beschlußfassung sorgen.

Hinzukommen muß eine verstärkte Aufklärungs- und Werbekampagne in den einzelnen Staaten, um die vielfältigen nationalen Widerstände zu verringern. So bietet ein gemeinsamer Binnenmarkt eine einmalige Chance, Verkrustungen aufzubrechen, die Wirtschaft von einem übermäßigen Vorschriftendruck zu entlasten, zu deregulieren, die Produktionskosten zu senken, die fruchtbare Arbeitsteilung zu vertiefen. Einen Weg zurück kann es nicht geben.

Dr. Rudolf Sprung ist Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft.

Saure Kirschen

HH. – „Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle hat die Einfuhrlizenzen für bestimmte Sauerkirschenerzeugnisse ausgesetzt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt diesen entschlossenen Schritt als wichtige Voraussetzung für einen besseren Marktverlauf bei der jetzt beginnenden Kirschenernte." So freundliche Worte widmet Kiechles Fraktionskollege Susset einem schlichten Importstopp für Sauerkirschen, den der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) „als sachlich nicht gerechtfertigt" kritisiert.

Ausgerechnet im Vorfeld einer neuen Gatt-Runde darf es selbstverständlich an „schlag"kräftigen Beweisen unserer liberalen Importgesinnung nicht fehlen – ebenso selbstverständlich mit der kleinen Einschränkung, daß man hier und da entschlossen „für einen besseren Marktverlauf" sorgen muß.

Die Europäische Gemeinschaft trifft diesmal keine Schuld. Susset selbst konstatiert nicht ohne bedauernden Unterton, daß zwei deutsche Vorstöße für einen Importstopp auf EG-Ebene gescheitert seien. Er macht zugleich – wahrscheinlich unfreiwillig – klar, daß Kiechles entschlossener Schritt kontraproduktiv ist, wenn er argumentiert, daß die Obstbauern „weitgehend auf die industrielle Verwertung angewiesen" seien. Wie aber soll die Industrie wettbewerbsfähig bleiben, wenn sie zwingend auf zu teure Rohstoffe angewiesen ist? Geht ihr Absatz aber zurück, so der der deutschen Kirschbauern auch. Es ist unverzeihlich, daß der BGA versäumt hat, Kiechles Schritt auch als kurzsichtig zu kritisieren.

Es mangelt an Gewerbeflächen

Wachstumshemmnisse in der Niederrhein-Region

HARALD POSNY, Duisburg

Das westliche Ruhrgebiet und die Niederrhein-Region verfügen über ein Leistungspotential, das die Wirtschaftskraft der Region stärken und *nachhaltig sichern kann*, das aber nicht genutzt wird. Das ist der Kernsatz eines Gutachtens über Standortpotential und Perspektiven der Region, das im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel-Kleve vom Institut für Mittelstandsforschung an der Bonner Universität unter Leitung von Prof. Horst Albach erarbeitet worden ist.

Unter den sieben von 19 wichtigsten Standortfaktoren, *die von den* befragten 1350 Betrieben eindeutig negativ bewertet worden sind und das Wirtschaftswachstum hemmen, sind der Mangel an Gewerbeflächen und die hohen Energiekosten die *Wachstumshemmnisse*, deren Bewältigung die vielleicht größte Herausforderung an die regionale und kommunale Wirtschaftspolitik darstellen, meinte Prof. Albach bei der Vorstellung des Gutachtens. Seine Mitarbeiter *und ihn haben besonders folgende* Ungleichgewichte verwirrt:

- elementare Bedeutung ausreichender Gewerbeflächen und unzureichende Berücksichtigung unternehmerischer Belange in der Bereitstellung;
- hervorragende Energie-Anbin*dung und zu hohe* Energiekostenbelastung;
- hohe Arbeitslosigkeit bei Hilfskräften und gleichzeitig Mangel an Fachkräften sowie
- *geringes* Einkommens-/Kaufkraftniveau und seine Bedeutung als wichtigster Standortfaktor für den haushaltsorientierten tertiären Sektor.

Die Studie belegt das Gewerbeflächen-Problem mit der abgefragten Erkenntnis, daß jeder vierte Betrieb, der flächenmäßig expandieren will, gezwungen ist, sein Wachstumspotential brachliegen zu lassen. Die Zahl der aus diesem Grund geplanten Fortzüge sei doppelt so hoch wie die der Neuansiedlungen von draußen. Mehr als ein Drittel der Unternehmen, die zu einem Standortwechsel entschlossen sind, wollen der Umfrage zufolge die Region ganz verlassen.

„Bestandspflege", *folgern* die Wissenschaftler, sei notwendiger als Neuansiedlung. Albach: „Rückbesinnung auf eine Politik mit der Industrie anstatt gegen sie und für neue Menschen von außerhalb tut not." Einer *solchen Revitalisierung der Region*, die als „altindustrialisierter Ballungsraum" immer noch schwer an der Hypothek Kohle und Stahl trägt, diene auch die preiswerte Kernenergie.

Schließlich habe der Raum mit seiner hervorragenden Verkehrsanbindung, seinem außerordentlich hohen Freizeit- und Wohnwert entscheidende Standortvorteile, „draußen leider aber auch ein miserables Image" (Albach). Drinnen sei der Grundtenor bei den vielen Interviews „optimistisch und vital". Falsch sei es, der Region jetzt ein Technologiezentrum aufzupfropfen.

Die Investitionsplanungen zielen sehr viel stärker als anderswo auf Innovationen und Verbesserung der Qualität als auf Abbau der Produktionskosten. Daher werden ein verstärkter Technologietransfer sowie verstärkte Bemühungen um neue, technisch orientierte Mittelbetriebe angeregt. Überhaupt beweise der Mittelstand erheblich größeren Personalbedarf.

IHK-Hauptgeschäftsführer Theodor Pieper („Das 75 000 DM kostende Gutachten ist wegen seiner Denkanstöße gut angelegtes Geld") zeigte sich „erschrocken über den gezeigten Willen zum Wegzug von Unternehmen ohne Möglichkeit einer Flächenexpansion. Er forderte die NRW-Landesregierung auf, die frühere Förderung von Betriebsverlagerungen wieder aufzunehmen.

Dritte Welt will strikte Liberalisierung

Ab heute wird in Genf über die Verlängerung des Welttextilabkommens verhandelt

ALFRED ZÄNKER, Genf

In Genf treten heute die Verhandlungen über ein neues Welttextilabkommen mit Teilnehmern aus 50 Staaten in die entscheidende Phase. Dieses aus dem Jahre 1974 stammende Abkommen beschränkt die Lieferungen der Dritten Welt in die Industrieländer durch Globalfonds für „sensible" Erzeugnisse und ein Netz *bilateraler Absprachen. Es ist* bereits zweimal verlängert worden und läuft am 31. Juli aus.

Die Entwicklungsländer drängen auf eine mehr oder weniger radikale Liberalisierung des Welttextilhandels und eine Rückkehr zu den Spielregeln des Gatt. Inzwischen, so heißt es, hätten Amerika und Europa genügend Zeit gehabt, um ihre Industrien den neuen Wettbewerbsverhältnissen anzupassen. Doch diese Bemühungen stoßen vor allem in den Vereinigten Staaten auf kategorischen Widerstand. Denn dort hat eine Textilimportschwemme zu massivem protektionistischen Druck geführt. Die Amerikaner wollen die Liste der von Kontrollen betroffenen Textilwaren eher noch erweitern. Washington hat bereits in bilateralen Verhandlungen mit Hongkong, Taiwan und Südkorea *weitere Lieferbegrenzungen* durchgesetzt.

Die Europäische Gemeinschaft zeigt zwar größere Bereitschaft zu Zugeständnissen als in früheren Jahren. Aber auch sie möchte grundsätzlich am Status quo festhalten, bei gewissen Lockerungen für weniger „sensible" Waren und schrittweisem Abbau von Lieferquoten. Nach der starken Dollarabwertung versuchen die asiatischen Lieferanten, nun auch einen Teil ihrer Exporte von Nordamerika nach Europa umzulenken. Absatz und Produktionsaussichten der europäischen Textil- und Bekleidungsindustrie haben sich seit dem Frühjahr eher verschlechtert.

In Delegiertenkreisen wird eine Verlängerung des Textilabkommens um weitere fünf Jahre erwartet. Dabei könnte es zunächst zu einem Provisorium kommen. Endgültige Regelungen strittiger Fragen würden der Mitte September im uruguayischen Punta del Este geplanten Ministerkonferenz überlassen.

Viele Länder der Dritten Welt, besonders Indien und Brasilien, betrachten Zugeständnisse im Textilbereich als eine Vorbedingung für die neue Welthandelsrunde. Man verlangt bindende Zusagen, daß nach Beginn der Runde keine neuen protektionistischen Eingriffe erfolgen und alte Restriktionen allmählich abgebaut werden.

Das Ergebnis der Genfer Handelsgespräche bleibt jedenfalls bis zum 6. August ungewiß. Dann wird der amerikanische Kongreß über eine hochprotektionistische Gesetzesvorlage, die Jenkins-Bill, die auf rigorose Einschränkungen der Textileinfuhr aus Entwicklungsländern abzielt, befinden. Präsident Reagan hat diesen Vorstoß durch sein Veto vorübergehend blockiert.

Wochenschlußkurse

New York

	18.7.	11.7.
Adv. Micro Dev.	14,375	17,625
Aetna Life	59,625	78,875
Alcan Aluminium	27,75	29,125
Alcoa	34,875	36,625
Allied Signal	38	47,75
AMR Corp.	48,375	49,75
Amax	11	12,375
Am. Cyanamid	72,5	75,375
Am. Express	59,5	60
Am. Motors	4	4,125
Am. Tel. & Telegr.	23,75	24,375
Amoco Corp.	58,625	57,5
Asarco	11,5	14,875
Atlantic Richfield	49,875	47,875
Avon Products	33,25	34,5
Bally	18,25	19,75
Bk. of America	13,125	14,875
Bethlehem Steel	11,25	13,125
Black & Decker	17,25	18,25
Boeing	61,25	61,625
Brunswick	37	38,5
Burroughs	65,875	68,875
Caterpillar	46,125	49
CBS	136	139,375
Celanese	205	208,75
Chase Manhattan	39,625	41
Chrysler	35,625	35,25
Citicorp	54,875	59,5
Clorox	55,5	54,625
Coca-Cola	40,625	41,125
Colgate	39,375	39,875
Commodore	5,125	5,25
Comwth. Edison	32,25	32,25
Comm. Satellite	35,125	34,5
Control Data	22,5	23,875
CPC Int.	67	69,625
Curtiss Wright	52,5	52,5
Deere	23,75	25,75
Delta Airlines	38,5	39,875
Digital Equipm.	82,375	88,5
Dow Chemical	55	54,25
Du Pont	77,5	80,5
Eastern Gas-Fuel	24,875	25,25
Eastman Kodak	52,625	55
Enron	38,625	42,25
Exxon	60	59,25
Firestone	24,375	24,25
Fluor	14,375	15
Ford	55,5	52,375
Foster Wheeler	12,5	12,25
Fruehauf	47,875	48,25
GAF Corp.	33,875	34,875
General Dynamics	73,375	74,25
General Electric	75,625	76,125
General Instr.	18,625	18,625
General Motors	73,75	75,375
Gen. T. & E.	55,125	54
Global Nat. Res.	3,625	4,25
Goodrich	39	40,875
Goodyear Tire	30,75	32,25
Grace	49,375	52,5
Halliburton	19,875	20,5
Heinz	44	44,5
Hewlett Packard	37,875	40,125
Homestake	22,25	21,5
Honeywell	66,125	73,25
IBM	131,75	143,125
Int. Tel. & Tel.	53,625	56,625
Int. Paper	65,25	66,875
Jim Walter	44,5	43
Litton Industries	74,875	79,5
Lockheed Corp.	47,25	51,75
Loew's Corp.	62,75	65,25
Lone Star	29,75	30
Louisiana Land	25,25	27
LTV Corp.	2,625	4,25
Mc Dermott	21,125	21,5
Mc Donnel Doug.	80,25	82,375
Merck & Co.	101,5	100,375
Merrill Lynch	34,75	35,625
Mesa Petroleum	5,375	3,375
Minnesota M.	107	107,375
Mobil Oil	29,875	30
Monsanto	65,625	68,75
Morgan J.P.	86,75	86,625
Nat. Semiconductor	9,125	10
Navistar Int. Corp.	7,625	8
NCR	51,5	51,875
Newmont	44,5	46
Owens Ill.	37	37
PanAm World	6	6,5
Pfizer	66,375	67,375
Philip Morris	71,25	73,625
Phillips Petroleum	9	9,25
Pittston	11,875	12
Polaroid	60,25	65
Prime Computer	16,5	17,875
Procter & Gamble	72,25	77
Revlon	15,625	15,75
Reynolds Ind.	50	51,75
Rockwell Int.	42,625	42,875
Rorer Group	38,375	39,375
Salomon	45,125	45
Schlumberger	30,25	33,875
Sears, Roebuck	42,75	43,625
Singer	54	59
Sperry Corp.	75,25	75,375
Stand. Oil Calif.	36	35,5
Storage Techn.	3	2,75
Tandy	34,25	35,75
Teledyne	311,125	325,5
Telex Corp.	53,5	55,125
Tesoro	8,75	8,875
Texaco	29,75	30
Texas Instrum.	109,75	117,75
Tosco	3,625	3,75
Turner Broadcast.	17,125	20
Trans World Corp.	31	33,875
Transamerica	35,625	36,75
Travellers	46,75	47,875
UAL	50,25	51
Ucocal Corp.	20,75	19
Union Carbide	22,625	23,5
Union Oil of Calif.	18,125	19,625
US Gypsum	36,625	37,625
USX Corp.	17	67,875
United Technologies	43	44
Walt Disney	49,875	49,75
Warner Comm.	48,5	52,25
Westinghouse El.	50,5	51,75
Weyerhaeuser	32,875	33,75
Whittaker	28,125	27,125
Woolworth	42,5	44,625
Xerox	49,75	54,25
Zenith Radio	22,875	23,875
Dow Jones Index	1777,98	1821,43
Stand. & Poor's	236,37	242,22

Toronto

	18.7.	11.7.
Abitibi-Price	22,75	23,625
Alcan Alu.	38,375	40,25
Bk. of Montreal	31,75	32
Bk. of Nova Scotia	16	15,75
Bell Cda Enterprises	37,75	38,5
Bluesky Oil	2,25	2,25
Bow Valley Ind.	10	9,875
Brenda Mines	8,25	–
Brunswick M & Sm.	12,25	12,5
Cdn. Imperial Bk.	17,75	17,875
Cdn. Pacific Ltd.	15,125	16,375
Cominco	12,75	12,875
Conwest Res.	0,75	0,9
Denison Mines	5,75	6,375
Dome Petroleum	1,01	1,06
Domtar	30,5	31,5
Falconbridge Ltd.	19,125	19,75
Great Lakes Forest	26	25,5
Gulf Canada	14,625	14,75
Gulfstream Res.	0,38	0,5
Hiram Walker Res.	36,375	36,25
Hudson Bay Mng. Sp.	6,25	6,25
Husky Oil	7,625	7,625
Imperial Oil -A-	35,625	36,5
Inco	15,625	16,375
Inter City Gas Ltd.	15	15,25
Interprov. Pipeline	41,375	43,375
Kerr Addison	15,125	–
Lac Minerals	21,375	21
Moore Corp.	35	35,625
Noranda Mines	17,375	17,75
Norcen Energy Res.	12,5	13,125
Northgate Expl.	4,2	4,35
Northern Telecom.	37,5	39,375
Nova An Alberta 'A'	4,65	4,8
Nu West Group	0,31	0,31
Oakwood Petrol	2,25	–
Placer Development	24,5	24,375
Provigo Inc.	20,25	21,5
Ranger Oil	5	5
Revenue Properties	3	3,2
Rio Algom	25,25	25
Royal Bk. of Can.	32,125	32,25
Seagram	79	81
Shell Canada	20	21,25
Sherritt Gordon	6,125	6,375
Stelco -A-	23,75	24,625
TransCdn. Pipelines	14,375	16,375
Verity Corp.	3,15	3,55
Westcoast Transm.	13,5	13,375
Index: TSE 300	2962,50	3024,00

Tokio

	19.7.	11.7.
Alps	1650	1830
Bank of Tokyo	785	785
Banyu Pharma	1000	1020
Bridgestone Tire	660	715
Canon	900	971
Daikin Kogyo	746	806
Daiwa House	1450	1490
Daiwa Sec.	1750	1620
Eisai	1980	1930
Fuji Bank	1500	1500
Fuji Photo	2680	2840
Fuji Radio	3480	3420
Hitachi	760	805
Honda	989	1080
Ikegai Iron	381	386
Isetan	1290	1130
Ito Yokado	4600	3950
Japan Air	10860	10190
Japan Met.	441	408
Japan Syn. Rubber	441	438
Kajima	915	896
Kansai Elec.P.	3380	3050
Kao Soap	1610	1540
Kawasaki H	194	197
Kawasaki S	208	204
Kirin Brewery	1570	1480
Komatsu	455	486
Kubota Iron	381	385
Kyocera	–	3960
Makita El.	980	1070
Marui	2890	2600
Matsushita El. Ind.	1210	1330
Matsushita El. Wks.	1380	1380
Minolta Camera	–	752
Mitsubishi Corp.	889	865
Mitsubishi El.	350	353
Mitsubishi Estate	2280	2250
Mitsubishi Heavy I.	431	426
Mitsui Co. Ltd	516	515
Mitsukoshi	1320	1190
Mitsumi El	950	1080
Nihon Cement	659	659
Nikko Sec.	1470	1250
Nippon El.	1170	1370
Nippon Kokan	225	226
Nippon Oil	1330	1260
Nippon St.	197	195
Nippon Yusen	472	436
Nissan Motor	–	–
Nomura Sec.	2630	2300
Olympus	982	1070
Penta-Ocean	655	642
Pioneer	1780	2050
Renown	1000	974
Ricoh	790	825
Sankyo	1460	1480
Seiyu Stores	1510	1460
Sekisui Pref.	1340	1310
Sharp	850	900
Shiseido	2020	1950
Sony	2880	3080
Sumitomo Bank	1900	1820
Taisei Corp.	576	562
Taisho Marine	981	818
Takeda Chem.	1800	1710
Teijin	506	519
Tokyo Elec.	1070	1140
Tokyo Gas	589	543
Tokio Marine	1500	1360
Tokyo El. Power	4880	4390
Toray Ind.	622	615
Toshiba Elec.	420	442
Toto	1540	1480
Toyo Kogyo	388	391
Toyota Motor	1260	1400
Yamaichi	1390	1240
Yamanouchi	2900	3070
Yamaha	650	725
Yamazaki	1670	1490
Index	1402,06	1375,10

In den USA entsteht ein neuer Kaufhausriese

Sbt. Washington

Durch die größte Fusion im US-Einzelhandel seit mehr als zehn Jahren – sie kostet rund 2,7 Mrd. Dollar – entsteht ein neuer Warenhausgigant. Gemeinsam setzen die May Department Stores und die Associated Dry Goods Corp. etwa 9,5 Mrd. Dollar um, verfügen werden sie über 303 Kaufhausfilialen sowie mehrere Spezial- und Diskontläden. Käufer ist May, dem die Hecht Stores in Washington und Baltimore, die Fox & Company in Hartford, die Famous-Barr in St. Louis, die Volume-Shoe-Kette und die Venture-Diskontläden gehören. Associated besitzt unter anderem die Bekleidungshäuser Lord & Taylor, den Damenausstatter Loehman's, die Caldor-Diskontkette. Die größten amerikanischen Warenhaus-Unternehmen auf einen Blick:

1985 (Mrd. Dollar)	Umsatz	Gewinn
Sears, Roebuck	28,6	1,3
K Mart	22,4	0,5
J. C. Penney	12,6	0,4
Federated	10,0	0,3
May/Associated	9,5	0,4
Dayton-Hudson	8,6	0,3
Wal-Mart	8,5	0,3
F. W. Woolworth	6,0	0,2
R. H. Macy's	4,5	0,2
Montgomery Ward	4,3	-
Allied	4,1	0,1
Carter Hawley Hale	3,7	0,1

Äthiopien erhält hohen Kredit der IDA

AFP, Addis Abeba

Die Weltbank hat Äthiopien einen zinsfreien Kredit in Höhe von 45 Millionen Dollar gewährt, wie ein Vertreter der Weltbank am Wochenende in Addis Abeba bekanntgab. Der Kredit wird von der Internationalen Entwicklungs-Gesellschaft (IDA), die der Weltbank angeschlossen ist, mit einer Laufzeit von 50 Jahren gezahlt, das Rückzahlungsdatum kann um weitere zehn Jahre hinausgeschoben werden. Mit dem Geld sollen 24 000 Hektar Land im Gebiet von Addis Abeba und von Bahr Dar aufgeforstet werden.

In dieser Woche hatte Äthiopien bereits einen Kredit von umgerechnet 36 Millionen Dollar von der Sowjetunion für den Ankauf sowjetischer Produkte erhalten. Der Kredit muß mit drei Prozent Zinsen innerhalb von acht Jahren zurückgezahlt werden. Notfalls wird ein zweijähriger Zahlungsaufschub gewährt. Ein erster sowjetischer Kredit war im Juli bereits aus Anlaß des Besuchs des äthiopischen Außenhandelsministers Wollie Chekol in der sowjetischen Hauptstadt bewilligt worden. Er betrug umgerechnet 37 Millionen Dollar und wurde im Rahmen des fünfjährigen bilateralen Handelsprotokolls gewährt.

PERSONALIEN

Prof. Dr. **Karl Mönkemeyer**, von 1972 bis 1980 Vorsitzender des Vorstands der Hüls AG, Marl, vollendet am 24. Juli sein 70. Lebensjahr.

Karl Seyfferth, Leiter der Kakao-, Schokoladen-, Pralinen- und Zuckerwarenfabrik Wilh. Schmitz-Scholl (Wissol), Mülheim/Ruhr, feiert am 22. Juli seinen 65. Geburtstag. Er tritt zum Ende dieses Jahres in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde **Walter Vieth**, bisher Mitglied der Plus-Geschäftsleitung für den Bereich Betrieb und Technik, gewählt.

Gerhard Graf (47) wurde zum weiteren Geschäftsführer der Mannesmann Tally GmbH, Elchingen, bestellt.

Dr. **Siegfried Hartman** wird zum Jahresende aus der Kronos-Titan-GmbH ausscheiden. **Hanns-Peter Linnemann** wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1986 zum weiteren Geschäftsführer bestellt.

Michael Strätling, bisher Leiter Beschaffung bei der Dr. C. Otto + Comp. GmbH, Bochum, wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Davy Mckee AG, Frankfurt, bestellt.

Johann Ifanger, vormals Leiter des Bereichs Spezialmaschinen der Agie AG für Industrielle Elektronik, hat mit Wirkung vom 1. Juli 1986 die Ge*schäftsleitung der Sitesa Sa.* übernommen.

Dietrich Kärner hat **Karl Kornis** als Vorstandsvorsitzenden bei der Erste Allgemeine Versicherungs AG, der Generali Allgemeine Lebensversicherungs AG und der Generali Rückversicherungs AG abgelöst.

Torben Nordstrom wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1986 zum Geschäftsführer Marketing und Vertrieb der deutsche Rockwool Mineralwoll-GmbH, Gladbeck, bestellt.

FINANZANZEIGEN






DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus-Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.);

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17

Versicherer planen Fonds

Investmenttöchter der Dresdner Bank als Partner

DANKWARD SEITZ, München

Einen direkten Einstieg in die Investment-Branche planen einige deutsche Versicherungsunternehmen. So liegt seit wenigen Tagen beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen ein Antrag für die Gründung einer neuen Kapitalanlagegesellschaft, an der die Vereinigte Versicherungsgruppe (VVG), München, nach eigenen Angaben mit 25 Prozent beteiligt sein wird. Die restlichen Anteile am Grundkapital von 10 Mill. DM werden zunächst von zwei oder drei (noch nicht genannten) Versicherern und den zur Dresdner-Bank-Gruppe gehörenden Dresdnerbank Investment Management und DIT Deutscher Investment-Trust gehalten.

Zu einem späteren Zeitpunkt ist dann vorgesehen, wie der stellvertretende VVG-Vorstandsvorsitzende Christoph Dorschel erläuterte, den Kreis der Versicherungsgesellschaften auf sieben aufzustocken. Im „Endstadium" werden dann die beiden Dresdner-Bank-Töchter an der neuen Gesellschaft mit zusammen 25 bis 30 Prozent beteiligt sein; bei ihnen wird auch die Geschäftsführung und das Fondsmanagement liegen. Ihre Tätigkeit aufnehmen soll die neue Investmentgesellschaft, die den Planungen zufolge schnell auf ein Anfangsvermögen von insgesamt 500 Mill. DM kommen soll, bereits im Oktober dieses Jahres.

Mit dem Start dieser Gesellschaft will die VVG dann nach Angaben von Dorschel einen eigenen Fonds mit anfangs 50 Mill. DM auflegen, der sowohl als Ablauffonds wie auch als Instrument der Vermögensanlage genutzt werden kann. Ähnliches dürften auch die anderen beteiligten Versicherer planen. Nicht geplant ist, so Dorschel, die bisher von der VVG aufgelegten zwei Spezialfonds mit einem Fondsvermögen von derzeit rund 407 Mill. DM in die geplante Kapitalanlagegesellschaft einzubringen.

Vor einigen Tagen hatte bereits die Alte Leipziger Versicherung, Oberursel, ebenfalls die beabsichtigte Gründung einer Investmentgesellschaft für Publikums- und Spezialfonds gemeinsam mit einer Frankfurter Bank angekündigt. Genauere Angaben wollte dazu die Gesellschaft noch nicht machen, da die entsprechenden Vertragsverhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Branchenkenner glauben, daß die Alte Leipziger dabei mit der BHF-Bank, Frankfurt, im Gespräch ist und diese mit 40 Prozent an der Gesellschaft beteiligen will.

Der dynamische Mittelstand – lediglich eine Mär?

Eine Untersuchung der Kreditanstalt für Wiederaufbau kratzt am Image kleiner und mittlerer Unternehmen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Daimler-Benz, Siemens, Thyssen, Bosch oder Bayer – riesige Konzerne mit großen Namen stehen gemeinhin für die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Doch Innovation, Kreativität, Anpassungsfähigkeit, schnelle Reaktion auf Markterfordernisse – all diese Synonyme für das „richtige" Wirtschaften schlechthin sind gar nicht so sehr Sache der Giganten, sondern finden sich viel stärker in jenen kleinen und mittleren Einheiten (bis zu 100 Millionen DM Umsatz und 500 Beschäftigten), zu denen 999 von 1000 deutschen Unternehmen überhaupt zählen, die 51 Prozent der Umsätze in der Wirtschaft erzielen, 44 Prozent der Investitionen tätigen und zwei von drei deutschen Arbeitsplätzen zur Verfügung stellen.

So jedenfalls die gängige Meinung, auch der meisten Wirtschaftspolitiker. Eine Studie der Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau aber hat dieses Klischee jetzt mit deutlichen Fragezeichen versehen. Tatsächlich, so ein Ergebnis der Untersuchung mit dem Titel „Kleine und mittlere Unternehmen im Strukturwandel", geht es auch im Mittelstand recht gemischt zu: Den relativ dynamischen Klein- und Mittelunternehmen, die es wirklich gibt, steht eine „breite Schicht schwächerer und wenig innovativer Unternehmen" gegenüber, die die Erfolge der ersten Gruppe teilweise wieder aufzehren.

Die Hypothese, daß kleinere Unternehmen den Anforderungen des gegenwärtigen Strukturwandels besser gewachsen seien als ihre großen Konkurrenten, sei nicht uneingeschränkt zu bestätigen. So gebe die statistische Abschätzung zwar Hinweise darauf, daß die Beschäftigungsexpansion im Mittelstand in den letzten Jahren stärker ausgefallen ist als bei Großunternehmen.

Doch eindeutig sei das nicht feststellbar, und alle bisherigen Untersuchungen konzentrierten sich ausschließlich auf überlebende Unternehmen. Die Arbeitsplatzausfälle durch Pleiten, an denen kleine, junge Unternehmen in den letzten Jahren den Löwenanteil hatten, bleiben also unberücksichtigt. Daß sie ein durchaus beachtenswertes Gegengewicht ausmachen könnten, wird mit der durchschnittlichen Zahl von zehn bis 13 verlorenen Arbeitsplätzen je Unternehmensinsolvenz noch unterstrichen.

Zudem ist, so die kritische Anmerkung des Autors Norbert Irsch, ein schnelleres Belegschaftswachstum nicht unbedingt ein Zeichen größerer Leistungsfähigkeit. Es könne genausogut bedeuten, daß größere Unternehmen erfolgreicher nach arbeitssparenden Prozeßinnovationen und Rationalisierungsmöglichkeiten gesucht hätten, oder daß die kleineren in stärkerem Maße zur Teilzeitbeschäftigung übergegangen seien. Fazit: „Die Beschäftigtenentwicklung ist als unternehmerisches Erfolgskriterium von nachgeordneter Bedeutung."

Aber auch anhand anderer Kenngrößen vermag Irsch die besondere Dynamik kleinerer Wirtschaftseinheiten nicht so recht zu entdecken. So sei zum Beispiel der Anteil der großen Unternehmen am Umsatzkuchen der Gesamtwirtschaft von 37 Prozent im Jahr 1970 auf 49 Prozent im Jahr 1982 stetig gewachsen. Allerdings gilt auch hier eine Anmerkung, die der Autor zur Beschäftigungsentwicklung macht:

„Selbst, wenn vor allem kleine Unternehmen in den 70er Jahren zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen hätten, müßte sich dies nicht zwangsläufig in höheren Beschäftigtenanteilen der Gruppe der kleineren Unternehmen niederschlagen, da die dynamischen unter ihnen möglicherweise in höhere Größenklassen abgewandert sind." Im Klartext: Viele der wirklich erfolgreichen Mittelständler der 70er Jahre sind heute gar keine mehr, ein zusätzliches Problem jeder statistischen Analyse zu diesem Sachverhalt.

Auch von der überdurchschnittlichen technischen Kreativität und der Innovationsleistung, die den Unternehmen-Davids gerne nachgesagt wird, hält Irsch nicht allzu viel: „Zwar sind in Einzelfällen und vor allem in bestimmten Branchen kleine Unternehmen auf diesen Gebieten zu außerordentlich hohen Anstrengungen fähig, und sie erzielen dann auch entsprechende Erfolge. Für die überwiegende Mehrheit trifft dies jedoch nicht zu."

Bleibt noch die wahre Meßlatte allen unternehmerischen Erfolgs, die Rendite. Doch auch hier sieht es für die Mittelständler eher trübe aus. Zwar verdienen sie nach wie vor besser als große Unternehmen. Indessen: „Ihr Rentabilitätsvorsprung ist deutlich, wenn auch nicht völlig abgeschmolzen."

Insgesamt also hat sich die gesamtwirtschaftliche Position der Mittelständler in den letzten Jahren eher verschlechtert. Die „tatsächliche wirtschaftliche Macht" der großen und größten Unternehmen dagegen dürfte, so Irsch, „aufgrund von Kapitalbeteiligungen, personellen Verflechtungen und Lieferabhängigkeiten noch wesentlich stärker zugenommen haben".

Alfa Romeo mit Ford einig

dpa/VWD, Mailand

Die Mailänder Automobilgesellschaft Alfa Romeo und sein potentieller Partner, der US-Konzern Ford, haben sich über die möglichen Formen einer Zusammenarbeit geeinigt. Dies verlautete aus gut unterrichteten Kreisen in Mailand. Beide Firmen hatten vor zwei Monaten vereinbart, spätestens am 21. Juli die Machbarkeitsstudie für eine Kooperation beziehungsweise eine Beteiligung von Ford an Alfa Romeo abzuschließen.

Wie es heißt, sollen sich Alfa Romeo und Ford nicht nur über die Form der industriellen Kooperation, sondern auch über die finanzielle Verflechtung bereits in Einzelheiten geeinigt haben. Der US-Konzern soll sich dabei damit einverstanden erklärt haben, sich zunächst mit einer 40-Prozent-Minorität zu begnügen. Gegenwärtig ist das Alfa-Romeo-Kapital zu 84 Prozent in der Hand der IRI-Bereichsholding Finmeccanica und zu 16 Prozent in der Hand der Staatsholding IRI selbst.

Im industriellen Bereich sollen die beiden potentiellen Partner vereinbart haben, die Alfa-Romeo-Autoproduktion von jetzt unter 200 000 auf über 400 000 Stück jährlich mehr als zu verdoppeln. Jeweils die Hälfte davon soll auf das Norditalienwerk Arese bei Mailand und das Süditalienwerk Pomigliano d'Arco bei Neapel entfallen. Zumindest anfangs sollen davon 75 Prozent auf Autos mit der Marke Alfa Romeo entfallen, während der Ford-Anteil erst in einer zweiten Phase angehoben werden soll.

Grünes Licht für eine eventuelle Ford-Beteiligung müssen nicht nur die Staatsholding IRI und das Staatsbeteiligungsministerium erteilen, sondern auch die Regierung.

Im Umweltschutz erfolgreich

Clouth Gummiwerke erreichten eine Umsatzsteigerung

Py. Köln

Die zu gleichen Teilen Conti-Gummi und Philips Kommunikation gehörende Clouth Gummiwerke AG, Köln, arbeitet weiter mit großem Nachdruck auf die Vermarktung hochwertiger Technologie hin. „Neue Projekte auf dem weiten Gebiet des Umweltschutzes geben uns die Möglichkeit, weiter erfolgreich zu sein", erläutert Vorstandssprecher Alfred Krainer. Beispiele dafür seien Rauchgasentschwefelungsanlagen für Kraftwerke und schalldämmende Elemente in der Verkehrstechnik.

Das Geschäft 1985 folgte der Entwicklung der Kautschukbranche. Besondere Erfolge wurden im Bereich Fördertechnik erzielt. Der Sektor Auskleidungen blieb wegen zeitlicher Verschiebung von größeren Aufträgen gegenüber den Planzahlen zurück. Gute Zuwachsraten hatte dagegen der Bereich Verkehrstechnik in innovativen Produkten.

Die Clouth-Gruppe setzte 1985 einschließlich der griechischen Tochtergesellschaft Imas 313 Mill. DM um, der Umsatz der Clouth AG stieg um 8,7 Prozent auf 281 Mill. DM. An dem Zuwachs waren alle Geschäftsbereiche beteiligt. Der Exportanteil blieb mit 21 Prozent in etwa konstant. Der Auftragseingang erreichte 285 (280) Mill. DM. Der Bestand lag am Jahresende mit 129 Mill. DM auf Vorjahreshöhe. Im Jahresdurchschnitt wurden rund 1500 Menschen beschäftigt.

Das Gesamtergebnis ging – durch Sondereinflüsse bedingt – zurück. Erhebliche Mittel mußten für zukunftssichernde Maßnahmen im Sach- und Personalbereich aufgewendet werden. Der Jahresüberschuß von 2,7 (2,7) Mill. DM reicht aber wieder für die 16-Prozent-Dividende. Im laufenden Jahr werden die Investitionen (1985: 11 nach 16 Mill. DM, bei 11 nach 10 Mill. DM Abschreibungen) wieder stark steigen.

„Rotaprint-Konkurs unvermeidlich"

VWD, Hamburg

Der Zusammenbruch von Rotaprint GmbH, Berlin, ist nach Auffassung des Hamburger Rechtsanwalts Gerd Weiland unvermeidlich. Er erklärte, der Konkursantrag dürfte in den nächsten Tagen gestellt werden.

Die Entscheidung des Senats, bis zur Vorlage eines überzeugenden Sanierungskonzepts keine weiteren Hilfen zu gewähren, nannte Weiland unverständlich. Die von Senator Pieroth vermißten Detailinformationen könne das Unternehmen in absehbarer Zeit nicht erstellen. Ob die Betriebsstätte Königslutter in Niedersachsen mit 160 Arbeitsplätzen und die übrigen Firmen erhalten bleiben könnten, sei zur Zeit ungewiß.

Weiland hat ein Konzept erarbeitet, das nach seinen Angaben durch eine Straffung von Produktion und Organisation die Sanierung der Gruppe und die Erhaltung von rund 600 Arbeitsplätzen in Berlin sicherstellt.

„Phosphatfrei" setzt sich durch

dpa, Düsseldorf

„Sehr zufrieden" ist die Düsseldorfer Henkel KGaA mit dem phosphatfreien „Persil": Sechs Monate nach der Einführung des Produkts verlassen bereits sechs von zehn Paketen der führenden deutschen Waschmittelmarke das Werk als „phosphatfrei". Damit hat sich dieses Waschpulver nach dem Urteil der Henkel KGaA „am Markt durchgesetzt".

Phosphatfreie Waschmittel hatten Ende Mai in der Bundesrepublik einen Marktanteil von 25 Prozent erobert, davon kamen fast zwei Drittel von Henkel. Und mit einem Anteil von 39 Prozent liegt das neue Persil auch unter den phosphatfreien Saubermachern an der Spitze.

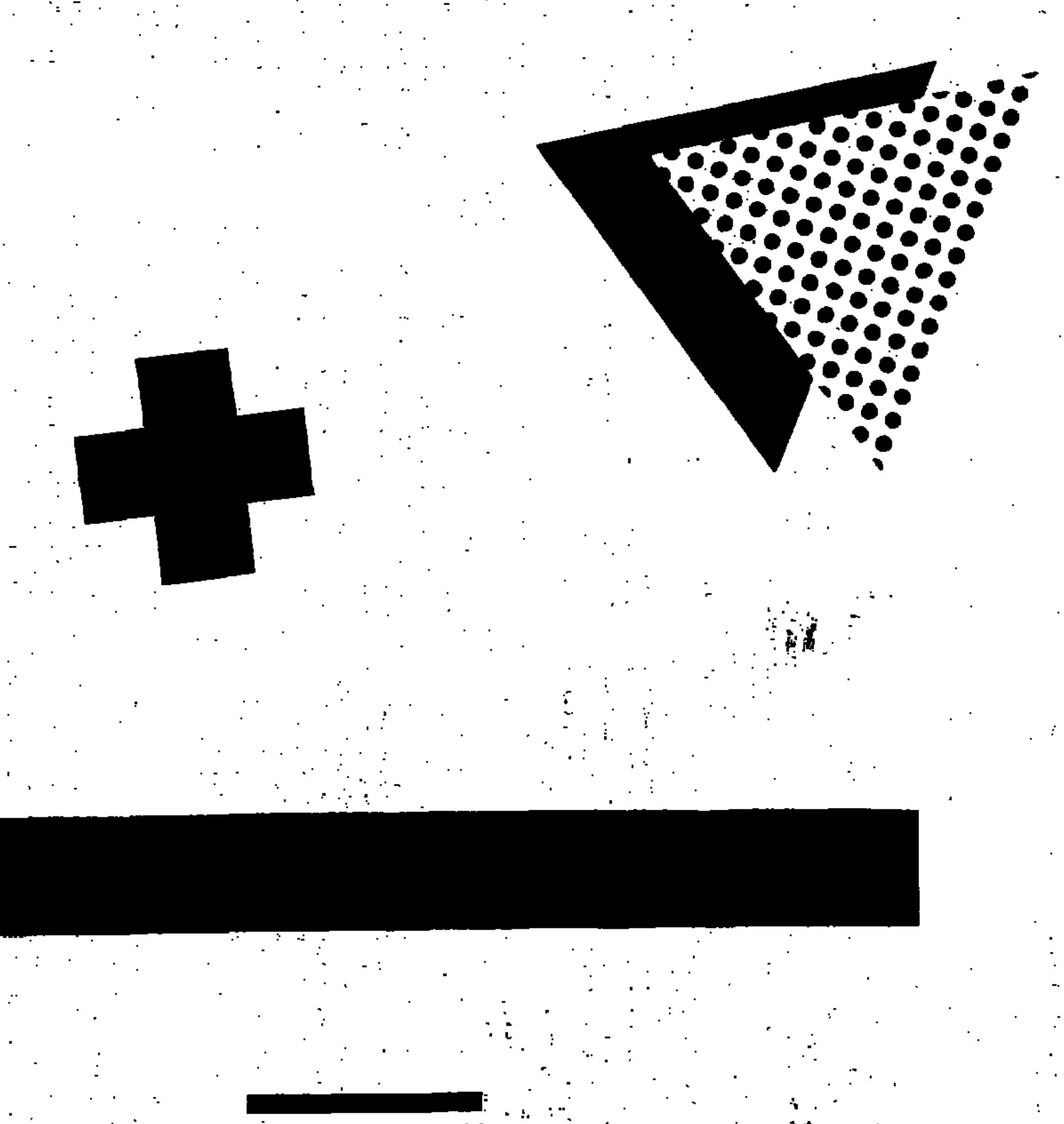
Bei einer insgesamt stark verringerten Phosphatbelastung stammt nach Henkel-Angaben nur noch ein Viertel der Phosphatmenge aus Waschmitteln, 1978 hatte dieser Anteil noch 40 Prozent betragen.

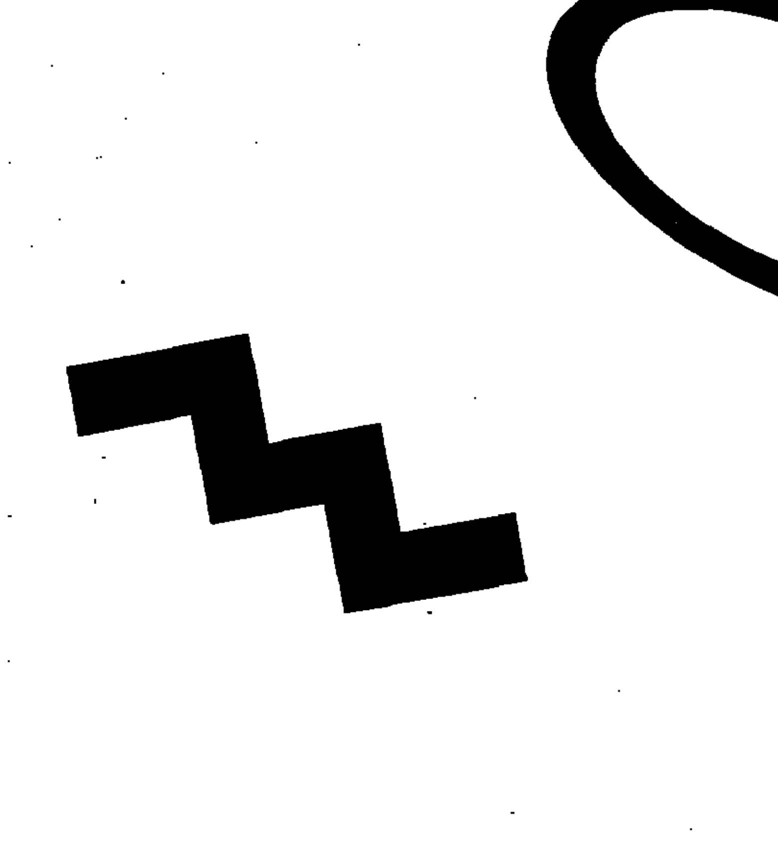
Renditetief ist nicht in Sicht

Leicht abwärts gerichteter Zinstrend zu erwarten

Wenn auch das Renditetief von Mitte April (5,35 Prozent) noch längst nicht in Sichtweite ist, spricht doch einiges für einen leicht abwärts gerichteten Zinstrend: niedrigere Ölpreise und stabiler Preisindex, geringere Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch allzu hohe Brutto-Kapitalaufnahmen, die stärkere Position der DM im EWS. Die Geldmengenentwicklung kann – kehrt sie in den Zielkorridor zurück – der Bundesbank Spielraum schaffen, über niedrigere Sätze bei den Wertpapierpensionsgeschäften das Terrain für Leitzins-Senkungen vorbereiten. (Py.)

Emissionen	18.7. 86	11.7. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,49	5,52	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,88	5,90	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,62	5,64	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	5,99	5,91	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,69	5,68	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,31	5,30	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,29	6,30	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,68	5,67	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,44	6,44	6,82	7,20	8,08





TENNIS / Federation-Cup der Damen in Prag: Martina Navratilova umjubelt, deutsche Mannschaft greift morgen ein

Hinter dem neuen Stadion pfeifen die Lokomotiven

H. J. POHMANN, **Bonn**

Bereits gestern begann in Prag mit den Qualifikationsspielen der Federation-Cup der Tennis-Damen, der mit dem Davispokal bei den Herren vergleichbar ist. Die deutsche Mannschaft wird erst morgen ins Geschehen eingreifen. Erster Gegner wird der Sieger der Partie Belgien gegen Finnland sein.

Was bereits vor den Spielen als großer Erfolg bezeichnet werden kann, ist das neugebaute Stadion im Stavnice-Tennisclub. Am 9. Mai wurde der Centre Court im 1893 gegründeten Klub offiziell vom Cheforganisator, dem ehemaligen Wimbledon-Sieger Jan Kodes, eröffnet. Unter dessen Anleitung entstand ein Tenniszentrum, das in den kommunistischen Ländern einmalig ist.

Für 110 Millionen Kronen (offizieller Wechselkurs: ein Dollar = neun Kronen) stampften die Prager Verkehrsbetriebe „Dopravni Podniky", ein Zentrum mit Tribünen für 7000 Besucher, aus dem Boden. In diese Anlage wurden auch Büros der Federation integriert. Und die Garderoben, in denen sich noch vor wenigen Jahren Kakerlaken und Spinnen auf den Holzleisten zu Hause fühlten, wurden vollkommen renoviert und mit einer Sauna und einem Whirlpool ausgebaut.

Somit war die Grundlage geschaffen, daß die Internationale Tennisfederation (ITF) der CSSR die Ausrichtung des diesjährigen Wettbewerbs übertrug. Nicht zuletzt damit wurde aber auch der sportlichen Leistung nach dem dreimaligen Federation-Cup-Erfolg des CSSR-Teams in Reihenfolge Rechnung getragen.

Über mangelnden Zuschauerzuspruch wie im vergangenen Jahr im japanischen Nagoya müssen sich die ITF-Funktionäre diesmal auch nicht sorgen. Die letzten drei Tage sind trotz der für den Normalbürger nicht zu erschwingenden 150 Kronen teuren Tickets ausverkauft.

Was ein ausverkauftes Stadion in Prag für die Heimmannschaft wert sein kann, ist für den Außenstehenden immer wieder erstaunlich. Angefangen vom rhythmischen Klatschen der teilweise fanatischen Besucher zwischen den Ballwechseln bis hin zu den Lokführern auf dem benachbarten Rangierbahnhof (sie lassen in kritischen Situationen schon mal die Sirenen ihrer Lokomotiven aufheulen) wird hier der Heimvorteil bis zum letzten Ball voll ausgenutzt.

Eine Erfahrung, die auch das deutsche Team noch machen muß. Obwohl Steffi Graf, Claudia Kohde-Kilsch, Bettina Bunge und Claudia Porwick vor einem eventuellen Finale gegen die CSSR erst im Halbfinale gegen die USA mit Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd gewinnen müssen. Diese Auslosung war auch Diskussionsthema im deutschen Team, das sich ungerecht behandelt fühlte. Denn das DTB-Team wurde lediglich auf Platz drei gesetzt. Nur wurden dabei wohl in der Führungsetage des DTB die vergangenen zwei Jahre vergessen.

Da wurden zwar für die Wettbewerbe in São Paulo und Nagoya jeweils die stärksten Teams gemeldet, am Start war dann jedoch, speziell nach der vorjährigen amateurhaften Vorarbeit, nur die dritte Kategorie. Ein Umstand, der in Japan sogar zu einem Antrag der Schweden führte, die Bundesrepublik für zwei Jahre vom Wettbewerb auszuschließen. Nur dank des damaligen Teamchefs Jürgen Faßbender konnte derlei Mißgeschick abgewendet werden: „Ich habe zwei Tage lang auf die Verbände einreden müssen, dann endlich war unsere Teilnahme gesichert."

Doch bis nach 1982 (damals gab es im Finale eine Niederlage gegen die USA) jetzt in Prag wirklich die stärkste deutsche Mannschaft aufgeboten werden konnte, gab es noch etliche Gespräche zwischen den Aktiven und dem DTB. Dabei entwickelte Sportwart Dr. Peter von Pierer das richtige Gespür und die richtige Sprache, um die Individualistinnen zum gemeinsamen Start zu bewegen. Nach einem Trainingslager im Taunus scheint dann auch für die Öffentlichkeit alles unternommen worden zu sein, um Kritiken vorzubeugen.

Nett aufgereiht präsentierten sich die vier Mädchen einmal bei SAT 1 während eines Trainingsspiels oder beim ZDF im Studio. Immer wieder wurde die gute Stimmung hervorgehoben, und daß „die Sache mit dem Doppel noch reifen muß".

Doch ganz so positiv war es wohl im Trainingslager nicht. Denn Teamchef Klaus Hofsäss steckte die Fronten in der „Welt am Sonntag" klar ab. „In diesem Jahr werden wir den Pokal nicht gewinnen."

In der Tat sieht es im Team des DTB mit der Weltranglisten-Dritten Steffi Graf gar nicht so rosig aus, wie es scheinen mag. Zu schwach spielte Claudia Kohde-Kilsch (Fünfte der Computerrangliste) auf den Grand-Slam-Turnieren in Paris und Wimbledon, um die junge Steffi Graf im Doppel mitreißen zu können. Im Gegenteil, den entscheidenden Part spielt mittlerweile die 17jährige Steffi Graf, die schon jetzt die Führungsrolle im Team übernommen hat. Deshalb ist es auch ein Fehler, die sensible Claudia im Doppel auf der ungeliebten Rückhandseite spielen zu lassen. Hier gehört Steffi Graf mit ihrem Selbstvertrauen hin. Sie hätte auch auf der linken Seite die Chance, bei ihren Aufschlagreturns ihre Rückhand zu umlaufen und die Vorhand bei entscheidenden Bällen einzusetzen.

Schnelle Siege der Favoriten

Im Daviscup-Viertelfinale machten die Favoriten kurzen Prozeß: Bereits vor den letzten beiden Einzeln hatten sich mit Titelverteidiger Schweden (3:0 gegen Italien), Australien (3:0 gegen England) und der CSSR (3:0 gegen Jugoslawien) drei Mannschaften für die Vorschlußrunde qualifiziert. Mit Schweden gegen CSSR steht eine Begegnung fest.

Wer wird Gegner der Australier: Deutschland-Bezwinger Mexiko oder die USA, die schon 29mal den Cup gewann? Ken Flach/Roberto Seguso gewannen 5:7, 6:3, 6:3, 6:4 gegen Pascal/Lozano, womit die USA 2:1 in Führung ging. Mehr noch als die Gegner machten den Amerikanern die Zuschauer zu schaffen. „Jeder Ballverlust von uns löste einen Riesenjubel aus. So etwas geht irgendwann schwer an die Nerven", stöhnte Ken Flach.



Martina zu Hause bei Vater Miroslav und Mutter Jana. Der Fotograf der staatlichen Agentur CTK hatte nur kurz Zutritt. FOTO: AP

Blumen am Flugplatz, Fotograf im Wohnzimmer

Der Duft von Blumen erfüllte die Luft, die Ankunfthalle des Flughafens war überfüllt. Eine Atmosphäre herzlicher Neugier war zu spüren, als Martina Navratilova in ihre Heimat zurückkehrte. Elf Jahre nach ihrer Flucht aus der CSSR wurde ihr die Rückkehr von ihren ehemaligen Landsleuten leicht gemacht. Nichts war zu spüren von der frostigen Ablehnung, die einigen ebenfalls in den Westen geflüchteten Eishockey-Spielern entgegenschlagen war, als die nach 15jähriger Abwesenheit erstmals wieder tschechoslowakischen Boden betreten hatten.

Martina Navratilova wurde überaus freundlich empfangen. Obwohl sie als Amerikanerin zurückkehrte. Sie ist damit nicht nur Angehörige eines politischen Gegners sondern kam auch zurück, um in der alten Heimat einen sportlichen Wettbewerb für die neue Heimat zu gewinnen. Eigentlich ist sie also eine Gegnerin in mehrfacher Hinsicht.

Doch ihre sportliche Überlegenheit, ihre Stellung außerhalb jeder Norm und ihr weitgehender Verzicht auf politische Abrechnung mit ihrem Geburtsland haben sie beinahe unantastbar gemacht. Obwohl sie lange Zeit im offiziellen CSSR-Sprachgebrauch als „unerwünschte Person" galt, wurden sie von mehreren hundert Fans begeistert empfangen. Nicht einmal ihre laut geäußerte Angst („Wer weiß, vielleicht passiert mir etwas in Prag. Was ist zum Beispiel, wenn ich in einen Autounfall verwickelt werde?") wurde von der CSSR-Bevölkerung als Diskriminierung empfunden.

Statt dessen schlug ihr Wohlwollen entgegen. Alle ihre Aktionen und Äußerungen stießen auf großes Interesse. So drängten sich gestern mittag bei ihrem ersten Training mehr Menschen im Stvanice Stadion als bei den gleichzeitig stattfindenden ersten Qualifikationsspielen.

Sogar die große Rivalin Hana Mandlikova, die wie Martina Navratilova in Prag geboren wurde, sich aber im Gegensatz zu ihr aus Überzeugung zu ihrem Heimatland bekennt, reagierte entgegenkommend: „Ich finde, es ist eine große Sache, daß Martina nach Prag zurückgekehrt ist und ihr Land wieder sieht. Sie soll das Ganze nicht so emotional sehen. Ich weiß aber, daß ihr das alles sehr nahe geht. Ich habe ihr gesagt, denke nicht so viel darüber nach, komm einfach her und spiele."

Genau das aber gelang der stets sehr emotional reagierenden Martina Navratilova nicht. Die Kaltblütigkeit, mit der sie sich auf den Tennisplätzen der Welt zur absoluten Nummer Eins hochgespielt hat, wandelt sich außerhalb des rein sportlichen Handelns genau ins Gegenteil.

Ihrer Rückkehr nach Prag hatte sie voll gespannter Erwartung entgegengefiebert. Das Wiedersehen mit den Eltern, zu denen sie auch nach der Flucht ein herzliches Verhältnis aufrechterhalten konnte und die Rückkehr in das Haus, in dem sie aufwuchs, trieben ihr Tränen der Rührung in die Augen. In den Tränen lösten sich ihre Zweifel und Anspannung der letzten Tage. „Natürlich werde ich zu Hause in Revnice und nicht im Interconti-Hotel in Prag wohnen", sagte sie. „Meine Großmutter lebt noch, und außerdem gibt es noch Cousinen und Tanten, die ich alle wiedersehen möchte." Um wirklich Zeit und Ruhe für ihre Verwandten zu haben, erlaubte sie nur einmal für kurze Zeit einem Fotografen der CSSR-Agentur CTK Zutritt in die Privatsphäre der Familie. poh/dpa

GOLF / Langer verspielte Spitzenplatz bei Offenen Britischen Meisterschaften. Sein schneller Trost:

„Vater geworden zu sein ist mehr wert als alle Open-Siege zusammen"

Wie rollt und fliegt der Ball bei Sturmböen? Etwas ratlose Blicke von Jack Nicklaus und Bernhard Langer (rechts). FOTO: AP

GERD A. BOLZE, **Turnberry**

Bernhard Langer hatte schnell seinen Optimismus wiedergefunden. Und das war leicht, obwohl er in der dritten Runde der Offenen Golf-Meisterschaften von Großbritannien im schottischen Turnberry einen Spitzenplatz verspielt hatte. Langer: „Man kann nicht alles haben. Vater geworden zu sein ist für mich mehr wert als alle Open-Siege zusammen. Aber ich bin sicher, nach dem Masters-Turnier im letzten Jahr gewinne ich auch diese Open in Großbritannien irgendwann einmal. Am liebsten wäre ich gestern abend noch heimgeflogen nach Augsburg, um meine Frau Vikki und meine Tochter Jackie Carol zu sehen."

Ein Sieg in Turnberry war nur noch Wunschdenken, nachdem der 28 Jahre alte Weltklassespieler aus Anhausen in Sturm, Regen und Kälte nach 72 und 70 Schlägen mit enttäuschenden 76 bei allerdings sehr schwerem Par 70 auf den achten Rang zurückgefallen war.

Langer, immer noch Zweiter der Weltrangliste, kommentierte seine Chancen vor der letzten Runde so: „ein platz unter den ersten fünf ist Realität, ein Sieg bei sieben Schlägen Rückstand auf den führenden Greg Norman nur noch Utopie." Die Tage von Turnberry bestätigten eine alte Golf-Weisheit: Auch Weltstars ergeht es nicht anders als den Millionen Wochenend-Golfern. Spielen sie gut, dann ist der Platz prima, golfen sie schlecht, war meistens der Platz schuld oder das Wetter.

Vor Meisterschaftsbeginn nach den unter besten Witterungsbedingungen durchgeführten Übungsrunden war die einhellige Meinung der namhaften Cracks: „Ein enorm schwerer, aber ein sehr fairer Platz – das Par 70 wird schwer zu spielen sein." Als dann in der ersten Runde in der plötzlich eingebrochenen Kälte (nur noch 10 Grad Celsius) die Sturmböen bis Windstärke acht alle Messungen und Aufzeichnungen über Schlaglängen und zu benutzende Schläger wegbliesen, die Ergebnisse in die Höhe trieben und eine Par-Runde des kleinen Ian Woosnam (Wales) das Beste war – da blieb in den Kritiken vom angeblich fairen Platz nicht mehr viel übrig.

So klagte der favorisierte Severiano Ballesteros nach seinen 76 Schlägen (der Spanier wirkt oft nicht nur arrogant, er ist es auch) über die viel zu lange Spieldauer von über fünf Stunden und vor allem über den unmöglichen Platz. Da schimpften viele über viel zu enge Spielbahnen von teils nur 25 Meter Breite. Oder über das viel zu hohe Gras (das sogenannte Rough) an den Spielbahnrändern, in dem man sich beim Herausschlagen des Balles die Handgelenke zerre – falls der Ball überhaupt zu finden sei.

„Einige Grüns sind hier breiter als die Spielbahnen", klagte auch Bernhard Langers Trainer Willi Hofmann. „Unmöglich, daß man aus Sicherheitsgründen, um nicht ins Rough zu kommen, vom ersten und 18. Abschlag nur einen Eisenschläger nehmen muß", kritisierte der schon legendäre US-Masters-Champion Jack Nicklaus (USA).

„Ein brutaler Kurs", hatte sogar der 31 Jahre alte Australier Greg Norman nach seinen 74 Schlägen geflucht. Norman, den sie wegen seiner weiß-blonden Haare, seiner scharfen Worte und seiner gewaltigen Golfschläge den „großen weißen Hai" nennen, gelang aber tags darauf auf diesem angeblich „brutalen" Platz, diesmal bei fast Windstille, mit sagenhaften 63 Schlägen ein Platzrekord. Hätte er auf dem letzten Grün das Loch nicht zu stark attackiert und drei Putts zum Einlochen des Balles gebraucht, er hätte sogar den Open-Rekord (63) gebrochen. Einen Eagle und acht Birdies, aber auch drei Bogeys registrierte Norman auf seiner Zählkarte. Er spielte wie im Rausch und riß die fast 28 000 Zuschauer immer wieder zu Beifallstürmen hin.

Danach war dann von dem Australier, der in Florida lebt und die diesjährige US-Geldgewinnerliste mit der Rekordsumme von rund 548 000 Dollar anführt, kein Wort mehr über einen „brutalen Platz" zu hören. Es war wieder ein „sehr schwerer, aber durchaus fairer Kurs". Auch Weltstars reden halt nicht anders als Wochenend-Golfer.

Wie schwer es auch die Favoriten in diesen Meisterschaften unter den erschwerten Bedingungen hatten, bewiesen drei prominente Namen für viele: Mit je 151 Schlägen mußten der schottische Titelverteidiger Sandy Lyle (78+73), der bis dahin am höchsten dotierte Severiano Ballesteros (76+75) und Jack Nicklaus (78+73) sogar um das Weiterspielen zittern. Sie schafften gerade noch 151 Schläge, die dazu ausreichten, zu den besten 77 der 153 Teilnehmer zu gehören, die zu den letzten 36 Löchern antreten durften. Zu den prominentesten Ausgeschiedenen gehörten mit je 152 Schlägen die Amerikaner Rogers als Open-Sieger 1981 (80+72), Kite (78+74) und Miller (75+77).

Für Trainer steht der Meister schon fest: München

dpa/sid, **Bonn**

Bis zum Start der Fußball-Bundesliga am 8./9. August bleibt den Klubs noch ausreichend Zeit, in Form zu kommen, die Kondition aufzubessern und die richtige Zusammensetzung der Mannschaft zu finden. Was immer auch noch alles getan wird: Für die meisten der 18 Trainer steht bereits jetzt schon fest, wer am Ende der Saison Meister sein wird. Für 13 Bundesligatrainer heißt der neue deutsche Fußballmeister wieder Bayern München. Am ehesten wird wieder Bremen zugetraut, den Münchnern den Kampf um den Titel zu erschweren.

Wie noch in jeder Saison gehen die Bayern auch diesmal davon aus, daß sie ganz vorne landen werden. Der erfolgreiche Trainer Udo Lattek hat sich in seinem 22. Trainerjahr selbst das hohe Ziel gesetzt: „Ich will mit dem FC Bayern den Hattrick schaffen." Der 51 Jahre alte Trainer wurde bereits mit den Münchnern (1972 bis 1974) und mit Mönchengladbach (1975 bis 1977) dreimal hintereinander Meister.

Wie bereits im Vorjahr erwartet Udo Lattek einen Zweikampf mit den Bremern. Allerdings räumt er auch Uerdingen, Stuttgart und Hamburg gute Titelchancen ein. Sein Bremer Kollege Otto Rehhagel glaubt: „Neben Bayern und Werder kommen auch Uerdingen, Gladbach, Stuttgart und Leverkusen für den Titel in Frage." Eindeutig für die Bayern sprachen sich diese 13 Trainer aus: Feldkamp (Uerdingen), Coordes (Stuttgart), Ribbeck (Leverkusen), Gerland (Bochum), Schafstall (Schalke), Bongartz (Kaiserslautern), Höher (Nürnberg), Keßler (Köln), Brei (Düsseldorf), Weise (Frankfurt), Saftig (Dortmund), Fuchs (Homburg) und Hoss (Blau-Weiß 90 Berlin).

Den mutigsten Tip gab Klaus Schlappner ab, ohnehin bekannt für markante Sprüche. Der Mannheimer Trainer sagt diesen Ausgang voraus: „Ich räume Uerdingen und Stuttgart die größten Titelchancen ein. Beide Teams sind ausgewogen und haben sich gezielt verstärkt." Dagegen war Ernst Happel, kein Freund solcher Spielereien, einmal mehr zugeknöpft. Der Hamburger Trainer ließ sich gerade diesen Satz entlocken: „Das interessiert mich nicht. Ich gebe keinen Tip ab."

So sehr verführerisch Vorhersagen auch immer sein mögen, die Bundesliga-Szene ist ständig in Bewegung. Am Wochenende hat es noch einmal einen nicht uninteressanten Transfer gegeben. Auch melden die Klubs schon die ersten schlimmeren Verletzungen nach den zahlreichen Vorbereitungsspielen. Und schließlich wurde auch wieder im Intertoto-Wettbewerb gespielt – jedoch ohne bemerkenswerte Erfolge.

Schalke 04 hat mit Bernd Grabosch von Fortuna Köln einen Spieler verpflichtet, der in der letzten Saison in der Zweiten Liga zu den stärksten Mittelfeldspielern zählte. Die Schalker zahlten eine Ablösesumme von 350 000 Mark. Grabosch unterschrieb einen bis zum 30. Juni 1988 datierten Vertrag. Im Gegenzug wurden die Schalker auch ihren Mittelstürmer Dieter Schatzschneider los, der an den Kölner Zweitligaklub ausgeliehen wurde. Schatzschneider, in Hamburg und Schalke gescheitert, spielte bereits 1983 in Köln.

Bernd Grabosch ist nach Wegmann (Dortmund), Hannes (Gladbach), Jugendnationalspieler Prus (Rheine) und Bistram (Kiel) der fünfte Zugang. Die Schalker investierten insgesamt 2,75 Millionen Mark für Verstärkungen. Viel Glück scheinen die Schalker aber bisher noch nicht mit ihren Neuverpflichtungen zu haben. Denn Hannes pausiert mit einer Wadenzerrung, und Jürgen Wegmann fällt wegen eines Mittelfußbruches mehrere Wochen aus.

Pech auch für den Verteidiger Dirk Schlegel vom Bundesliga-Aufsteiger Blau-Weiß 90 Berlin. Der vom VfB Stuttgart nach Berlin gewechselte Schlegel fällt für mindestens drei Monate aus. Bei einem Freundschaftsspiel in Hof zog er sich nach einem Zusammenprall einen Innenband- und Außenbandriß am rechten Knie zu.

Uerdingens Trainer Karl-Heinz Feldkamp dagegen bangt um seinen Stürmer Wolfgang Schäfer, der mit Verdacht auf einen Jochbeinbruch ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Schäfer zog sich die Verletzung beim Intertoto-Spiel bei Lausanne Sports zu. In der Schweiz blamierten sich die Uerdinger beim 0:2 ebenso wie die weiteren drei DFB-Klubs in diesem internationalen Wettbewerb. Nach dem 3:4 beim holländischen Zweitligaklub Nijmegen muß Fortuna Düsseldorf ebenso wie der rheinische Nachbar aus Krefeld um den Gruppensieg und die damit verbundene Prämie von 15 000 Schweizer Franken bangen.

Düsseldorf kann Platz eins mit einem Sieg am Mittwoch über den FC Lüttich noch aus eigener Kraft schaffen, Uerdingen ist dagegen auf die Schützenhilfe von Standard Lüttich gegen den „DDR"-Vertreter Union Berlin angewiesen.

Den Gruppensieg verspielt hat Bundesliga-Absteiger Hannover 96 durch eine 0:1-Niederlage bei Legia Warschau. Das 1:3 des 1. FC Saarbrücken beim schwedischen Meister Orgryte Göteborg bedeutete dagegen die fünfte Niederlage im sechsten Spiel für den Bundesliga-Absteiger. Vor 1000 Zuschauern boten die Saarbrücker eine enttäuschende Vorstellung.

NACHRICHTEN

DFB gründet Hilfswerk

Duisburg (dpa) – Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat ein Hilfswerk für bedürftige mexikanische Kinder gegründet. Dies gab in Duisburg der Delegationsleiter der Deutschen Fußball-Nationalmannschaft in Mexiko, Egidius Braun (Aachen), bekannt.

Titel an Kühn und Killat

Monheim (dpa) – Albin Killat (München) und die Aachenerin Monika Kühn gewannen die ersten Titel bei den deutschen Meisterschaften der Wasserspringer in Monheim. Mit 663,06 Punkten errang Killat vom Drei-Meter-Brett seinen 17. Titel bei nationalen Meisterschaften.

Bronze für Jugoslawien

Madrid (sid) – Die Basketball-Nationalmannschaft von Jugoslawien erkämpfte sich bei der Weltmeisterschaft in Spanien den dritten Rang. Sie besiegte Brasilien mit 117:91. In der Begegnung um den siebten Rang besiegte Israel den Olympia-Vierten Kanada mit 97:84.

Olafsson nach Düsseldorf

Düsseldorf (dpa) – Handball-Bundesligaklub TuRu Düsseldorf verpflichtete den Isländer Pall Olafsson (26). Olafsson absolvierte für Island 102 Länderspiele und erzielte in der letzten Saison für den Bundesliga-Absteiger Grünweiß Dankersen 101 Tore.

Becker sagt ab

Boston (sid) – Der zweimalige Wimbledonsieger Boris Becker hat seine Teilnahme an dem mit 220 000 Dollar dotierten internationalen Tennis-Turnier in Boston (21. bis 27. 7.) abgesagt. Der 18 Jahre alte Leimener laboriert laut Angaben der Organisatoren an einer Knöchelverletzung.

Franke Sloothaak siegte

Tirschenreuth (dpa) – Sieger im Großen Preis von Tirschenreuth (Oberpfalz) wurde der Mühlener Springreiter Franke Sloothaak. Nachdem Sloothaak in der mit 60 000 Mark dotierten S-Prüfung in zwei Umläufen mit seinem zehnjährigen Holsteiner Farmer fehlerlos blieb, verwies er im Stechen den ebenfalls fehlerfreien Norbert Nuxoll aus Damme auf Santana (38,09 Sekunden) auf Platz zwei.

Basketball-Angestellte

Hagen (dpa) – Die Basketball-Bundesliga-Mannschaft des SSV Hagen wird künftig nicht mehr im Hauptverein, sondern als „wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb" geführt. Dies beschloß die Abteilungsversammlung des Bundesligaklubs, der damit die Konsequenzen aus der Aberkennung der Gemeinnützigkeit für den 1300 Mitglieder starken Hauptverein zog. Im Februar dieses Jahres hatten Steuerfahnder Verträge gefunden, aus denen hervorging, daß einige Bundesliga-Spieler von ortsansässigen Unternehmen entlohnt wurden.

Spielerwechsel nach Asyl

New York (sid) – Der CSSR-Eishockey-Nationalspieler Frantisek Musil wird zukünftig bei den Minnesota North Stars in der nordamerikanischen Profi-Liga spielen. Musil soll einen Mehrjahresvertrag unterschrieben haben. Der 21 Jahre alte Verteidiger hatte in der Botschaft der USA in Belgrad um politisches Asyl gebeten und war am gleichen Nachmittag mit dem Generalmanager der North Stars Lou Nanne über London in die Vereinigten Staaten geflogen.

Ringer setzen Signal

Schifferstadt (sid) – Die Junioren-Weltmeisterschaften der Ringer in beiden Stilarten in Schifferstadt setzten neue Zeichen für den internationalen und besonders für den olympischen Sportverkehr. Mit der Teilnahme der Mannschaften aus beiden Teilen Koreas, die in der Länderwertung des freien Stils die Plätze vier (Nordkorea) und sechs (Südkorea) belegten, wurde auch ein Signal für die Olympischen Spiele 1988 in Seoul gesetzt.

Nilsson bleibt in Köln

Köln (sid) – Der deutsche Eishockey-Meister Kölner EC hat den Vertrag mit seinem schwedischen Trainer Hardy Nilsson um drei Jahre bis 1989 verlängert. Der 39jährige führte das Kölner Team in der letzten Saison in seinem ersten Trainerjahr in der Bundesliga auf Anhieb zum vierten Titelgewinn.

Keine Kunstwettbewerbe

Athen (sid) – Die Internationale Olympische Akademie hat auf ihrer 26. Session abgelehnt, wieder olympische Kunstwettbewerbe einzuführen. Zwischen 1912 und 1948 waren Kunstwettbewerbe beständiger, wenn auch weitgehend unbedeutender Bestandteil der Olympischen Spiele. Sie litten vor allem unter dem niedrigen Niveau der teilnehmenden Künstler und den ungelösten Bewertungsproblemen der Jury.

Sieg für Stepanek

Travemünde (dpa) – Der Berliner Alexander Stepanek gewann das mit 25 000 Dollar dotierte Tennisturnier von Travemünde durch ein 6:2, 6:0 über den Australier Karl Limberger.

RADSPORT

Nur Verfolger haben Chancen bei der WM

dpa/sid, Ludwigshafen

In der dünnen Luft von Colorado Springs haben wohl nur die Verfolgungsfahrer aus der Bundesrepublik Deutschland Aussichten auf einen Höhenflug zu Weltmeisterschafts-Medaillen. Das ist die nüchterne Bilanz der deutschen Bahnrad-Meisterschaft von Ludwigshafen-Friesenheim.

Dennoch, Bundestrainer Udo Hempel zeigte vorsichtigen Optimismus: „Die Situation ist so, daß wir eine solide Basis besitzen. Wir können mittelfristig wieder den internationalen Rang hinter der UdSSR und der DDR zurückerobern."

In der Tat: In Ludwigshafen traten einige hoffnungsvolle Talente in die Pedale, die die Lücke zur Weltspitze schließen könnten. Da ist der 23 Jahre alte Berliner Roland Günther, Mitglied des WM-Vierers von 1983 und Dritter im letzten Jahr in der Einer-Verfolgung über 4000 m. Er hält seine 4:42,99 Minuten, mit denen er in Friesenheim die Konkurrenz in Grund und Boden fuhr, in der Einer-Verfolgung auf der Höhenbahn von Colorado Springs für verbesserungsfähig – etwa auf 4:35 Minuten.

„Roland war heute nicht zu schlagen, er ist auch international auf einem sehr hohen Niveau angelangt", kommentierte Bundestrainer Udo Hempel die Leistung des Meisters. Günther, der früher in entscheidenden Situationen oft Probleme mit seinen Neven hatte, wirkte in Ludwigshafen äußerst selbstsicher. So wurde er auch als Kapitän des Verfolgungsvierers zu einer Leitfigur. Zusammen mit Volker Diehl, Matthias Lange und Joachim Hillenbrand bezwang er in beachtlichen 4:30,54 Minuten das Quartett des RSG Böbling-Feuerbach (4:32,16).

Und zur „soliden Basis" für Bundestrainer Hempel gehörte neben Uwe Messerschmidt (Stuttgart) und Manfred Donike (Düren) im Punktefahren auch jener 18jährige Robert Lechner (Bruckmühl), der sich anschickt, im schweren Kilometer-Zeitfahren auch international die Nachfolge von Fredy Schmidtke anzutreten, der in Friesenheim auch beim zweiten Comeback-Versuch scheiterte. Die 1:06,60 Minuten von Lechner bei seinem ersten Start in der Amateurklasse lassen noch einiges erwarten.

Im Sprint ist der Anschluß an die Weltspitze dagegen nach wie vor weit. Die Kölner Frank Weber und Jürgen Greil dominierten zwar erneut die nationale Sprintkonkurrenz, doch ihre Plätze 13 und 16 bei den Goodwill-Spielen von Moskau zeigen, daß die internationale Konkurrenz Radlängen voraus ist.

Auch bei den Frauen zeigte nur Verfolgungsmeisterin Ute Enzenauer internationales Niveau. In 4:06,27 Minuten gewann sie das Finale in der 3000-m-Einer-Verfolgung gegen die Solingerin Petra Stegherr (4:12,27). Doch Ex-Weltmeisterin Enzenauer aus Ludwigshafen will sich in den USA ganz auf die Straße konzentrieren.

TOUR DE FRANCE / Frage nach dem Sieger ist ein Spiel mit der Taktik

Hinaults plötzliche Angriffe nur eine Hilfe für Teamkollege Greg Lemond?

DW. Gap

Sechs Tage vor dem Ende der Tour de France ist die Frage nach dem Sieger noch so spannend wie am ersten Tag. Und sie ist ebenso ungeklärt. Nicht einmal eine Tendenz ist anhand des Gesamtklassements zu erkennen, denn der fünfmalige Sieger der Frankreich-Rundfahrt, der Franzose Bernard Hinault, hat nur noch einen Vorsprung von 32 Sekunden auf Greg Lemond.

Dabei hatte es am Samstag auf der 16. Etappe für eine Weile so ausgesehen, als könne Hinault seinen Vorsprung ausbauen. Er zeigte sich trotz des starken Mistralwindes, der den Fahrern mit Stärke acht ins Gesicht blies, angriffslustig und unternahm mit sieben weiteren Fahrern einen Ausreißversuch. Mehr als ein Vorsprung von einer Minute gegenüber dem Hauptfeld sprang allerdings nicht dabei heraus, so daß die kleine Gruppe wieder eingeholt wurde.

Die Attacke des Bernard Hinault blieb erfolglos, doch sie zeigte, daß er möglicherweise doch sein Versprechen wahrmacht, das er im letzten Jahr seinem Teamkollegen Greg Lemond gab. Damals hatte Hinault angekündigt, er werde Lemond in diesem Sommer zum Sieger der Tour de France machen. Als Dank für die Zurückhaltung des Amerikaners.

Obwohl er selbst noch die Chance auf den Gesamtsieg hatte, war Lemond 1985 auf den letzten Etappen äußerst defensiv gefahren und hatte Hinault so den fünften Sieg bei der Tour de France ermöglicht. Vorausgegangen war ein Gespräch zwischen den beiden Fahrern und dem Geschäftsmann Bernard Tapie, Chef des Fußballklubs Olympique Marseille und des Rennstalls „La Vie Claire". Tapie, ein persönlicher Freund Hinaults, hatte dem Amerikaner Lemond 500 000 Mark für den Verzicht auf den Gesamtsieg geboten. Hinault gewann und versprach, sich in diesem Jahr zu revanchieren.

Offiziell verrät er mit keinem Wort, ob er sein Versprechen einlösen will.



Stillschweigendes Einverständnis zwischen den beiden großen Favoriten aus einem Rennstall? Bernard Hinault (rechts) und Greg Lemond während der Fahrt in lächelnder Gemeinsamkeit – das ist ein beliebtes Motiv für die Fotografen. Doch wie es in den beiden aussieht, kann eben nicht fotografiert werden. Noch bleibt es verborgen. Sind sie Konkurrenten, Kollegen, die schon vorher den Verlauf abgesprochen haben wie im letzten Jahr? Da ist Lemond die Zurückhaltung zugunsten von Hinault mit 500 000 Mark entlohnt worden. FOTO: AP

Doch die Hinweise verdichten sich, daß er Lemond tatsächlich helfen wird. Wie? „Indem ich ohne Rücksicht auf persönliche Verluste attakkiere, damit die Gegner von Lemond zum Arbeiten zwinge und ihm Konterchancen eröffne." Das hat Hinault vor mehreren Monaten gesagt.

Auf den letzten Etappen zeigte sein Fahrverhalten, daß er genau diese Taktik anwendet. Hinault hat mehrere Attacken gefahren, die vielen Radsportexperten absurd erschienen. Zu seinem eigenen Nachteil, zum Vorteil Lemonds. Auffällig war es zum erstenmal auf der 14. Etappe zwischen Pau und Superbagnères, als Hinault das Tempo in einer Art verschärfte, von der er selbst wissen mußte, daß er es nicht durchstehen würde. Als Folge dieser eigenartigen Attacke schmolz sein Vorsprung auf Lemond von 5:25 Minuten auf 40 Sekunden. Den letzten in der Reihe unverständlicher Angriffe fuhr Hinault bei seinem Ausreißversuch am Samstag. Auch die Situation war für eine Attacke denkbar schlecht gewählt. Ein so erfahrener Profi wie Hinault hätte von vornherein wissen müssen, daß er scheitern würde.

Auch dieser Angriff zeigte Wirkung: Lemond verkürzte seinen Rückstand erneut um zwei Sekunden auf den immer noch führenden Hinault und könnte in den nächsten Tagen sogar einen ganz großen Sprung machen, wenn eintrifft, was Experten vermuten: „Seit letzte Woche der zweimalige Tour-Sieger Laurent Fignon aufgegeben hat, ist für Hinault die Weltmeisterschaft im September in Colorado wichtiger geworden", behauptet Jacques Anquetil, selbst fünfmaliger Gewinner der Tour de France. Er vermutet, daß Hinault aufgibt. Denn: „Die Tour kann er bei der Konkurrenz im eigenen Team nur gewinnen, wenn ein Wunder geschieht."

FUSSBALL / Sir Stanley Rous gestorben

13 Jahre lang war er Präsident der FIFA

sid, London

Die Fußball-Welt trauert um eine ihrer großen Persönlichkeiten: Sir Stanley Ford Rous ist im Alter von 91 Jahren gestorben. Noch vor einem Monat war er Gast bei der Weltmeisterschaft in Mexiko, schien zunächst frisch und ungebeugt wie eh und je. Doch er mußte Mittelamerika mit einer Kreislaufschwäche verlassen, und schon damals machten sich Freunde Sorgen um den Gesundheitszustand des greisen Mannes, der von 1961 bis 1974 Präsident des Weltverbandes FIFA war.

Als Stanley Ford Rous am 25. April 1895 geboren wurde, herrschte in Großbritannien noch Königin Victoria. Und ein gekröntes Haupt war es auch, das den ehemaligen Volksschullehrer aus Watford weltberühmt machte: Queen Elizabeth II. adelte ihn 1953 als ersten Vertreter des Fußballs überhaupt. Der Titel Sir paßte zu Stanley Rous wie auf wenige andere sonst, und er sollte ihn fortan für den Rest seines langen Lebens begleiten.

Vor etwas mehr als einem Jahr feierten Gäste aus 143 Ländern im vornehmen Londoner Stadtteil Kensington den 90. Geburtstag des legendären Fußball-Idols, der seine Karriere nicht als Sportler, sondern als Funktionär machte und rückhaltlos dazu stand, kein begnadeter Athlet zu sein. Als Schiedsrichter fuhr er in den zwanziger Jahren auf dem Motorrad über die Insel. 1928 wurde er als Linienrichter beim Länderspiel England gegen Schottland (5:1) eingesetzt – ein entscheidender Tag im Leben des überzeugten Junggesellen.

Denn danach gab es fast nur noch Fußball für Stanley Rous. 1934 bewarb er sich auf eine Anzeige, in der ein neuer Generalsekretär für die englische Football Association (FA) gesucht wurde. Er bekam den Job und behielt ihn bis 1961 zu seiner ersten Wahl in das höchste Amt des Weltverbandes. In seiner Karriere machte sich Rous vor allen Dingen um die Vereinheitlichung der Regeln verdient. So führte er international als optisches Zeichen für Verwarnung und Platzverweis die gelbe und rote Karte ein. Und er bemühte sich, das Zusammenspiel der Schieds- und Linienrichter zu verbessern (zum Beispiel das diagonale Laufen der Schiedsrichter mit seinen Assistenten, was einen besseren Überblick über das gesamte Spielfeld ermöglichte).

Eine Londoner Tageszeitung hat Sir Stanley Rous einmal wie folgt gewürdigt: „Er ist ein Mann, der auf einem hohen Berg zu residieren scheint. Sein Blick geht weit hinaus, und er sieht von dort oben alles. Einen Horizont gibt es für ihn nicht. Fußball ist sein Spiel, und die ganze Welt ist sein Feld." Treffender hätte „The Observer" – das Zitat stammt aus dem Jahre 1949 – Stanley Rous wohl kaum beschreiben können.

Auch als Rous am 11. Juni 1974 in Frankfurt/Main von dem Brasilianer Joao Havelange an der Spitze der FIFA abgelöst und gleichzeitig zum Ehrenpräsidenten ernannt wurde, war für ihn das Fußball-Leben in keiner Weise beendet. Er reiste wie ein Junger durch die Welt und feierte 1977 ein Jubiläum ganz besonderer Art: Mit einer einzigen Fluglinie (Swissair) hatte er bis dahin eine Million Flug-Meilen hinter sich gebracht. Auch Deutschland würdigte Rous' Verdienste: 1974 erhielt er aus den Händen des damaligen Bundespräsidenten Walter Scheel das Bundesverdienstkreuz.

Man wird einen Menschen vermissen, den ein trockener, typisch britischer Humor und eine auch im hohen Alter nicht nachlassende Standfestigkeit in schwierigen Verhandlungsphasen auszeichneten. „Wenn ich jemals geahnt hätte, daß ich so alt werde – ich hätte ein wenig mehr auf meine Gesundheit geachtet", sagte Sir Stanley Rous im letzten Jahr an seinem 90. Geburtstag.

GOODWILL GAMES

Kaum Zuschauer Verluste in Höhe von 15 Millionen

sid, Moskau

Die finanziellen Verluste für die Organisatoren der Goodwill-Spiele, die gestern mit der Schlußfeier in Moskau endeten, liegen möglicherweise bei 15 Millionen Dollar. Diese Zahl nannte Hauptsponsor und Mit-Organisator Ted Turner, Präsident des privaten US-Kabel-Fernsehsenders „Turner Broadcasting System" (TBS) im Rahmen einer Pressekonferenz in der sowjetischen Hauptstadt.

„Der Zuschauerzuspruch in Moskau lag weit unter unseren Kalkulationen", meinte Turner. „Zusätzlich haben sich einige Firmen so vertraglich abgesichert, daß ihnen angesichts der ebenfalls geringen Resonanz des amerikanischen Publikums ein Teil der Gelder zurückgezahlt wird, die sie in die Fernseh-Werbung investiert haben. Das sind schätzungsweise noch einmal bis zu fünf Millionen Dollar", erklärte Turner weiter.

Von einem generellen Mißerfolg der erstmals ausgetragenen Goodwill Spiele, die 1990 in Seattle eine Neuauflage erleben sollen, will Turner allerdings nichts wissen. „Der völkerverbindende Charakter der Spiele ist wichtiger als das finanzielle Geschäft. Ich sage ihnen eine große Zukunft voraus".

In Seattle laufen bereits die Planungen für die nächsten Spiele auf Hochtouren. Das Organisationskomitee unter Präsident Bob Walsh verfügt über einen Etat von 100 Millionen Dollar.

An den Finaltagen im Boxen und Volleyball der Herren versuchten die USA, ein sportliches Desaster gegenüber Gastgeber UdSSR abzuwenden. Im Boxen gelang der Versuch: Gegen die übermächtigen Athleten der UdSSR verhinderte der 20 Jahre alte US-Meister Albert Johnson aus St. Louis bei den Finalkämpfen den totalen Triumph der Sowjetunion. Mit einem 3:2-Punktsieg über den Fliegengewichtler Rinvidias Bilius gewann er als einziger Ausländer eine Goldmedaille bei dem Turnier mit 122 Kämpfern aus 26 Ländern. Das Turnier hatte durch die Absage Kubas an sportlichem Wert verloren, zumal auch die „DDR" nur mit vier Boxern der zweiten Garnitur in die sowjetische Hauptstadt gekommen war.

Die US-Staffel war im letzten Augenblick geändert worden, da das Pentagon (das amerikanische Verteidigungsministerium) neun Armee-Angehörigen die Teilnahme kurzfristig untersagt hatte. Da diese Anordnung am 4. Juli, dem Unabhängigkeitstag der USA, in Moskau eintraf, konnte gegen diese Entscheidung nicht mehr protestiert werden. In Washington waren die Büros geschlossen.

Im Volleyball-Turnier der Herren wäre den Amerikanern gegen die UdSSR fast ein zweiter spektakulärer Erfolg gelungen. Nach einem Spiel, das an Dramatik und Klasse Spitzenformat bewies, unterlagen die USA knapp mit 2:3.

Geschlagener Frank Bruno: „Er hat meinen Stolz zerstört"

Drei rechte Haken an das ungeschützte Kinn zerstörten den Traum vom ersten britischen Schwergewichts-Boxweltmeister seit 89 Jahren. Der 28 Jahre alte Amerikaner Tim Witherspoon verteidigte im Wembleystadion seinen Titel gegen seinen vier Jahre jüngeren britischen Herausforderer Frank Bruno durch Abbruch in der elften Runde. Über 45 000 Zuschauer kamen in die Fußball-Arena, um den Kampf zu sehen. Rund 30 Millionen Mark nahmen die Veranstalter ein, soviel wie noch nie in Europa bei einer Boxveranstaltung. Witherspoon erhielt rund 3,2 Millionen Mark Gage, Bruno etwa die Hälfte. Unter den Zuschauern saß auch Muhammad Ali, der vor zwanzig Jahren zweimal in London gegen Henry Cooper und Brian London gewonnen hatte.

Frank Bruno hatte sich für die Chance seines Lebens extra die Kabine ausgesucht, in der sich auch die englische Fußballmannschaft 1966 vor dem WM-Finale umgezogen hatte, doch an der Stätte britischen Sportruhms gab es kein neues Heldenstück. Bob Fitzsimmons, der 1897 den Schwergewichtstitel nach England holte, bleibt bis auf weiteres ohne Nachfolger.

Von Bruno war nach dem schweren K. o. nicht zu erfahren, ob er dem Rat seines Bezwingers folgen und zu einem Revanchekampf antreten werde. Der Meister, hieß es, habe ihm in der elften Runde den Kiefer gebrochen. Er ließ verkünden: „Tim Witherspoon ist ein großer Champion. Er hat viele Treffer gelandet, doch vor allem meinen Stolz zerstört."

Die drei konkurrierenden Weltboxverbände präsentieren nun drei schwarze amerikanische Weltmeister im Schwergewicht: Tim Witherspoon (World Boxing Association, WBA), Trevor Berbick (World Boxing Council, WBC) und Leon Spinks (International Boxing Federation, IBF): In London wurde das nächste große Boxgeschäft bereits vorbereitet: Eine Kampffolge, an deren Ende der Schwergewichtstitel wieder in einer Faust liegen wird. Ein Unternehmen, das dem Boxsport wohl helfen würde, wieder etwas attraktiver zu werden.

Frank Bruno, mit 103 Kilo sechs Pfund leichter als der etwas übergewichtige und nicht austrainierte Titelverteidiger, schien es in der Hand zu haben, den Titel zurück nach Europa zu holen. Der Kampf begann langsam, der Engländer nagelte den Titelverteidiger in der vierten Runde an den Seilen fest und brachte ihn wiederholt mit schnellen rechten Geraden in Schwierigkeiten. Witherspoon aber, der noch nie in seiner Karriere am Boden gewesen war, widerstand. Nachdem sich bei ihm in der siebten Runde eine Schwellung unter dem Auge gebildet hatte, begann Bruno in der achten Runde aus der Nase zu bluten.

Auch in der neunten und zehnten Runde schien der Kampf noch vollkommen offen zu sein. In der elften Runde jedoch gelang es dem Amerikaner, seinen Gegner an den Seilen zu stellen, einem linken Schwinger, der Bruno bereits fast verteidigungsunfähig machte, folgten drei harte Rechte gegen das ungeschützte Kinn. Aus der Ecke des Herausforderers flog das Handtuch in den Ring als Zeichen der Aufgabe. Schlußwort des Siegers: „Frank war groß, aber ich war größer."

Und er lobte besonders die Kampfmoral des Herausforderers: „Keiner meiner Gegner in nunmehr 27 Kämpfen hat mich vorher öfter und härter getroffen als er. Selbst Larry Holmes nicht. Frank Bruno hat eine neue WM-Chance in den USA verdient."

(dpa/sid)

LEICHTATHLETIK / Junioren-WM und Mehrkampf-Meisterschaften

„Erhebliche Mängel", aber auch Hoffnungen

dpa/sid, Athen

Die Situation der deutschen Leichtathletik ist gewiß nicht rosig. Doch die Zukunft muß nicht so düster sein, wie es die Medaillen-Ausbeute vor den letzten Entscheidungen der Junioren-WM in Athen erwarten läßt. „Je einmal Gold, Silber und Bronze vor dem Schlußtag, das ist nicht viel. Aber 22 Endkampf-Teilnahmen in bisher 29 Finals stimmen recht zuversichtlich", meinte jedenfalls Nachwuchs-Bundestrainer Wolfram Ruth in seinem ersten Fazit.

Hinter den Medaillen-Gewinnern Dietmar Haaf (Sieger im Weitsprung), Stefanie Storp (Zweite im Kugelstoßen) und Edgar Itt (Dritter über 400 Meter) stehen weitere Hoffnungen: Die Berliner Matthias Schlicht (100 Meter) und Karsten Köhrbrück (400 Meter Hürden) und Zehnkämpfer Stefan Haigis (Bad Sooden-Allendorf) verfehlten als Vierte nur knapp einen Medaillen-Rang. Auch bei den Mädchen gibt es gute Ansätze. Besonders Claudia Lepping (Marl) als Fünfte über 100 Meter, Ina Corde (Uerdingen) als 200-Meter-Sechste, Hürden-Sprinterin Birgit Wolf (Sindelfingen) auf Rang vier erfüllten die Erwartungen.

Und doch habe sich wieder bestätigt, resümierte Sportwart Otto Klappert, „daß wir erhebliche Mängel haben. Die können wir nur über eine bessere Talentsichtung abstellen." Und Wolfram Ruth ergänzte: „Auch über unsere Trainer müssen wir uns Gedanken machen. Im Nachwuchsbereich werden Fehler gemacht. Da fehlt es an der Koordination untereinander."

Aber nicht nur beim Deutschen Leichtathletik-Verband wird über Verbesserungen nachgedacht. Auch die großen Drei der Leichtathletik, die USA, die UdSSR und die „DDR" hatten in Athen ihre Sorgen. Aus der amerikanischen Mannschaft setzten sich nur die beiden Sprinter Derrick Florence und Stanley Kerr durch. Die einst in der Frauen-Leichtathletik führende UdSSR wartete vier Tage lang auf einen Sieg bei den Juniorinnen. Die „DDR" dominierte bei den Juniorinnen, beim männlichen Nachwuchs aber erzielte sie nur eine spärliche Ausbeute. „Gerade hier liegt noch eine Menge Arbeit vor uns", sagte Mannschaftschef Klaus Schönberger.

Beim gleichzeitig stattfindenden internationalen Leichtathletik-Meeting in Birmingham wurden eine Reihe herausragender Leistungen erzielt. Über 400 Meter Hürden glänzte der 30 Jahre alte Olympiasieger Edwin Moses (USA) in 48,21 Sekunden. Sein drittes Rennen nach einjähriger Pause – doch er denkt schon wieder an Weltrekord: „Ich glaube, ich kann meine 47,02 Sekunden dieses Jahr verbessern." An gleicher Stelle unterstrich der Kanadier Ben Johnson mit 10,06 Sekunden über 100 Meter, daß er zur Zeit der weltbeste Sprinter ist. Wie bei seinem 9,95-Sekunden-Rennen in Moskau bezwang Johnson den am Ende noch stark aufkommenden Nigerianer Chidi Imoh (10,12). Weltrekordler Calvin Smith (USA) belegte in 10,38 Sekunden Rang vier. Bei den Frauen dominierte Olympiasiegerin Evelyn Ashford (USA) in 11,09 Sekunden.

Das Speerwerfen der Frauen gewann die Engländerin Fatima Whitbread mit 69,42 Meter. Jamaikas wiedererstarkter Weltmeister über 400 Meter, Bert Cameron, siegte in 45,27 Sekunden. Steve Cram, 1500-Meter-Weltmeister aus England, lief die 800 Meter in 1:45,06 Minuten, und dem nun in Hannover lebenden Wladislaw Kozakiewicz genügten im Stabhochsprung 5,54 Meter zum Sieg.

Sabine Everts: Saisonschluß nach neuer Verletzung

sid/dpa, Hannover

Nur Sekunden währte die Hoffnung der Olympiadritten Sabine Everts. Als sie bei den deutschen Mehrkampf-Meisterschaften der Leichtathleten in Hannover ihre letzte Qualifikations-Chance für die EM in Stuttgart wahrnehmen wollte, war bereits am ersten Hindernis des 100-Meter-Hürdenlaufs der Wettkampf für sie beendet. Eine nicht ausgeheilte Zerrung zwang die 25jährige aus Uerdingen zur Aufgabe.

Das Ende einer verkorksten Saison. Seit fünf Monaten laborierte Sabine Everts ständig an Verletzungen, hatte Schwierigkeiten mit dem Ischiasnerv. „Ich breche die Saison jetzt ab und nehme im WM-Jahr 1987 einen neuen Anlauf", sagte sie. Da auch Sabine Braun aus Leverkusen, die für die EM schon nominiert ist, wegen einer Fußverletzung fehlte, schien nach dem ersten Wettkampftag der Weg zum Titel frei für die 26 Jahre alte Birgit Dressel aus Mainz. Sie beeindruckte mit 13,66 Sekunden über 100 Meter Hürden, 13,84 Meter im Kugelstoßen, 24,85 Sekunden über 200 Meter und 1,90 Meter im Hochsprung, womit sie die DLV-Jahresbestleistung einstellte.

Beim Zehnkampf der Männer war schon seit Wochen klar, daß die Mainzer Siegfried Wentz und Guido Kratschmer sowie Jürgen Hingsen aus Uerdingen nicht starten würden. Sie stehen nach ihren Resultaten im Bereich von 8500 Punkten für Stuttgart so gut wie fest. So steuerte in Abwesenheit der Elite der Paderborner Jens Schulze den Titel an. Nach sieben Disziplinen lag der 30jährige mit 5874 Punkten überraschend vor dem Ingolstädter Michael Neugebauer (5705), der nach seiner Steigerung auf 8112 Punkte als Favorit galt. Bei Redaktionsschluß dauerten die Wettkämpfe noch an.

ZAHLEN · · · ZAHLEN · · · ZAHLEN

REITEN

Derby in Hamburg, Großer Dressur-Preis: 1. Rehbein Robby 1639 Punkte, 2. Münstermann Monticello 1613, 3. Eigner (alle Deutschland) Commodore 1595. – Internationales Amazonen-Springen: 1. Greenwood (Großbritannien) mit Sky Fly 0 Fehler / 41,47 Sek., 2. Dahlgren (Schweden) mit Ryans Flight 0/42,14, 3. Lausen mit Leopard 0/48,44, 4. Schockemöhle (beide Deutschland) mit Wismar 0/50,66.

GALOPP

Rennen in Mülheim-Ruhr: 1. Rennen: Majorität (Alafi) vor Clarissa und Step Dancer, Toto: 88/26, 17, 17, ZW: 404, DW: 1 792, 2. R.: Nightrockette (Frl. Faulstich) vor Timarete und Noble Lady, Toto: 40/20, 26, 21, ZW: 460, DW: 1 904, 3. R.: Don Felipe (Am. Frl. Zimmer) vor Aratan und Dollar Star, Toto: 80/11, 10, 11, ZW: 148, DW: 704, 4. R: Classic Season (Ilic) vor Axios und Derby Star, Toto: 200/34, 22, 30, ZW: 508, DW: 9 012, 5. R: Lipara (Alafi) vor Fagundo und Spring Blew, Toto: 20/12, 26, 16, ZW: 160, DW: 432, 6. R: Lafayette (Alafi) vor Quasar und Dornblüte, Toto: 20/15, 22, 20, ZW: 328, DW: 2 908, 7. R: Thursday (Tylicki) vor Lightning Spark und Oscanrina, Toto: 208/70, 54, 38, ZW: 4 072, DW: 176 180.

BASKETBALL

WM der Herren in Spanien, Finalrunde in Madrid, Spiel um Platz drei: Jugoslawien – Brasilien 117:91, um Platz 5: Griechenland – Argentinien 102:88, um Platz 7: China–Kuba 93:78, um Platz 9: Israel – Italien 78:100, um Platz elf: Kuba – Argentinien 85:81.

TENNIS

Daviscup-Viertelfinale: In Mexico City: Mexiko – USA 1:2, Perez Pascal/Lozano – Flach/Seguso 7:5, 3:6, 3:6, 4:6. In Bastad: Schweden – Italien 3:0, Wilander/Nyström – Cane/Panatta 6:4, 7:5, 6:2. – In Sarajevo: Jugoslawien – CSSR 0:3, Zivojinovic/Flego – Mecir/Smid 3:6, 2:6, 4:6. – In Wimbledon: England – Australien 0:3, Bates/Dowdeswell – Cash/Fitzgerald 1:6, 5:7, 4:6. **Daviscup Asien-Gruppe,** Halbfinale: Südkorea – Thailand 3:0. – **Daviscup Europazone A,** Halbfinale: Frankreich – Bulgarien 3:0 in Moliets. – **Internationales Turnier in Newport (150 000 Dollar):** Damen: Halbfinale: Shriver – White 6:1, 6:3, McNeil – MacGregor (alle USA) 6:2, 6:2. – **Grand-Prix-Masterstunier in Münster:** Herren Einzel, Halbfinale: Werner (Deutschland) – Vojtisek (CSSR) 6:1, 6:3, Meinecke – Leppen (beide Deutschland) 6:3, 7:5. **Turnier in Bregenz (50 000) Dollar):** Damen-Einzel, Viertelfinale: Perez-Roldan (Argentinien) – Cueto (Deutschland) 7:5, 6:4. – **Travemünder Tennisturnier (25 000 Dollar),** Herren-Einzel, Halbfinale: Limberger (Australien) – Hogstedt (Schweden) kampflos für Limberger, Stepanek (Deutschland) – Cierro (Italien) 3:6, 7:5, 6:2.

FUSSBALL

Intertoto-Runde, 6. und letzter Spieltag, Gruppe 1: NEC Nijmegen – Fortuna Düsseldorf 4:3, FC Lüttich – MTK/VM Budapest 3:0, Gruppe 2 in Moudon: Lausanne Sports – Bayer Uerdingen 2:0, 1. FC Union Berlin – Standard Lüttich 4:1, Gruppe 3: Malmö FF – Gornik Zabrze 3:1, Videoton Szekesvehervar – Rosenberg Trondheim 1:1, Gruppe 4: Kalmar FF – Witoscha Sofia 5:4, Lillestroem SK – FC Rot-Weiß Erfurt 0:1. – Legia Warschau – Hannover 96 1:0, Young Boys Bern – Sigma Olmütz 2:1. – Gruppe 6: Admira Wacker Wien – AGF Aarhus 0:2. – Gruppe 7: Bröndby IF – FC St. Gallen 3:0, Widzew Lodz – 1. FC Magdeburg 3:0. – Gruppe 8: Grazer AK – Lyngby BK 0:1. – Gruppe 9: Linzer ASK – Odense BK 2:1, Lech Posten – Siofoki Banyasz SE 4:1. – Gruppe 10: FC Zürich – IFK Göteborg 2:3. – Gruppe 11: Sturm Graz – FC Luzern 3:2, Ferencvaros Budapest – Slavia Prag 0:1. – Gruppe 12 Oergryte IS – 1. FC Saarbrücken 3:1. – **Freundschaftsspiele:** Stuttgarter Kickers – Hamburger SV 3:2, Hessen Kassel – Werder Bremen 3:5, VfR Aalen – VfB Stuttgart 2:6, FV Bad Vilbel – Hamburger SV 2:9, Viktoria Aschaffenburg – Dukla Prag 1:0, VfB Langenfeld – TSV Bayer 04 Leverkusen 1:4, MSV Duisburg – Alemannia Aachen 0:3, FC Erbach – SV Waldhof Mannheim 0:4.

HOCKEY

Länderspiel der Damen: Niederlande – Deutschland 3:0.

LEICHTATHLETIK

Internationales Meeting in Birmingham: Männer: 100 m: 1. Johnson (Kanada) 10,06 Sek., 2. Imoh (Nigeria) 10,12. – 200 m: 1. Evans (USA) 20,68. – Meile: 1. Rowland (USA) 3:56,44. – Stabhochsprung: 1. Kozakiewicz (Deutschland) 5,54 m. – 400 m: 1. Cameron (Jamaika) 45,67 Sek., 800 m: 1. Cram (England) 1:45,06 Min., 400 m Hürden: 1. Moses (USA) 48,21 Sek. – Frauen: 100 m: 1. Ashford 11,09 Sek., 2. Brown (beide USA) 11,14, Speerwurf: 1. Whitbread (England) 69,42 m. – **Erste Junioren-Weltmeisterschaft in Athen,** Junioren: 400 m: 1. Murphy (Australien) 45,64 Sek, 2. Hernandez (Kuba) 45,64, 3. Itt (Deutschland) 45,72 (Deutscher Juniorenrekord). – 800 m: 1. Sharp (Großbritannien) 1:48,32 Min. – 400 m Hürden: 1. Valle (Kuba) 50,02 Sek, 2. Kakimori (Japan) 50,09, 3. Maran (Frankreich) 50,39, 4. Köhrbrück (Deutschland) 50,58. – Weitsprung: 1. Haaf (Deutschland) 7,93 m, 2. Krsek (CSSR) 7,87, 3. Wolf („DDR") 7,77. – Speerwerfen: 1. Sasimowitsch (UdSSR) 78,84 m. – 200 m: Kerr 20,74 Sek., 2. Florenze (beide USA) 21,12. – 5000 m: 1. Chumba (Kenia) 13:55,25, 2. Gomez (Spanien) 13:55,94, 3. Feyessa (Äthiopien) 13:56,45 ... 18. Blum (Deutschland) 14:34,50. – 110 m Hürden: 1. Jackson (Großbritannien) 13,44 Sek. (Junioren-Europarekord). – Hammerwerfen: 1. Alissewitsch 72,00 m, 2. Gubkin (beide UdSSR) 71,78. **Juniorinnen:** 3000 m: 1. Palacian (Rumänien) 9:02,91 Min., 2. Mason (Großbritannien) 9:03,35 ... 7. Lorch 9:17,77, 12. Breitenbach (veide Deutschland) 9:30,42. – Weitsprung: 1. Bille („DDR") 6,70 m. – Siebenkampf: 1. Dimitrova (Bulgarien) 6041 Punkte (100 m Hürden: 13,85 – Hoch: 1,88 – Kugel: 10,12 – 200 m: 24,32 – Weit: 6,26 – Speer: 37,16 – 800 m: 2:12,29), 2. Scherbina (UdSSR) 5953 ... 6. Reinhardt 5457 (14,20 – 1,64 – 12,10 – 26,03 – 5,86 – 41,38 – 2:24,79), 8. Tornow (beide Deutschland) 5408 (14,03 – 1,64 – 13,34 – 25,12 – 5,40 – 38,18 – 2:27,73).

WASSERSRPINGEN

Deutsche Meisterschaften in Monheim: Kunstspringen, Drei-Meter-Brett, Männer: 1. Killat (SV 99 München) 663,06 Punkte, 2. Meyer (SV Neptum Aachen) 635,43, 3. Strasek (SV Neptun Aachen) 556,71. – Turmspringen, Frauen: 1. Kühn 402,54, 2. Finke 374,88, 3. Heinrichs 371,52.

RADSPORT

3. Tour de France für Frauen, 8. Etappe, Einzelzeitfahren Veynes-Gap (29 km): 1. Longo (Frankreich) 38:04,6 Min. (45,7 km/std.), 2. Thompson (USA) 0:04 Minuten zurück, 3. Simonnet (Frankreich) 0:36, 4. Canins (Italien) 0:49, ... Schumacher 1:14, 11. Varenkamp 2:32, 47. Förstl (alle Deutschland) 4:52. – Gesamtwertung: 1. Canins 15:21:35 Stunden, 2. Thompson 2:38, 3. Longo 5:35, 4. Simonnet 8:39, ... 6. Schumacher 10:36, 23. Varenkamp 17:56, 45. Förstl 28:52. – **Deutsche Bahn-Meisterschaften in Ludwigshafen,** Sprint der Damen: 1. Altweck (München) 2:1 Laufsiegerin gegen Dorausch (SBerlin). – 4000 m-Mannschaftsverfolgung, Finale: 1. BRC Berlin I 4:30,54 Min., 2. RSG Böblingen/Feuerbach 4:32,16. – 4000 m Einerverfolgung: 1. Günther 4:49,74 Min., 2. Hillenbrand 4:54,90, 3. Müller 4:55,60 (alle Berlin. – Damen, 3000 m Verfolgung: 1. Enzenauer (Ludwigshafen) 4:06,27, 2. Stegherr (Solingen) 4:12,27, 3. Egner (Wiesbaden) 4:11,67. – 2000 m-Einerverfolgung: 1. Mattwew (Oderbruch) 2:47,45, 2. Dorausch (Berlin) 2:52,82, 3. Wasmuth (Köln) 2:49,58. – Herren, Tandem: 1. Weber/Greil (Köln) 2:1 Laufsieger, 2. Reimann/Zimmermann (Berlin). – **Deutsche Meisterschaft 50-km-Einzelzeitfahren** in Stuttgart: 1. Bölts (Dortmund) 1:06:22,2 Stunden (44,8 km/std.), 2. Freienstein (Nürnberg) 1:07:12,9, 3. Schenk (Dortmund) 1:07:15,0.

VOLLEYBALL

„Goodwill Games" in Moskau, Herren: um Platz 3: Japan – Frankreich 3:1, Finale: UdSSR – USA 3:2.

HANDBALL

„Goodwill-Games" in Moskau, **Männer,** 5. und letzter Spieltag: UdSSR – Polen 26:18, UdSSR II – USA 27:22, CSSR – Island 20:19. – Abschlußtabelle: 1. UdSSR 10:0 Pkt., 2. UdSSR II 7:3, 3. USA 4:6. – **Frauen,** 5. und letzter Spieltag: Deutschland – USA 19:13, Dänemark – Japan 25:19, UdSSR – Ungarn 26:15. – Abschlußtabelle: 1. UdSSR 10:0 Pkt., 2. Deutschland 8:2.

KUNDSTTURNEN

„Goodwill Games" in Moskau: Mehrkampf, Turnerinnen-Einzelwertung: 1. Kolesnikowa 78,55 Punkte, 2. Schuschunowa 78,40, 3. Omaljantschik (alle UdSSR) 78,10, 4. Potorac (Rumänien) 77,00, 5. Fang (China) 76,70. – Mannschafts-Mehrkampf der Turnerinnen: 1. UdSSR 196,100 Punkte, 2. Bulgarien 190,600, 3. China 190,250.

MOTORSPORT

Großer Motorrad-Preis von Frankreich in Le Castellet, Klasse bis 125 ccm (16 Runden = 92,8 km): 1. Cadalora Garelli 36:08,81 Min (154,304 km/std.) (Rundenrekord 2:13,35 Min = 158,85 km/std), 2. Gresini (beide Italien) Garelli 36:09,81, 3. Auinger (Österreich) MBA 36:10,24. – WM-Stand nach 7 von 11 Läufen: 1. Cadalora 76 Punkte, 2. Gresini 74, 3. Brigaglia und Gianola (alle Italien) 47.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 6, 18, 28, 29, 45, Zusatzzahl: 5. – **„Spiel 77":** 2, 0, 3, 4, 4, 7, 9. (ohne Gewähr).

Im Urlaub: Auf diesen Wellen klingt es deutsch

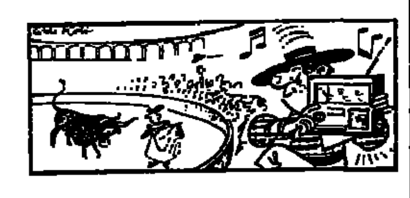
In Spanien, Portugal, und Nord-West-Afrika:

Sender der Heimat:

Mittelwelle: Deutsche Welle (Sender Malta): 1557 kHz = 192 m (14 bis 20 Uhr). Europawelle Saar: 1422 kHz = 211 m. BR: 801 kHz = 374 m. SWF 1: 1017 kHz = 295 m. SDR: 576 kHz = 520 m. HR: 594 kHz = 505 m. Deutschlandfunk: 1539 kHz = 194 m (19.30 bis 23 Uhr in Fremdsprachen).

Langwelle: Deutschlandfunk: 153 kHz = 1960 m. DLF auch: 209 kHz = 1435 m (tagsüber).

Kurzwelle: Deutsche Welle: 6075 kHz im 49-m-Band (Schaltpause 7.47 bis 8 Uhr). DW auch: 9545 kHz im



31-m-Band (8 bis 21.55 Uhr) und 3995 kHz im 75-m-Band (22 bis 7.47 Uhr). RIAS: 6005 kHz im 49-m-Band. BR: 6085 kHz im 49-m-Band (19.10 Uhr Telegramm für Touristen). Südfunk: 6030 kHz im 49-m-Band. SWF 3: 7265 kHz im 41-m-Band.

Sender der Gastländer in Deutsch:

Spanien: Radio Aleman Ulldecona: UKW 95.0 MHz (montags bis samstags 13.30 bis 14.30, sonntags bis 15 Uhr) für Costa Dorada und Costa Azahar. Radio Antena Aleman Mallorca: UKW 103.2 MHz (montags bis samstags 18 bis 20 Uhr). Radio Balear Internacional Balearen: UKW 88.8 MHz (montags bis samstags 8 bis 10 Uhr). Kanarischer Touristenfunk Las Palmas: UKW 88.6 MHz und MW 1215 kHz (werktags 8.21 Uhr). Radio Canaria Sur Gran Canaria: UKW 89.2 MHz (9.30 bis 10 und 19.30 bis 20 Uhr). Radio Maspalomas Gran Canaria: UKW 95.2 MHz (9 und 20 Uhr). Radio Tourist Lanzarote: 90.7 MHz (9.10 bis 10.40 und 18.05 bis 19.05 Uhr).

Portugal: Radio Tourista über Estacao Radio Madeira: MW 1485 kHz = 202 m (montags bis freitags 10 bis 10.30 Uhr). Tourist Radio Lagoa: 99.95 MHz (21 bis 22 Uhr, samstags 20 bis 22 Uhr gemsicht deutsch-portugiesisch).

Zeiten in MESZ. Generell gilt: Empfang auf MW meist nur bei Dunkelheit; auf KW guter Empfang tagsüber. (MW = Mittelwelle, KW = Kurzwelle, LW = Langwelle) H.J.

*

Nachtrag zu **Nord- und Ostsee:** Der Deutschlandfunk sagt, daß er auf diesen Wellen zu hören ist: MW 549, 756, 1269 und 1539 kHz (tagsüber in Deutsch). LW 153 und 209 kHz (letztere tagsüber).

ENDE

Mitbestimmungsdurstige Programmgestalter wollen Scharmützel riskieren

Der WDR und das Loewe-Syndrom

In „Blacky" Fuchsbergers Prominententreff sorgte sich der Mann um die aktionistisch agierenden Politiker: „Ich kann sie nur bedauern." Das war 1982. Inzwischen zeigt sich bei Friedrich Nowottny so etwas wie ein Anflug von Selbstmitleid. Der WDR-Intendant, in seiner Zeit als Studiochef in der Bundeshauptstadt und „Bericht aus Bonn"-Alleinunterhalter für manchen flotten, gelegentlich auch platten Spruch gut, kommt schon mal ins Grübeln. „Ich muß irgendetwas falsch machen. Ich komme eigentlich zu nichts mehr, was man als besonders angenehm empfinden könnte. Das ist ein bißchen zu wenig als Lebensqualität", zitierten ihn Regionalgazetten.

Der erste Mann am Kölner Appellhofplatz bekommt zur Zeit die Nachwirkungen der Berliner Loewe-Affäre zu spüren. Die kriegsstarken Kompanien von mitbestimmungsdurstigen Programmgestaltern, die nach ihrem Sieg über Loewe und die CDU lautstark triumphieren, möchten auch gerne im WDR ein Scharmützel riskieren. Da ist die Sache mit Nowottnys Selbsteinstufung. Der kraft Amtes zur Bildschirmabstinenz verdonnerte Intendant versteht sich als „Oberredakteur", worin ihm Gesetz und Praxis durchaus Recht geben. Aber die Mannschaft hört das nicht gerne, wie das empörte Murren in der Redakteursversammlung zeigt. Der Chef selber gibt in der Hauszeitschrift „WDR-print" einen Hinweis auf die Stimmungslage: „Wenn die Anforderung von Manuskripten schon als die Aktion eines Oberredakteurs betrachtet wird, dann betrachte ich mich als solchen." Die Truppe war es bislang nicht gewöhnt, daß sich jemand aus der Spitze um Beiträge kümmerte.

Die „Monitor"-Redaktion um Klaus Bednarz ist die Speerspitze eines auf Mission, nicht auf Information angelegten Magazin-Journalismus. Im Hause WDR gilt es als offenes Geheimnis, daß Nowottny Bednarz auf einen Auslandsposten im Ostblock wegloben möchte. Denn Nowottny möchte „kein Programm vertreten, von dem ich fest überzeugt bin, daß es durch den Programmauftrag nicht gedeckt ist". Dem Münchner „medien-telegramm" gab der WDR-Chef jüngst zu Protokoll: „Ich rate allen davon ab, zu versuchen, als Journalist Richter und Staatsanwalt in einer Person zu sein. Wer immer unter diesem Rezept antritt, ist zum Scheitern verurteilt. Wir müssen darauf achten, daß wir im Streit der Parteien nicht selbst zur Partei werden." Auch dieser Satz wurde in Richtung der linken Meinungsmafia im eigenen Hause gesprochen: „Ich reagiere ganz allergisch, wenn die Menschenwürde eines einzelnen im Programm zur Disposition gestellt wird, ... und ich bin ganz allergisch, wenn es um Verharmlosung von Gewalt geht, denn so hat schon mal alles angefangen im Deutschen Reich."

Fegt der frische Wind, der von den privaten Programmen kommt, auch durch die Chefetagen des WDR? TV-Chefredakteur Rolf Schmidt-Holtz, von Nowottny auf den Sessel gehievt, greift das Wort von RIAS-Chef Peter Schiwy auf: „Mein Programmdirektor ist der Zuschauer." Schmidt-Holtz hält „vom Informationsangebot mehr als von einer Form des Überzeugungsversuchs um jeden Preis. Der Zuschauer ist klug genug, zu sehen, was er von dieser Information zu halten hat und wie sie zu bewerten ist" (im „medien-telegramm").

GERNOT FACIUS

KRITIK

Glückwunsch aus Arglosigkeit

Die Arglosigkeit, mit der Fernsehredaktionen dazu neigen, Partei in Konflikten zu ergreifen, über die sachlich zu berichten sie verpflichtet sind, ist erstaunlich. Das jüngste Beispiel lieferte das Regionalprogramm **Hier und Heute** (WDR I) Freitagabend. Fröhlich wurde aus Münster berichtet, die „jungen Aufbauhelfer", die nach Darstellung des US-Außenministeriums mit sowjetischen Maschinenwaffen in der Hand in Nicaragua von den Rebellen gefangen genommen wurden, würden jetzt an ihre Wirkungsstätte zurückgehen. Zwei von ihnen würden sich einer anderen „Brigade" anschließen. Kein Wort darüber, daß die Jugendlichen – verführt oder aus eigenem Entschluß – Front in einem Bürgerkrieg bezogen haben.

Die Bezeichnungen „Aufbauhelfer" und „Brigade" – kennzeichnend für Sprachverwirrung und Benutzung marxistisch-leninistischer Terminologie – machte die WDR-Reporterin sich zu eigen. Zum Schluß wünschte die ebenso arglose Moderatorin den Mitkämpfern eines totalitären Regimes noch „viel Glück".

CAY GRAF BROCKDORFF

Goodwill-Tour im Norden

Irgendwie waren sie alle auf Goodwill-Tour – auf der Psycho-Couch bei Lea Rosh und Dagobert Lindlau in **III nach neun** (ARD-Nordkette), der Talkshow aus Bremen. Trotzdem: Die Mischung, zumal für eine Sommerloch-Sendung, war hochinteressant. Bruder Johannes Rau zeigte sich den Nordlichtern als schlagfertiger und selbstsicherer Stimmenfänger. Botschafter a.D. Gerhard Fischer wird auch ohne die eingeblendete Kontonummer so manche Mark für seine Lepra-Station in Süd-Indien locker gemacht haben. Michael Ende und reizvolle Ausschnitte aus der Kultbuch-Verfilmung „Momo" luden zu einem Kino-Besuch ein.

Nach so viel flockiger Promotion wurde es gegen Ende politisch bierernst: Der von seiner Partei geschaßte SPD-Abweichler Martin Kriele, der Historiker Jürgen Aretz und die „Propagandatrompete der Sandinisten" Henning Scherf, sonst Sozialsenator in Bremen, diskutierten über Nicaragua – allerdings derart verbissen und persönlich, daß wohl nur der Sendeschluß kurz nach Mitternacht weitere Entgleisungen verhinderte.

THOMAS LINKE

Fernsehkrieg in Frankreich

Die Formen des Umgangs zwischen Politikern waren in Frankreich bisher bestimmt durch Höflichkeit und Anstand. Wenn sie schließlich nicht mehr miteinander sprachen, wechselten sie formvollendete Briefe, die später in ihre Memoiren eingingen. Dies scheint nun anders geworden: Der Staatspräsident und sein Premier verkehren nur noch übers Fernsehen miteinander. Das Volk wird Zeuge ihrer gescheiterten Bemühungen, seinen Willen zu erfüllen.

Daß Mitterrand eine Verordnung Chiracs nicht unterzeichnen will, teilte der Präsident nicht dem Regierungschef beim institutionalisierten wöchentlichen Tête-à-tête mit, sondern der Nation am Nationalfeiertag während eines Fernsehplauschs mit Frankreichs beliebtestem Polit-Unterhalter Yves Mourousi. Chirac antwortete nicht postwendend oder griff zum Telefon, sondern bemühte seinerseits das staatliche Fernsehen. Das Zusammenleben zwischen sozialistischem Präsidenten und konservativem Regierungschef ist zum Fernsehkrieg pervertiert. Gewinnen kann dabei nur das Fernsehen, nicht der politische Stil. schw.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Tips für den Alltag
Touristik-Informationen
10.00 Tagesschau
10.05 Die Frauen des 20. Juli
11.05 Venus der Piraten
12.15 Weltspiegel
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.20 Klamottenkiste
14.35 Unsere kleine Farm
15.20 Tagesschau
15.30 Lotto-Glück
Film von Clemens Frohmann
16.45 Eine Handvoll Geld
4. Jacks Rache
17.15 Sport extra
Tour de France
18. Etappe: Briancon–Alpes d'Huez
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 „... und das Leben geht weiter"
5. Folge des Films von Dino Risi
21.15 Alltag in Asien
Flugzeuge aus Brandung
Film von Winfried Scharlau
21.45 Valentinaden
Vorstadt-Humoresken
22.30 Tagesthemen
23.00 Bis aufs Blut
Mexikanischer Spielfilm (1976)
Regie: Jesus Salvador Trevino
(Deutsche Erstaufführung)
Im mexikanisch-kalifornischen Grenzgebiet versuchen politisch-engagierte junge Leute, bessere Lebensbedingungen für die Arbeiter des Landes zu schaffen. Dabei geraten sie in heftige Auseinandersetzungen mit denjenigen, die von der Notlage weiter Bevölkerungskreise profitieren.
0.35 Tagesschau
0.40 Nachtgedanken

ZDF

15.00 heute
15.05 Lassies neue Freunde
15.35 Ferienkalender
Gast: die Gruppe Relax
16.05 So ein Tierleben
Mit Klaus Havenstein
16.30 Hilfe, wir werden erwachsen
Väter gegen Söhne
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Agentin mit Herz
19.00 heute
19.30 Betrogene Liebe
Film von Diethard Klante
Mit Rosel Zech
21.00 Der Feuersalamander
Tierporträt von H.-J. Zimmermann
21.15 WISO
Wirtschaftsmagazin
Themen: „Er kümmert sich um jeden Dreck" – zur Person Claus Wisser. Ärger mit der Wertstellung – Banken bringt Bummeln Gewinn. Deutsche Unternehmen in Südafrika – Qualifikation statt Hautfarbe. Lichtwellenleiter – Kilometer, in Gramm gewogen. Wiso-Tip: Fernunterricht
21.45 heute-journal
22.10 § 218 – Der ungeliebte Kompromiß
Zehn Jahre nach der Reform
22.55 Sinfonie in D
Komisches Ballett
Von Jirí Kylian
Musik: Joseph Haydn
23.25 Apropos Film
0.10 heute



15.00 Es war einmal
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche Musikbox
17.00 Raumschiff Enterprise
Seit es Menschen gibt
Anschließend: Das Geheimnis der blauen Tropfen
18.00 Von Cowboys, Sheriffs und Banditen
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF-blick
18.45 Der Chef
Tod auf Kredit
Anschließend: Videothek
19.45 Affäre Nabob
Deutsch-franz. Kriminalfilm (1960)
21.30 APF-blick
22.15 WM – Wirtschaftsmagazin
Themen: Zinsen – Wie reagiert die Börse? Wettbewerb – Neue Waffen für das Kartellamt
22.45 Juxbox Extra
23.00 Matt Houston
Die Frau in Weiß
Anschließend: APF-blick



19.00 Hobbythek
Alles Käse
19.45 Hart trainiert und doch verloren?
20.00 Tagesschau
20.15 Jede Woche hat nur einen Sonntag
Man muß was tun
21.05 Umbruch
Fernsehspiel
Mit René Deltgen, Krista Keller
Schauplatz ist das Milieu einer großen Zeitung in New York.
22.30 Ich stelle mich
Bernhard Paul, Gründer und Direktor des Circus Roncalli
Moderator: Claus Hinrich Casdorff
Anschließend: Nachrichten

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Lindenstraße (35)
Gift
20.45 Geboren in Boppard: Michael Thonet
21.30 Rheuma – eine alte Plage der Menschheit
22.00 Tatort
Kressin und der Laster nach Lüttich
Kriminalfilm von Wolfgang Menge

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Musikinstrumente
19.00 Autokauf
19.15 Schicksal, das aus Genen kommt
20.00 Tagesschau
20.15 Unterm Funkturm
Zu Gast bei Wolf Hanke, Korrespondent in Madrid: Professor Lopez Pina, Enrique Baron, Freiherr Marshall von Bieberstein, Wolfgang Luitjens
21.15 Chic
22.00 Das internationale TV-Kochbuch
22.15 Malombra
Italienischer Spielfilm (1942)
Regie: Mario Soldati
(Deutsche Erstaufführung)
Conte d'Ormengo nimmt seine 30jährige Nichte Marina di Malombra in seinen einsamen Palazzo auf. Nach dem bisher leichtsinnigen Leben Marinas stellt er eine Bedingung: Nur als verheiratete Frau darf sie den Palazzo wieder verlassen.
0.25 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Programmvorschau
18.32 Fame (7)
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST

16.00 Totò, Fabrizi und die Jugend von heute
Italienischer Spielfilm (1960)
Mit Christine Kaufmann
Regie: Mario Mattoli
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.35 Fury
19.00 Abendschau
19.26 Sandmännchen
19.30 Teen-Magazin (5)
20.15 Die Erde lebt
21.00 9 aktuell
21.15 Reaktorsicherheit
Reportage von Friedrich Merz und Wolfgang Schnur
21.45 Geheimagenten
Fernsehfilm von Eberhard Fechner
22.40 Jazz am Montag abend
23.45 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Wetterstreß
21.30 Rundschau
21.45 Blickpunkt Sport
22.45 Z. E. N.
22.50 Magnum
23.35 Schwarze Rhythmen
0.35 Rundschau

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Die Betonburg
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Wenn die Igel in der Abendstunde
20.15 Sport-Zeit
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Fluch des schwarzen Rubins
Deutsch-italien. Spielfilm (1965)
23.20 Kennwort: Kino
23.30 Nachrichten



18.15 Augenclip
18.15 Regional 7
18.35 Hallo RTL
18.53 7 vor 7
19.22 Karichen
19.30 Das Tal der Pappeln
19.55 Mini-Max
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Drei Teufelskerle machen alles wieder
Italienischer Spielfilm (1981)
22.00 RTL-Spiel
22.05 Popeye
22.10 Wie geht's?
Wunderwaffe Sauerstoff – Hoffnung für Krebskranke
22.30 Geheimauftrag für John Drake
22.50 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die De-facto-Flüchtlinge

„Asylrecht: Städte rufen Bonn zu Hilfe"; WELT vom 15. Juli

Nicht die anerkannten Asylberechtigten sind das Problem, sondern die sogenannten De-facto-Flüchtlinge als die Zahl derer, die ohne triftige Gründe an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland Asyl begehren und damit im Bundesgebiet eine Aufenthaltsgestattung erwirken und unser Rechtsschutzsystem in Anspruch nehmen. Dieses ist rechtlich so vorgegeben und von Verfassung wegen so kompliziert, daß bis zum rechtskräftigen Abschluß eines Asylverfahrens eine solche Frist verstrichen ist, nach deren Ablauf die Bewerber weder in Drittländer, aus denen sie ins Bundesgebiet kamen, zurückgeschoben noch in ihr Heimatland abgeschoben werden können, weil zum Beispiel von der Rechtsprechung weitgespannte humanitäre Gründe entgegenstehen.

Ein weiteres, zunehmend an Bedeutung gewinnendes Abschiebungshindernis ergibt sich auch aus der Praxis der Bewerber, ihre Paß- und Ausweispapiere zu vernichten, auf Grund dessen die Heimatstaaten sich häufig weigern, die Flüchtlinge zurückzunehmen: Am 28. Juni 1986 reisten zum Beispiel in Helmstedt 18 Libanesen einer Großfamilie ein, die Asyl beantragten, ohne Asylgründe zu nennen und angaben, die Pässe vernichtet zu haben, um eine Zurückweisung deutscher Behörden auszuschließen, ein Trick, dessen sich zunehmend auch andere Völkergruppen bedienen. Die circa 250 000 De-facto-Flüchtlinge, die aus dem einen oder anderen Grund, auch nach Ablehnung eines Asylgesuchs, im Land verbleiben und nicht mehr abgeschoben werden können, gehen letztlich allergrößtenteils auf das Konto unseres Asyl- und Rechtsschutzsystems.

Die Aufwendungen für Flüchtlinge insgesamt können für das Jahr 1986 bei sorgfältiger Schätzung auf über 2,7 Milliarden Mark angesetzt werden. Vor dieser Wirklichkeit, die auch dem täglichen Augenschein in unseren Städten entspricht, verblassen alle theoretischen Zahlenspiele.

MdEP Oskar Vetter hat jüngst die Auffassung vertreten, die Bundesrepublik Deutschland trage auch als Folge des europäischen Kolonialismus eine historische Schuld, selbst Wirtschaftsflüchtlinge aus der Dritten Welt aufzunehmen. Abgesehen davon, daß jedenfalls ein Dreivierteljahrhundert nach Aufgabe der letzten deutschen Kolonien von historischer Schuld überzeugend nicht mehr die Rede sein dürfte und ein Schuldner ohnehin nicht über sein Leistungsvermögen hinaus in Anspruch genommen werden kann: Der Dritten Welt kann nur durch Hilfe zur Selbsthilfe am Ort, nicht aber durch Umsiedlung ihrer Menschen nach Europa geholfen werden, eine Erkenntnis, die sich übrigens auch beim Hohen Flüchtlingskommissar durchgesetzt hat.



Dr. Eckart Schiffer

Dr. Eckart Schiffer,
Ministerialdirektor
im Bundesministerium des Inneren

Gut bewacht

Professor Karl Heinz Beckurts und sein Fahrer Eckhard Groppler sind tot, beerdigt und nach den üblichen lautstarken, aber leeren Reden der Politiker schon vergessen. Die Familien, Frauen, Kinder, Freunde sind – wie bisher – allein. Und das in dem freiesten Staat, der auf deutschem Boden je existierte.

Wer heute noch oder schon wieder die Ursache dieser Verbrechen nicht bei den Mördern und ihren östlichen Auftraggebern und Drahtziehern sucht, sondern wie früher, die Gesellschaft – wer ist das? – verantwortlich macht, ist Komplize. Der Hehler ist genau wie der Stehler!

Wer heute noch mit den Verblendeten und Sympathisanten liebäugelt, muß sich Beihilfe zum Verbrechen vorwerfen lassen. Den aufkommenden Rechtsradikalismus haben die lauwarmen Politiker zu verantworten. Diese stellen sich auch nicht vor die Polizeibeamten in Wackersdorf, Startbahn West und an anderen Orten. Sie sitzen gut bewacht zu Hause oder im Büro und warten auf die nächste Diätenerhöhung.

Dr. Joachim Michalke,
Papenburg 1

Aus der Fülle

„Die Schicksalsgemeinschaft"; Geistige WELT vom 12. Juli

Curt Riess schreibt in seiner Buchbesprechung „Über das jüdische Erbe in der österreichischen Literatur": „... daß die gesamte moderne österreichische Literatur von sogenannten Nichtariern geschaffen wurde". Dies entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

Aus der Fülle deutsch-österreichischer Erzähler, Lyriker, Dramatiker seien genannt: Bruno Brehm, F. K. Ginzkey, R. Hohlbaum, Walter von Molo, Richard von Schaukal, K. H. Strobl, Anton Wildgans, Franz Spunda, Josef Weinheber, E. G. Kolbenheyer, Friedrich Halm, M. Jelusich, Max Mell, R. Billinger und R. M. Rilke, der ja wie der von Herrn Riess genannte Kafka auch in dem damals zu Österreich gehörenden Prag geboren wurde.

Mit freundlichen Grüßen
R. Tinzmann,
Villingen-Schwenningen

Nur mit Hilfe

„Erste private Radiostation auf Erfolgskurs"; WELT vom 11. Juli

Daß in einer „Springer"-Zeitung privater Rundfunk nur bejubelt werden kann, ist nicht verwunderlich. Was ich in Ergänzung hierzu vermisse, ist die leider nur noch selten stattfindende faire Berichterstattung, was die „öffentlich-rechtlichen Anstalten" betrifft.

So ist es auch nicht verwunderlich, daß Sie nichts darüber schreiben, auf welchem Weg die „privaten RSH-Programme" den Hörer erreichen: Ohne den Einsatz von technischem Gerät und Mitarbeitern der Sendertechnik des NDR (!) würde „RSH" noch eine Zeitlang warten müssen, bis es hörbar wird ...

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Fritsch,
Bad Homburg

Wort des Tages

» Die Vernunft ist Historikerin, während die Leidenschaften Schauspielerinnen sind. «

Antoine de Rivarol, französischer Moralist (1753–1801)

Dumme Parolen

„Duarte: Eine Machtübernahme durch die Marxisten ist nicht mehr möglich"; WELT vom 9. Juli

Sehr geehrte Damen und Herren,

das WELT-Interview mit dem Präsidenten José Napóleon Duarte von El Salvador hat mich beeindruckt, weil es deutlich erkennen läßt, mit welch hohen moralischen Ansprüchen, mit welcher persönlichen Integrität und mit welch politischer Gradlinigkeit dieser Mann sein Land aus Unglück und Not zu führen bemüht ist. Von den Erfolgen seiner zum ersten Mal seit Jahrzehnten demokratisch gewählten Regierung wird es ebenso wie von der jungen demokratischen Regierung Guatemalas abhängen, ob Zentralamerika insgesamt unter den Einfluß der marxistischen Sandinisten Nicaraguas gerät oder sich auch für Nicaragua selbst eine demokratische Alternative eröffnet. Scheitern Duarte in El Salvador und Cerezo (beide in ganz Lateinamerika angesehene Christdemokraten), weil sie die Erwartungen ihrer Völker nicht erfüllen können oder weil die Militärs in ihren Ländern erneut putschen, dann werden die von Nicaragua unterstützten Rebellen-Organisationen die sogenannte „sandinistische Revolution" von den Grenzen Mexikos bis zu den Grenzen Kolumbiens ausdehnen.

Ich habe in Lateinamerika ebenso wie im Vietnam der Kriegsjahre gelebt und kenne die Regierungssysteme, die Politiker und die Menschen. Ich bin es leid, die dummen sozialistischen Parolen zu hören, die doch nur Menschen akzeptieren können, wenn sie voreingenommen und ignorant sind. Deswegen schreibe ich diesen Leserbrief und hoffe, daß sich kein junger Bürger unseres Landes mehr von dem Wuppertaler Büro nach Nicaragua vermitteln läßt, das laut Professor Dr. Martin Kriele aus von allen Kirchenmitgliedern zwangsweise eingetriebenen Steuermitteln der Evangelischen Kirche finanziert wird.

Diplom-Volkswirt Klaus Nöldner,
Hauptgeschäftsführer des Hartmannbundes – Verband der Ärzte Deutschlands e. V., Bonn

Personen

VERANSTALTUNG

Zum Kanzlerfest unter dem Motto „Sommerfest unter'm Funkturm" haben Bundeskanzler **Helmut Kohl** und der Regierende Berliner Bürgermeister **Eberhard Diepgen** für den 5. September wieder nach Berlin eingeladen. Im Sommergarten erwartet der Bundeskanzler 3000 Gäste zu einem künstlerischen Programm, für das der Generalintendant der Deutschen Oper Berlin, **Götz Friedrich**, verantwortlich zeichnet. Unter der Regie von **Winfried Bauernfeind** werden Mitglieder der Staatlichen Schauspielbühnen Berlin, des Rias sowie viele andere Berliner Künstler, internationale Gäste, die Kapellen der Schutzmächte sowie das Polizeiorchester Berlin zu sehen und zu hören sein. Unter den Gästen werden Vertreter des politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und kirchlichen Lebens in Berlin und viele Bürger sein, die ehrenamtlich im Sozialbereich tätig sind, vom Roten Kreuz bis zur Ausländerintegration.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Hans-Dieter Klenk** von der Universität Gießen hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Virologie im Zentrum für Hygiene und Medizinische Mikrobiologie der Universität Marburg erhalten. Der 48jährige Wissenschaftler, der sich in seiner Forschungsarbeit vor allem mit der Virushülle beschäftigt, begründete die Annahme des Rufs nach Marburg vor allem mit der besonders traditionsreichen Professur in Marburg.

THEATER

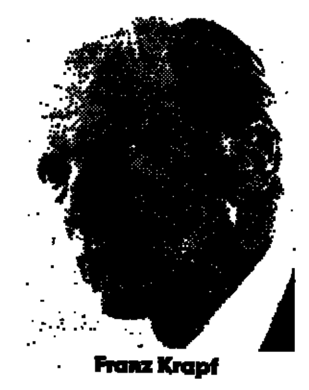
Dr. **Grischa Barfuss**, einer der dienstältesten deutschen Opernintendanten, wird in diesen Julitagen zum Ende der Spielzeit sein Amt als Chef der Deutschen Oper am Rhein, Düsseldorf/Duisburg, niederlegen. Genau 22 Jahre lang hat der heute 69jährige ein Unikum unter den großen Opernbühnen der Welt geleitet, ein Haus in zwei repräsentativen Häusern, mit zwei Orchestern und mehr Vorstellungen, als das Jahr Tage hat, ohne nennenswerte Staatszuschüsse und Skandale. Nur **Walter Erich Schäfer**, über 23 Jahre lang Chef der Stuttgarter Staatsoper, mag Barfuss in der Länge seiner Amtszeit übertroffen haben.

GEBURTSTAGE

Der Münchner Staatsschauspieler **Erwin Faber** feiert heute seinen 95. Geburtstag – und steht an diesem Tag als Aushilfsbeamter Röhrmann in „Erfolg" nach Lion Feuchtwanger auf der Bühne des Residenztheaters. Der Innsbrucker studierte in Wien und kam 1916 an die Münchner Kammerspiele. 1920 wurde Faber an die Bayerischen Staatstheater verpflichtet. Er gehörte zu den Darstellern der Brecht-Uraufführung „Im Dickicht der Städte". Nach Engagements in Berlin, Düsseldorf, Salzburg, Wien und Bonn kehrte Faber 1952 an die Kammerspiele zurück und ist seit 1953 Mitglied des Bayerischen Staatsschauspiels.

*

Er ist ein leidenschaftlicher Unterwasserfilmer, morgen wird er 75: Botschafter a. D. **Franz Krapf**. Nach dem Jurastudium ging er zum Sprachenlernen in die USA und nach Japan, 1938 trat er in den auswärtigen Dienst ein, für den er während des Krieges in Moskau und in Tokio arbeitete. Nach der deutschen Kapitulation konnte er die schwedische Diplomatentochter **Helga Gerdts** heiraten, was ihm das AA zuvor untersagt hatte. Nach Deutschland 1947 zurückgekehrt, schlug er sich als Kaufmann durch, bis 1950 das Presseamt in Bonn Verwendung für ihn hatte. Mit Herbert Blankenhorn bereitete er den NATO-Eintritt vor, 1955 ging er als Gesandter an die NATO-Botschaft nach Brüssel, von dort nach Washington. Nach einigen Jahren in der AA-Zentrale kehrte er – diesmal als Botschafter – nach Tokio und Brüssel zurück. Seit zehn Jahren reist er durch Kontinente und taucht in den Weltmeeren. Oder er liest in seinem Haus in St. Maxime.



Franz Krapf

DIPLOMATIE

Zwei Länder errichten neue Konsulate in der Bundesrepublik Deutschland: Die afrikanische Republik Gambia wird in München durch Honorarkonsulin **Freda Trentlein von Stackelberg** ihre Interessen vertreten. Ihr Konsularbezirk umfaßt das Land Bayern und Baden-Württemberg. Das Großherzogtum Luxemburg erhält einen Honorarkonsul in Stuttgart. Das Exequatur wurde Dr. **Peter Adolff** erteilt. Sein Konsularbezirk ist Baden-Württemberg.

EHRUNGEN

Der Adorno-Preisträger Professor Dr. **Norbert Elias** ist mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der Prozeß-Soziologe erhielt die Ehrung für sein wissenschaftliches Werk und auch als Dank dafür, daß er, der 1935 unter dem Druck der politischen Verhältnisse emigrierte, trotz der ihm aus Deutschland entgegengeschlagenen Widrigkeiten der deutschen Sprache treu geblieben ist.

*

Eichendorff-Medaillen sind an die Schriftsteller **Ilse Aichinger** aus Frankfurt/Main und **Horst Bienek** aus Ottobrunn sowie an den Germanisten **Egon Schwarz** aus St. Louis (USA) während einer internationalen Tagung der Eichendorff-Gesellschaft in Erlangen verliehen worden. Für besondere Verdienste um die Romantikforschung erhielt außerdem die spanische Übersetzerin **Alfonsina Janes** aus Barcelona den Oskar-Seidlin-Preis.

GESTORBEN

Lord **Robert John Graham Boothby**, einer der schillernsten britischen Parlamentarier und ein früherer Berater von Sir Winston Churchill, ist in einem Londoner Krankenhaus im Alter von 86 Jahren gestorben. Im Parlament trat Lord Boothby häufig als ein „Rebell" auf, indem er sich seiner Konservativen Partei in mehreren Schlüsselfragen, wie 1956 bei der Suez-Krise, widersetzte.

Pankraz, Jean Paul und der Stoßverkehr

Ein neuer Autoaufkleber schiebt sich störend ins Straßenbild. Er ziert vor allem Heckscheiben und trägt die Aufschrift „I like Genuß sofort". Das dümmliche Pidgin-Deutsch der Parole, ursprünglich eine Reklame für Nescafé, ist geeignet, Aggressionen freizusetzen. So mancher Verkehrsteilnehmer mag versucht sein, das Fahrzeug des jeweiligen Bekenners hinterrücks zu rammen, um diesem zum „sofortigen Genuß" eines Auffahrunfalls zu verhelfen.

Aber nicht nur die Form, sondern auch der Inhalt des Aufklebers mutet töricht an, so daß man sich über seine Häufigkeit wundern muß. Genuß und Sofortigkeit schließen sich nämlich weitgehend aus, wie schon das Kind weiß, das sein Eis mit Bedächtigkeit schleckt. Der Genuß des ersten Schlecks ist umso größer, je länger das Kind auf die Eiswaffel hat warten müssen, und der zweite, dritte und vierte Schleck steigern den Genuß an der Sache noch beträchtlich, so daß es gilt, nicht zu gierig zu sein.

Mit der Struktur „erwachsener" Genüsse verhält es sich nicht anders. Wenn man ihrer sofort und ohne alle Anstrengung habhaft werden kann, sind sie keine, und wenn man sie einmal hat, kommt es darauf an, sie zu strecken und hinauszuzögern, sie ihrer Sofortigkeit zu entkleiden, damit sie sich auch wirklich *genießen* lassen. Die ganz raffinierten Genießer sind sogar der Meinung, daß der größte Genuß erst im Nachhinein eintritt, daß man erst „danach" sagen kann, ob man eine Sache tatsächlich genossen hat oder nicht. „Die Probe eines Genusses", sagt Jean Paul, „ist seine Erinnerung".

Aber was ist das überhaupt, ein Genuß? In einem psychologischen Lexikon findet Pankraz die Definition: „Unmittelbare Stillung einer Begierde, besonders der Begierde nach Verbotenem, Süßem oder Narkotisierendem". Das erscheint ihm denn doch allzu kurz gegriffen. Man kann ja alle möglichen Sachen genießen, auch Immaterielles, auch Situationen, Maßnahmen, Lebenslagen. Und auch mit der behaupteten Unmittelbarkeit ist es in vielen Fällen nicht weit her. Wenn einer zum Beispiel seine Karriere, sein glückliches Familienleben oder sein gesundes, behagliches und finanziell abgesichertes Alter genießt, dann ist das eindeutig ein langer, durch vielerlei Umstände vermittelter Prozeß.

Der unvermittelte, sofortige Genuß scheint vor diesem Hintergrund eher eine spezielle Form existentieller *Qual* zu sein, Moment einer fatalen Daseinsdialektik. „So tauml' ich von Begierde zu Genuß / Und im Genuß verschmacht ich nach Begierde", seufzt Faust, und er sieht dabei keinesfalls sonderlich glücklich aus. Von außen betrachtet wirkt er sogar abstoßend und mitleiderregend. „Genießen macht gemein", konstatiert derselbe Faust im zweiten Teil von Goethes Drama und meint damit genau jenen schnellen Genuß mit anschließendem Katzenkammer.

Der erwähnte Jean Paul hat in seinem Erziehungs-Büchlein „Levana" geschrieben: „Jeder Genuß, und wär es der feine eines Kunstwerks, gibt dem Menschen eine selbstische Gebärde und entzieht ihm Teilnahme. Daher ist er nur Bedingung eines Bedürfnisses, nicht der Tugend. Hingegen Heiterkeit – der Gegensatz des Verdrusses und Trübsinns – ist zugleich Boden und Blume der Tugend. Denn Tiere können genießen, aber nur Menschen können heiter sein."

Die Entdeckung der Heiterkeit als Widerpart des Genusses war zweifellos ein großer Wurf Jean Pauls. Pankraz würde indessen nicht so weit gehen, dem Genuß jegliche höhere Aura abzusprechen und ihn ins Reich des bloß Tierischen zu verweisen (übrigens mißtraut er auch der Kategorie des „bloß Tierischen"). Ein Leben ohne Phasen reinen Genießens ist gar nicht vorstellbar. Auch die Bibel (Jesus Sirach, 14,14) empfiehlt, Gelegenheiten zu „erlaubtem Genuß" nicht ungenutzt vorübergehen zu lassen. Es gibt zudem Formen des Genießens, die sich jedes behagliche Schmatzen versagen, die sich in einer hochbewußten, emphatischen Wahrnehmung des Daseins erfüllen und die damit selbst schon von höherer Heiterkeit zeugen.

Auch sie sind freilich ausschließlich auf *Verbrauch* des Daseins aus und unterscheiden sich genau dadurch negativ von der Heiterkeit des grundsätzlich nicht zu befriedigenden Strebens und Sehnens, der höchsten, göttlichsten Form der Heiterkeit. Nur sie ist davor gefeit, jemals stockig oder sauer zu werden, nur sie kennt kein Ende, sondern immer nur Neuanfang, nur in ihr kann sich der Mensch ganz weggeben, ohne dabei ins Nichts zu fallen. Daß der Hedonismus, die Philosophie der perfekten Genußbefriedigung, das unerfüllbare Streben ausblendet, macht seine Schwäche aus und rückt auch noch seine größten Vertreter, Epikur und Schopenhauer, letztlich in die zweite Reihe der großen Nachdenker.

Viel wäre allerdings schon gewonnen, wenn unsere heutigen „I-like-Genuß-sofort"-Hedonisten wenigstens auf Epikur und Schopenhauer hörten. Sie würden dann u.a. erfahren, daß im Grunde jedes Ding mit mehr Genuß erjagt als genossen wird, daß der höchste Genuß in Gesundheit und Schmerzlosigkeit liegt und daß im selben Maße, in dem die Genüsse zunehmen, die Empfänglichkeit für sie abnimmt, weil das Gewohnte nicht mehr als Genuß empfunden wird („Welt als Wille und Vorstellung", II,4, Kap. 46).

Oder sollte sich Pankraz mit den Autoaufklebern völlig getäuscht haben? Befinden sie sich etwa auf dem höchsten Erkenntnisstand? Ist mit ihnen gemeint, daß man sich über die Fragwürdigkeit üblicher Genüsse durchaus im klaren ist und daß man just deshalb nicht mehr auf den Genuß eines erfrischenden Drinks zur „Happy Hour" warten mag, sondern seinen „Genuß" „sofort", nämlich jetzt und hier im abendlichen Stoßverkehr, haben will? In diesem Fall wäre bei den übrigen Verkehrsteilnehmern höchste Vorsicht geboten. Denn Genießer von Stoßverkehr fahren überaus riskant.

Pankraz



Frühstück bei Möhring: Berlin, Kurfürstendamm, Ecke Uhlandstraße, zur Sommerzeit FOTO: JOCHEN CLAUSS

Die großen Straßen der Welt (I): Berlins Kurfürstendamm, Caféhaus und Laufsteg des Weltgeistes

Er fängt gleich „ne Numma jrößa" an

Die einst von Baudelaire beschworene Gestalt des „Flaneurs" ist nicht ausgestorben. Nach wie vor behaupten die großen Avenuen und Boulevards der Metropolen ihren festen Platz im Reiseprogramm professioneller Weltenbummler und Kunstfreunde. – In einer kleinen sommerlichen Serie stellen wir ab heute in loser Folge Große Avenuen und Prachtboulevards in Europa und anderswo vor. Den Anfang macht der Kurfürstendamm in Berlin.

Boulevard der Dämmerung" – „Spekulationspiste" – „Laufsteg des Weltgeistes" – „Berlins größtes Caféhaus": die Synonyme für Berlins Kurfürstendamm sind so kunterbunt und widersprüchlich wie seine Gesichter. Gerade eben, elf Tage zwischen Juni und Juli, war die 3,459 Kilometer lange Haupt-Straße des Westteils der Stadt auch noch „Längste Galerie der Welt", mit Exponaten in rund 140 ihrer Läden, in 45 Galerien und mit 24 leibhaftigen Künstlern obendrein. Der Grund: Ein Jahr vor Berlins 750. Geburtstag begehen die für den Kurfürstendamm „zuständigen" Bezirke Charlottenburg und Wilmersdorf ihren 100. Geburtstag.

Im Auftrag des Kanzlers Bismarck war im Jahre 1884 ein Teil der ehemaligen Reitstrecke des Kurfürsten Joachim II. zwischen dessen geliebtem, 1542 erbauten Jagdschloß Grunewald und der Stadt, in der er regierte, mit schlesischen Steinen gepflastert worden. Zwei Jahre später dann wurde die Strecke eine „richtige Straße", wurde freigegeben für die erste Dampfbahn. Damit war endlich der erste Schritt getan zur Erfüllung von Bismarcks Kabinettsorder vom Juni 1875, für den Westen der neuen Reichshauptstadt eine „respektable Prachtstraße im Stile weiträumiger französischer Avenuen" zu schaffen, etwas Ordentliches für die „bequeme Circulation der Berliner Bevölkerung ins Freie".

Der Auftrag zur Baugestaltung ging damals an einen Kaufmann namens Willem Carstenn. Der machte sich aber, trotz Bismarcks Unterstützung, damit nur zum Gespött der Leute, und weil zunächst kein Mensch von besagtem Areal etwas haben wollte, kam es zu der nicht unbedingt prächtig-französischen Breite von 53 Metern, mit zwei rutenbreiten Reitwegen für die preußischen Junker in der Mitten. Erst Anfang unseres Jahrhunderts, nach des Kanzlers Tod, war der Boulevard halbwegs „fertig". 1904 nahm Baedeker den Kurfürstendamm auf und lobte vor allem das „Café des Westens".

Schon seit 1882, da Herr von Siemens hier der Welt erstes Elektromobil einfuhr und wenig später ein gewisser Buffalo Bill auf dem Grundstück des heutigen „Ku'Damm-Ecks" Lassokunststücke vorführte, sind diese „3,5 km Charme und Chic" (so die einfallsstarke Berlin-Werbung von heute) für jede Menge illustrer Namen gut gewesen – auf jeden Fall bis 1933, als der Große Nivellierer der bunten Vielfalt von „Dadaisten, Surrealisten, Linken und Konservativen, Revoluzzern und Liberalen" jäh ein Ende machte.

Hier wohnten Robert Koch und Tilla Durieux, Carl Hagenbeck mit seiner „Indien-Schau" fiel ein, später Max Reinhardt und Aribert Wäscher, Thomas Wolfe und Jesse Owens, Max Slevogt, die Kollwitz, der Liebermann und der Corinth, Ernst Deutsch, Fritzi Massary und der junge Billy Wilder, der für die „BZ" schrieb. Man denkt an das „Kabarett der Komiker" und an Werner Finck, an die Revuen und Lichtspiel-Oasen der Zwanziger, an Cabarets und Theater, Freaks und Verrückte in Volksmunds „Café Größenwahn".

Rasche Metamorphosen waren von Anbeginn ein Charakteristikum des Ku'damms, der noch 1913 nur 45 Anwohner mit allerdings kräftig konzentrierten drei Millionen Mark an Vermögen zählte. 1945 waren von den mittlerweile 235 Häusern, von denen kein einziges unversehrt geblieben war, auch nur gerade 43 bewohnt. Doch mit typischer Berliner Schnelligkeit regte sich hier wieder die Lust am Leben, und mit Wehmut denkt man heute zurück an diese Zeit, an Bruno Fritz bei den „Insulanern", an die originalen „Stachelschweine" oder den internationalen Glanz der ersten Filmfestspiele.

Fast sinnbildlich für den Boulevard mag anmuten, daß ihm vorne und hinten stets so etliches an Hausnummern gefehlt hat und heute noch fehlt. Der jetzige Ku'damm fängt, ganz berlinerisch, „ne Numma jrößa" gleich mit 11 an. An die 130 Restaurants und Gaststätten säumen den Boulevard der 390 Bäume und 90 000 Blumen, über 90 Modehäuser und Boutiquen, Pucci und Saint Laurent neben Jeans und Ramsch. Juweliere drängen sich hier neben großen Autosalons, von denen niemand weiß, warum sie nicht endlich sinnvoll aufgestockt werden. Burger King und McDonalds gibt es hier wie das noble Café Leysieffer; Wertheim wuchtet hier in den Himmel hinauf, und dort versucht sich Möhring in altem Flair – gleich neben Unilever, versteht sich.

Wipperfeld ist nicht mehr da, und die edle Bücherstube Marga Schoeller, einzigartige Fundgrube für noch den kosmopolitischsten Intellekt, eine Art deutscher Shakespeare & Co., mußte um die Ecke in die „Knese" ausweichen, weil die Miete astronomisch wurde. Die Quadratmeterpreise liegen am Ku'damm schon um die 3500 Mark, in der Nähe der Gedächtniskirche sogar zwischen 6000 und 8000 Mark.

Wilhelm Hausenstein nannte den Ku'damm einst einen „gefabelte Garten der Lüste". Solche Visionen erhalten heute einen bitter-ironischen *touch*, wenn man etwa sieht, wie das Ku'damm-Eck in seinen Blue Movies Pornographisches feilbietet, klassische Gründerzeit-Fassaden modernen architektonischen Strukturen von Schnellkonsum-Tempeln weichen mußten und an Cicero oder U-Bahnhof Kurfürstendamm unverschämt ganz offen gedealt und gekokst wird. Magerer Trost, daß vor ca. 60 Jahren hier, verschwiegener zwar, auch schon von den Blumen des Bösen gekostet wurde...

Ein weiteres Ärgernis ist das, was entnervte Landeskonservatoren und Senatsbaudirektoren „Schaschlik-Mentalität" oder „Bulettenstimmung" nennen. Auch werden dort, wo früher Bilder ausgestellt waren, heute oft nur noch Pullover verkauft. Aber der Flaneur, der als Tourist nach Berlin kommt und die berühmte Meile abwandert, sie mit anderen berühmten Boulevards Europas vergleichend, registriert immer noch genügend Schwung, Intimität und spezifischen Stil.

Gottlob ist der Ku'damm noch nicht derart komplett von postmodernem Schicki-Micki eingeholt wie etwa der Hamburger Rathausmarkt oder die Franfurter Zeil. Gewiß, hier und da werden Versuche unternommen, durch das Aufstellen von Feuermeldern mit Pickelhauben obendrauf vergangenheitsträchtige Atmosphäre zu produzieren. Aber, Hand aufs Herz, die hochgelobten „Hardenberg-leuchten" und modernen Wasserpumpen in klassischem Exterieur bestätigen ja nur, daß eine Vorliebe des Ku'damms schließlich seit eh und je der Kitsch gewesen ist.

Kitsch und Kunst, Schnellimbiß und Jil Sander, Peter Steins 71-Millionen-Bühne unten und Eiermanns 20 000 kleine Blaufenster in seinem Kirchen-Achtkant oben, Peepshow und Eden, der Folksänger mit der Gitarre und der großäugige Asylant aus Ost-Berlin, der Pakistani und der Levantiner, der Amerikaner bei Kranzler und der Japaner im Eck, die Notgemeinschaft der 150 Geschäftsleute und die insgesamt fast 100 000 Flaneure tagtäglich: der Kurfürstendamm ist nun mal schon immer ein Boulevard der Gegensätze gewesen, ein quicklebendiger, quirliger, kontrastreicher Organismus, in unaufhörlicher Veränderung, Metamorphose begriffen.

Und so gesehen symbolisiert er auch heute wie eh und je den Charakter der Stadt um ihn her, einer Stadt, die „rund um die Uhr geöffnet" hat und noch allemal die lebendigste in Deutschland ist.

ALEXANDER SCHMITZ

Frankfurt: Jan Saudek

Seine Bühne ist immer ein Keller

Mit der „Family of men" fing es an. Jan Saudek hatte zwar schon vorher fotografiert, aber erst die Ausstellung von Edward Steichen gab seiner weiteren Arbeit Form und Halt. Das macht die Retrospektive „Jan Saudek – 35 Jahre Photographie" bewußt, die das Fotografie Forum Frankfurt (Leinwandhaus) zeigt.

Jan Saudek, 1935 in Prag geboren, ist nicht aus dem Stamme Schwejks. Sein Erbteil rührt wohl eher vom „Ackermann aus Böhmen". Ihn fasziniert der Lebenszyklus von Liebe, Geburt, Jugend, Alter, Tod – der auch „The family of men" bestimmte. Seine Bühne ist jedoch nicht die weite Welt. Ihm genügt ein Keller mit abbröckelndem Putz und einem Fenster, das das Tageslicht nur indirekt einläßt. Hier entstehen alle Aufnahmen. Mit wechselnden Personen. Hier fotografiert er – stets in gestellter Pose – seine Freunde, seine Frauen, seine Kinder.

Er hat keine Pin-ups im Sinn. Es sind Bilder, die die Spuren des Lebens zeigen. In Bildfolgen, in denen er dieselbe Person in derselben Pose mit denselben Requisiten im Abstand von fünf oder zehn Jahren aufgenommen hat. Oder in Inszenierungen des Ent- oder Bekleidens, bei denen die Person scheinbar einen ganz anderen Charakter gewinnt. Manchmal setzt er sie auch in Beziehung zu dem Fenster, das dann die unterschiedlichsten Projektionen aufnimmt: Wolken, Erscheinungen, irreale Ausblicke.




Inszenierung des Entkleidens: „Diadem" des Fotografen Jan Saudek FOTO: KATALOG

Alle diese Bilder wirken eigenartig unwirklich. Nicht zuletzt, weil Saudek sie häufig im Stile alter Fotografien von Hand koloriert. Diese Skala der Brauntöne hat nichts mit der lauten Buntheit der Farbfotografie gemein. Sie beschwören Vergänglichkeit, bescheren uns die „Unsterblichkeit", die unsere Vorfahren auf Fotografien haben, die um die Jahrhundertwende entstanden.

Es ist die Technik der Vanitas-Bildnisse, die das blühende Leben zeigten, um an die Vergänglichkeit zu erinnern. Oder – um es mit den Worten zu sagen, die der Tod dem Ackermann aus Böhmen entgegenhält: „Das Leben ist um des Sterbens willen geschaffen. Wäre das Leben nicht, wir wären nicht; unser Geschäft wäre nicht; damit wäre auch nicht die Ordnung der Welt." PETER DITTMAR

Bis 10. Aug.; danach Köln, Galerie Kikken, 10. Okt. bis 12. Dez.; Bremen, Böttcherstraße, Febr./März 1987; dann San Francisco, New York, London; Katalog 39,80 Mark.

Zwölf Jahre Haft für fünf Gedichte – Erinnerung an den Fall der Dichterin Irina Ratuschinskaja

„Kein Moses ist vor uns, nur kalte Dunkelheit"

Es gibt eine junge Frau, die sich seit 1982 in Haft befindet. Bereits den fünften Sommer vegetiert sie in einem sowjetischen Lager; manchmal muß sie aus „disziplinarischen Gründen" in einer eiskalten, steinernen Grube kauern. Bilder aus freundlicheren Tagen zeigen ein zierliches, beinah zerbrechlich wirkendes Wesen mit Pagenfrisur und großen Kinderaugen. Diese anmutige und kluge Frau ist keine Kriminelle. Sie hat weder Attentate verübt noch Banküberfälle organisiert noch sich an Flugzeugentführungen beteiligt. Sie hat nicht zum Umsturz aufgerufen, keine Polizisten geohrfeigt, auch an keinen gewalttätigen Demonstrationen teilgenommen. Ebensowenig stand sie im Solde ausländischer Geheimdienste.

Diese junge Frau, Irina Ratuschinskaja, wurde 1954 geboren, studierte Physik, schrieb Gedichte und setzte sich tatkräftig für eine sowohl vom Staat als auch vom Unternehmertum wirklich unabhängige Gewerkschaftsbewegung ein. Sie schrieb Gedichte, die, nur in Abschriften verbreitet, wie Schwalben über das weite Land zogen und von geistiger Freiheit wie von hoher künstlerischer Sensibilität kündeten. In diesen Gedichten ist unmittelbar nicht von Politik die Rede. Allerdings stehen in ihnen Zeilen, in denen unendliche Trauer über die Gegenwart und verzweifelte Sehnsucht nach einer etwas menschlicheren Welt sich aussprechen: „Warum ist die Hälfte der Fluchten im Traum?" – „Die Dunkelheit ist ausgetrocknet. Könnte man doch am Leben bleiben!" – „Fort von den Lebenden, die mit kalten Fingern das Schicksal lenken." – „Kein Moses ist vor uns."

Fünf solcher Gedichte bildeten die Grundlage eines Moskauer Gerichtsurteils, das am 3. März 1983 ausgesprochen wurde. Die Dichterin wurde zur Höchststrafe verurteilt: sieben Jahre Lagerhaft zuzüglich fünf Jahre Verbannung. Ein solches Urteil ist selbst in diesem Polizeistaat schon seit langem nicht mehr über einen weiblichen politischen Häftling gefällt worden: insgesamt zwölf Jahre für fünf Gedichte, die nicht regierungskonform sind!

Im Laufe der Gerichtsverhandlung wurden die elementarsten Rechtsnormen verletzt. Die angeklagte Lyrikerin durfte sich nicht verteidigen; die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt; und selbstverständlich nahm man ihr auch jede Gelegenheit, ihre Freunde und Kollegen zu mobilisieren. Dem Urteil wurden Aussagen von „Zeugen" zugrundegelegt, die bereits vor vielen Jahren verstorben waren.

Die junge Frau war 29 Jahre alt, als sie unter diesen Umständen verurteilt wurde. Sie wird die 40 längst überschritten haben, wenn sie entlassen wird – vorausgesetzt, daß sie die Haftbedingungen zu überleben vermag. Sie kam als gesunde Frau ins Lager. In den gut drei Jahren, die seither vergangen sind, ist sie physisch und psychisch fast bis zum Ruin degradiert worden. Sie mußte 138 Tage in einer Arrestzelle verbringen, in der die Temperaturen im Winter auf minus 10 bis minus 12 Grad fallen und die Verpflegung aus Brot und eiskaltem Wasser besteht. Die an sie gerichteten Briefe werden konfisziert. Ihr Mann hat sie zum letztenmal im September 1983 gesehen. Seither haben die Lagerbehörden fünfmal die Bitte, sie besuchen zu dürfen, abschlägig beschieden. Obwohl sie sich ein Nierenleiden zugezogen hat und ständig fieberkrank ist, verweigert man der gefangenen Dichterin jeglichen ärztlichen Beistand.

Mehr als vierzig Jahre nach Hitlers Untergang gibt es in dem Staat, dessen Führer immer wieder warnend die Gefahr einer Wiederkehr des „Faschismus" beschwören, real existierende Konzentrationslager. Ihr Kennzeichen ist absolute Rechtsberaubung und Zwangsarbeit, mit einem Wort: Sklaverei.



Im Lager begraben: die russische Dichterin Irina Ratuschinskaja FOTO: DIE WELT

Noch schrecklicher als Sklaverei ist aber das Vergessen – die gnadenlose Verurteilung der anderswo Geschundenen und Erniedrigten durch die Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit und Feigheit jener, die sich in Freiheit befinden und ahnungslos oder heuchlerisch meinen, daß man nichts tun könne, daß man sich nicht „einmischen" dürfe, daß bereits der bloße Hinweis auf solches Unrecht von „wichtigeren" Dingen ablenke.

Vielleicht können wir kurzfristig wirklich nichts ändern. Doch wir können wenigstens sagen, daß dieses Verbrechen nicht mit unserem stillschweigenden Einverständnis fortgesetzt werden darf. Wir könnnen wenigstens schreien, anklagen und protestieren. Und wir können, sofern wir gläubig sind, auch für Irina Ratuschinskaja beten.

Diese hochbegabte und liebenswerte Frau ist das Opfer einer besonders radikalen „Apartheid"-Politik, der völligen Trennung zwischen einer winzigen privilegierten Minderheit und einer diskriminierten, ja teilweise bis zur Versklavung entrechteten Mehrheit. Oder ist „Apartheid" nur dann verabscheuenswert, wenn sie sich gegen Schwarze richtet? Ist sie mit anderen Maßstäben zu messen, wenn sie weiße Christen, weiße Dichter, weiße Frauen in ihrer Menschenwürde extrem beleidigt?

Denken wir wenigstens über diese Fragen nach, bevor wir zur politischen Tagesordnung zurückkehren.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

JOURNAL

Sensationeller Fund aus der Bronzezeit

lnw, Münster

Einen aufsehenerregenden Fund haben Archäologen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Münster gemacht: Bei Rettungsgrabungen im Wettlauf mit einem Bagger entdeckten sie in einer Sandgrube eine etwa dreieinhalbtausend Jahre alte bronzene Gürteldose, wie sie von Frauen während der Bronzezeit an Ledergürteln getragen wurden. Das Schmuckstück hat einen Durchmesser von 18 Zentimetern und ist mit Ornamenten reich verziert. Als erstes und bis zum Fund in Münster einziges Exemplar dieser Art war im Jahre 1911 bei Rheda eine bronzezeitliche Gürteldose entdeckt worden.

Auch Genf erhält eine Buchmesse

dpa, Genf/Frankfurt

In Genf wird im nächsten Jahr erstmals eine internationale Buchmesse veranstaltet. Vom 13. bis zum 16. Mai 1987 soll diese Schau als Messe des gesamten Printbereichs einschließlich Presse, Zeitschriften und Druckgewerbe angelegt werden. Das kündigte jetzt das Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel in seiner jüngsten Ausgabe an. Die Genfer Bücherschau wird von Preisvergaben und Autorenlesungen umrahmt. Bisher liegen Zusagen von Teilnehmern aus sieben Ländern vor.

Das 27. Filmfestival von Taormina eröffnet

epd, Taormina

Das 27. Internationale Filmfestival von Taormina wurde soeben im Teatro Antico eröffnet. Den Auftakt machte Paul Mazurskys „Down and out in Beverly Hills". Zwölf neue Filme aus zwölf Ländern werden in der Wettbewerbs-Sektion gezeigt. Sie begann mit einem Streifen des Glasgower Regisseurs Charles Gormley, „Heavenly Pursuits", der humorvoll-distanziert den Glauben an Wunder in Schottland thematisiert. Der Jury gehören u. a. der japanische Regisseur Nagisa Oshima, die englische Produzentin Lynda Myles und die kanadische Regisseurin Lea Pool an.

Grimm-Professur für Tankred Dorst

dpa, Kassel

Der Schriftsteller Tankred Dorst übernimmt die nächste „Grimm-Professur" an der Gesamthochschule Kassel. Wie seine Vorgänger soll Dorst sechs Vorlesungen über sein Werk halten und voraussichtlich auch eine Schreibwerkstatt veranstalten. Erster Gastprofessor war der Autor Dieter Kühn.

Deutsche Architektur aus der Ferne

DW. Stuttgart

Der Deutsche Architekturpreis – unterstützt von der Ruhrgas AG – ist inzwischen zu einer Institution geworden. Ebenso die Publikation, mit der die Ergebnisse bekanntgemacht werden. „Architektur in Deutschland '85" (Karl Krämer Verlag, Stuttgart, 119 S. mit 102 Fotos und 52 Plänen, 28 Mark) stellt den vorjährigen Preisträger und die fünf Auszeichnungen vor, dazu sechs Objekte, denen eine Anerkennung zugesprochen wurde. Außerdem schildern vier Autoren aus dem Ausland „Deutsche Architektur, aus der Ferne gesehen".

Retrospektive auf Filme von Peter Weiss

DW. Lübeck

Die 28. Nordischen Filmtage Lübeck vom 30. 10. bis 2. 11. zeigen parallel je vier Spielfilme neuester Produktion aus der Bunderepublik Deutschland und aus der „DDR". Eine Informationsschau ist dem skandinavischen Kinder- und Jugendfilm gewidmet. Der surrealistische Film „Fata Morgana" von 1959 eröffnet anläßlich des 70. Geburtstages des 1982 verstorbenen Schriftstellers eine Retrospektive auf „Peter Weiss und den Film".

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Ich bin nicht ich, sondern jemand ganz anderer, der mir verblüffend ähnlich sieht." Zu diesem Schluß kommt der Titularrat Jakoff Petrowitsch Goljädkin nach verwirrenden Erlebnissen, die ihn vor der Kulisse des nebeldurchzogenen Petersburg zum Wahnsinn treiben. In den Straßen dieser Stadt trifft er in jener Nacht, da er während einer Feier aus dem Haus seines Gönners geworfen wird, seinen Doppelgänger, dem er am folgenden Tag auch an seinem Arbeitsplatz in einem anonymen Ministerium gegenübersitzt. Die Erzählung wurde zwar nicht, wie Dostojewskij an seinen Bruder schrieb, sein Meisterwerk, aber immerhin eine brillante Studie über Identität, Schizophrenie und Wahnsinn. no

Fjodor M. Dostojewskij: „Der Doppelgänger. Eine Petersburger Dichtung", dtv, 238 S., 8,80 Mark.

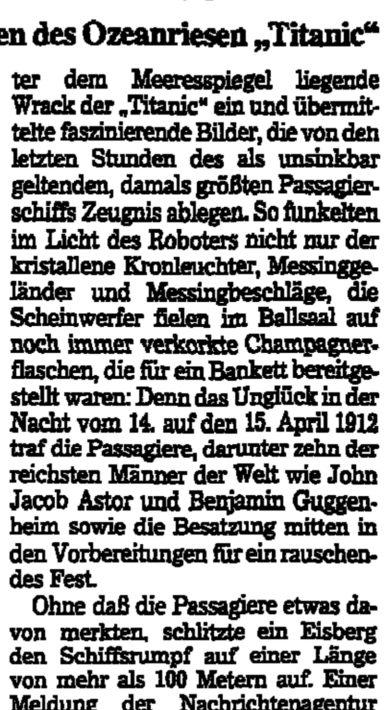
Champagner für eine rauschende Ballnacht

Bilder von den letzten Stunden des Ozeanriesen „Titanic"

DW. Woods Hole

Die ersten mit Spannung erwarteten Bilder von der vor 74 Jahren gesunkenen „Titanic" auf dem Meeresgrund hat das ozeanographische Institut in Woods Hole (US-Bundesstaat Massachusetts) in der Nacht von Freitag auf Samstag übermittelt. Die Aufnahmen wurde von dem etwa rasenmähergroßen Roboter „Jason Jr." geschossen. Der Roboter, der an einer 65 Meter langen „Nabelschnur" mit dem Mini-U-Boot „Alvin" verbunden ist, wird von der Besatzung des auf dem Vorderdeck der „Titanic" stationierten U-Boots ferngesteuert.

Als das Wrack der „Titanic" im September vorigen Jahres von einer amerikanischen Wissenschaftlergruppe unter Leitung von Robert Ballard rund 500 Seemeilen vor Neufundland geortet wurde, äußerten Fachleute die Ansicht, daß die „Titanic" wegen des geringen Sauerstoffgehalts in der großen Tiefe „fast perfekt konserviert" sein müßte. Diese Vermutung hat sich jetzt bestätigt, wie die Bilder aus dem Inneren des Luxusliners beweisen.





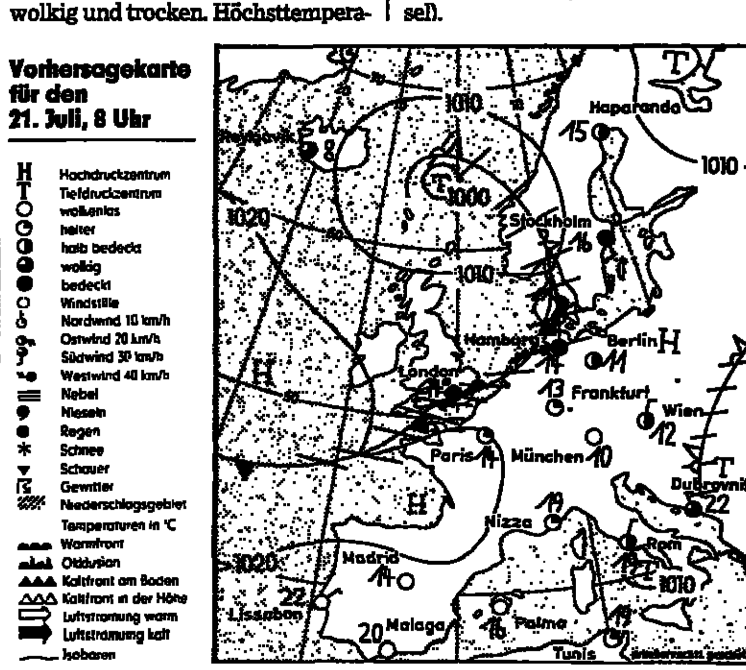
Aus dem kristallenen Kronleuchter wächst eine bizarre Koralle

Mit mehreren Videokameras, Scheinwerfern, einem Greifarm und vier Antriebsdüsen ausgestattet, drang „Jason" in das 3900 Meter unter dem Meeresspiegel liegende Wrack der „Titanic" ein und übermittelte faszinierende Bilder, die von den letzten Stunden des als unsinkbar geltenden, damals größten Passagierschiffs Zeugnis ablegen. So funkelten im Licht des Roboters nicht nur der kristallene Kronleuchter, Messinggeländer und Messingbeschläge, die Scheinwerfer fielen im Ballsaal auf noch immer verkorkte Champagnerflaschen, die für ein Bankett bereitgestellt waren: Denn das Unglück in der Nacht vom 14. auf den 15. April 1912 traf die Passagiere, darunter zehn der reichsten Männer der Welt wie John Jacob Astor und Benjamin Guggenheim sowie die Besatzung mitten in den Vorbereitungen für ein rauschendes Fest.

Ohne daß die Passagiere etwas davon merkten, schlitzte ein Eisberg den Schiffsrumpf auf einer Länge von mehr als 100 Metern auf. Einer Meldung der Nachrichtenagentur Agence France Press zufolge, soll Roboter „Jason" an dieser Stelle in den Schiffsrumpf eingedrungen sein. Aufschluß über den Zustand des Wracks lieferte den Wissenschaftlern ein Kameraschlitten, der über das Deck des Dampfers gezogen wurde. Die Aufnahmen beweisen, daß der Rumpf des Schiffs in mindestens zwei Teile zerbrochen ist.

Ergebnislos verlief der Versuch der Wissenschaftler, mittels des Greifarms von „Jason" mehrere Safes zu öffnen. In ihnen lagern vermutlich noch heute gewaltige Schätze: so die De-Beers-Diamanten, deren Wert 1912 mit 100 Millionen Goldmark angegeben wurde und das legendäre Wittenbach-Perlencollier.

Bis zum Wochenende hatten die Forscher fünf der insgesamt zwölf geplanten Tauchfahrten absolviert. Am letzten Tag, dem kommenden Donnerstag, will Ballard an der „Titanic" eine Plakette anbringen mit der Bitte an künftige Forscher, das Wrack nicht zu plündern, sondern es als Denkmal einer Epoche unberührt an seinem Platz zu belassen.



Der Roboter „Jason" wird vom bemannten Mini-U-Boot „Alvin" aus ferngesteuert. Der etwa ein Meter lange, zylindrische „Jason" ist mit Kameras und Scheinwerfern ausgestattet und mit dem U-Boot durch ein Kabel verbunden. FOTOS: AP



Faszinierender Rundumblick bei Kuchen und Kaffee: Das neue Drehrestaurant auf dem Mittelallalin im Schweizer Kanton Wallis. Im Hintergrund das Allalinhorn (4027 Meter) FOTO: KLOPFENSTEIN

Ein Gletscherdorf krönt seine Expansion

WALTER H. RUEB, Saas-Fee

Europas höchstes Drehrestaurant wurde jetzt auf dem 3500 Meter hohen Mittelallalin oberhalb Saas-Fees im Schweizer Kanton Wallis eröffnet. Es erlaubt seinen Besuchern, vom Kaffeetisch aus den imposanten Kranz von Viertausendern zu bewundern. Sozusagen vor der Tür stehen Allalinhorn und Alphubel, daneben die Mischabel-Gruppe mit fünf Bergriesen zwischen 4200 und 4545 Meter, gegenüber Weissmies, Laggin- und Fletschhorn.

Das von einem bronzenen Dach bedeckte Restaurant der Superlative dreht sich pro Stunde einmal um die Achse, in zwei Restaurants können 340 Personen speisen, auf der Terrasse finden 300 Sonnenhungrige Platz. Zwölf Millionen Mark kostete der Bau des gegenwärtig meistfotografierten Restaurants der Welt.

Tief unter dem technischen Wunderwerk fährt alle paar Minuten die vor anderthalb Jahren in Betrieb genommene „Metro Alpin" in ihren unterirdischen Bahnhof, wo sich neben Eingangshalle auch Kiosk, Sportshop, Garderobe, Lager und Räume mit technischen Einrichtungen befinden – ein Raum mit einem Notstromaggregat und eine eigene Kläranlage.

Im Drehrestaurant fehlen weder Bar noch Konferenz- und Filmraum; es gibt Feuerlöschposten sowie auffällig markierte Fluchtwege und Nottreppen. Der Bau wurde dank des Einsatzes einer Gemeinschaft tapferer und mutiger Männer in 14 Monaten errichtet. Dabei mußte man Windgeschwindigkeiten von 250 Stundenkilometern und Wintertemperaturen bis 40 Grad minus trotzen.

An den exponiertesten Stellen ist das Gebäude mit 14 Zentimeter dikken Schutzwänden aus Stahl, Kunststoff, Leichtmetall und Holz isoliert. Der Rundbau wird von einem stählernen Skelettbau getragen, die Außenwand-Elemente wurden 1985 von Helikoptern kurz vor Wintereinbruch an einem einzigen Tag aus dem Tal heraufgeflogen und aus der Luft an die vorgesehenen Stellen gesetzt.

Zweitausendfünfhundert Tonnen Material mußten für den Bau in die Höhe transportiert werden. Vieles wurde per Bahn, das meiste bei 4000 Helikopterflügen heraufgebracht. Unerwähnt von allen Rednern bei der Vorstellung für die Öffentlichkeit sowie anschließender Einweihung und Eröffnung blieb ein großes Problem, das Techniker und Wissenschaftler hier lösen mußten: der Bau einer außergewöhnlichen Wasserleitung.

Auf einer Länge von mehreren Kilometern und teilweise in einer Höhe von 30 Metern über dem Erdboden wird jetzt das Wasser zum Drehrestaurant hinaufgepumpt. Anders ist es nicht möglich, denn in das ewige Eis der Gletscher rund um den Mittelallalin kann man keine Wasserleitung legen. Damit das Wasser in den freihängenden Leitungen bei den arktischen Temperaturen nicht gefriert, wird es an zwei Stellen in unterirdischen Zwischenstationen erwärmt und dann auf die nächste Etappe geschickt.

Proteste der Umweltschützer gab es vor und während des Baues nicht – zu gut kennen die Bewohner der Region die Bedeutung des Drehrestaurants: Es krönt und beschließt die touristische Expansion des Gletscherdorfes Saas-Fee. 1953 hatte hier der Griff der Technik nach den Bergen begonnen, heute ermöglichen 25 mechanische Aufstiegshilfen Hunderttausenden den Vorstoß in die Nähe der Viertausender.

Allein in den letzten fünf Jahren gab Saas-Fee für seine „Metro Alpin" und das Drehrestaurant 50 Millionen Mark aus – im ersten Betriebsjahr aber wurden bereits 1,3 Millionen Fahrgäste befördert und im Dorf mit 820 000 Übernachtungen rund 100 000 mehr als zuvor registriert.

Angesichts der Verhältnisse im ehemals armen Tal ist dies ein Segen: Hier sind nur 17 Prozent des Bodens kultivierbar, und es gibt keine Industrie- und nur wenige Gewerbebetriebe. Kurdirektor Daniel Fischer und Bergbahn-Chef Hubert Bumann, der vor 35 Jahren als Gemeindepräsident der Wahlheimat von Carl Zuckmayer die erste Straße aus dem Talgrund nach Saas-Fee bauen ließ, sagten es ohne Umschweife: „Hier leben alle vom Tourismus."

Lange Staus an fast allen Grenzübergängen

DW. München/Hamburg

Die zweite große Urlauberwelle dieses Jahres hat am Samstag auf den Fernstraßen im Süden und Norden der Bundesrepublik zeitweise zu chaotischen Verhältnissen geführt. Die Autoschlangen erreichten teilweise eine Länge von 80 Kilometern. Stoßstange an Stoßstange, auf 25 Kilometer Länge, standen auch die Autos heimkehrender Urlauber.

Bei einem schweren Unfall auf der Autobahn München–Karlsruhe starben Samstag abend vier Menschen, als ihr Wagen im Bereich einer Baustelle zwischen den Anschlußstellen Aichelberg und Kirchheim ins Schleudern geriet und auf die Gegenfahrbahn geriet.

Im Norden stand der Verkehr zeitweise still. Zwischen Hannover und Walsrode führten zahlreiche Unfälle zu Staus von 16 Kilometer Länge. An der deutsch-dänischen Grenze mußten die Skandinavien-Urlauber viel Geduld aufbringen, weil es trotz zügiger Abfertigung nur schleppend voranging. Gestern hatte sich die Verkehrslage auf allen Strecken weitgehend beruhigt.

Löschflugzeug abgestürzt

dpa, Madrid

Beim Absturz eines Löschflugzeugs aus Frankreich, das zur Bekämpfung eines auf spanisches Gebiet übergegriffenen Flächenbrandes eingesetzt war, sind am Samstag alle vier Besatzungsmitglieder ums Leben gekommen. Das Feuer war bei der grenznahen französischen Ortschaft Le Perthus ausgebrochen und hatte sich auf die spanischen Pyrenäen ausgebreitet. Auch gestern war es den mehr als 50 Löschzügen aus der gesamten Region Katalonien nicht gelungen, die beiden Hauptbrandherde in der Provinz Gerona unter Kontrolle zu bekommen.

Teures Rheinland

dpa, Düsseldorf

Bauland ist im Rheinland fast doppelt so teuer wie in Westfalen. Während in den Regierungsbezirken Münster, Detmold und Arnsberg im vergangenen Jahr ein Quadratmeter Bauland durchschnittlich weniger als 80 Mark kostete, mußten Bauwillige nach Angaben des statistischen Landesamtes von Samstag im Köln-Düsseldorfer Raum hierfür fast 150 Mark bezahlen.

Kind ertrank in Teich

dpa, Celle

Ein zwei Jahre alter Junge ist am Freitag abend in Habighorst (Kreis Celle) in einem Zierfischteich ertrunken. Das Unglück ereignete sich auf dem Nachbargrundstück der elterlichen Wohnung.

Gedenkfeier boykottiert

dpa, Tesero

Die Mehrheit der Überlebenden der Staudamm-Katastrophe im norditalienischen Stava-Tal und der Angehörigen der 269 Todesopfer hat sich geweigert, am gestrigen Jahrestag des Unglücks mit Vertretern der römischen Regierung sowie der Provinzverwaltung von Trient zusammenzukommen. Sie nahmen lediglich an einer Totenmesse im Dorf Tesero teil. Die Betroffenen werfen den Behörden eine erhebliche Mitschuld an der Katastrophe vor (WELT v. 19.7.).

ZU GUTER LETZT

„Der frühere amerikanische Astronaut James Irwin will trotz seines Herzinfarkts im vergangenen Monat weiter nach der Arche Noah auf dem Berg Ararat suchen." – Es stand im Bonner *„General-Anzeiger"*

WETTER: Im Norden Regen

Lage: Der nach Mitteleuropa gerichtete Keil des Azorenhochs schwächt sich ab. Damit können atlantische Tiefausläufer auf Deutschland übergreifen.

Vorhersage für Montag: Anfangs im Norden und später auch in der Mitte leichter Regen. Tagestemperaturen 19 bis 22, nachts 11 bis 14 Grad. Schwacher, von Südwest auf West drehender Wind. Im Süden heiter bis wolkig und trocken. Höchsttemperaturen um 24 Grad, nachts Bewölkungsaufzug und gelegentlich Regen, Temperaturen 11 bis 15 Grad. Schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten: Im Süden einzelne Gewitter, sonst einzelne Schauer und etwas kühler.

Sonnenaufgang am Dienstag: 5.31 Uhr*, Untergang: 21.25 Uhr; **Mondaufgang:** 22.39 Uhr, Untergang: 6.08 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 21. Juli, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik 8, Haparanda 15, Stockholm 16, Hamburg 14, Berlin 11, London, Frankfurt 13, Wien 12, Paris 11, München 10, Dubrovnik 22, Nizza 19, Rom, Madrid 14, Lissabon 22, Malaga 20, Palma 16, Tunis 19; 1000, 1010, 1020

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	19	he
Bielefeld	20	bw
Braunlage	15	bw
Bremen	19	bw
Dortmund	19	bw
Dresden	17	bw
Düsseldorf	22	he
Erfurt	18	bw
Essen	19	he
Feldberg/S.	8	bw
Flensburg	16	bw
Frankfurt/M.	20	he
Freiburg	20	bw
Garmisch	13	bd
Greifswald	19	he
Hamburg	18	bd
Hannover	20	bw
Kahler Asten	14	bw
Kassel	19	bw
Kempten	14	bw
Kiel	16	bd
Koblenz	20	bw
Köln-Bonn	20	he
Konstanz	18	bw
Leipzig	18	bw
List/Sylt	14	bd
Lübeck	18	bw
Mannheim	22	he
München	17	he
Münster	19	bw
Norderney	17	bw
Nürnberg	18	he
Oberstdorf	14	bw
Passau	17	bw
Saarbrücken	19	he
Stuttgart	18	he
Trier	21	he
Zugspitze	1	IW

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	28	he
Amsterdam	19	bw
Athen	28	he
Barcelona	24	he
Belgrad	20	bd
Bordeaux	23	he
Bozen	25	he
Brüssel	19	bw
Budapest	17	R
Bukarest	28	he
Casablanca	30	wl
Dublin	16	bw
Dubrovnik	24	bw
Edinburgh	17	bw
Faro	29	wl
Florenz	28	bw
Genf	19	he
Helsinki	19	he
Hongkong	28	bw
Innsbruck	17	bw
Istanbul	28	he
Kairo	31	wl
Klagenfurt	18	bw
Konstanza	28	he
Kopenhagen	15	bw
Korfu	27	he
Las Palmas	33	he
Leningrad	21	bw
Lissabon	30	wl
Locarno	24	he
London	17	bd
Los Angeles	17	he
Luxemburg	18	bw
Madrid	27	he
Mailand	24	bw
Malaga	29	wl
Mallorca	26	he
Moskau	23	he
Neapel	25	Sp
New York	22	bw
Nizza	26	he
Oslo	17	bw
Ostende	19	bw
Palermo	28	bw
Paris	22	he
Peking	29	bd
Prag	16	bw
Rhodos	27	wl
Rom	24	bw
Salzburg	17	bw
Singapur	32	he
Split	20	bd
Stockholm	20	bw
Straßburg	21	he
Tel Aviv	31	wl
Tokio	26	bw
Tunis	31	wl
Valencia	28	wl
Varna	28	he
Venedig	23	bw
Warschau	18	bw
Wien	15	bd
Zürich	15	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

LEUTE HEUTE

Gipfelstürmer

Ein 99 Jahre alter Japaner hat gestern zum elften Mal den 3776 Meter hohen Berg Fuji bestiegen. **Teiichi Igarashi**, der am 21. September 100 Jahre alt wird, brach damit seinen eigenen Rekord: Er war schon bisher der älteste Mensch, der jemals Japans höchsten Berg bestiegen hat. 75jährig bezwang er zum ersten Mal den Fuji und wiederholte den Marsch auf den Gipfel seit 1979 jedes Jahr. Auf dem als heilig geltenden Berg betet er „für ein langes Leben all derer, die mir da oben Glück wünschten".

Rothaut

Die Geschichte lehrt, daß so mancher, der das Kriegsbeil schwingt, zuvor noch eine Friedenspfeife rauchte – wie jetzt der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Johannes Rau** (Foto). Am Wochenende wurde er in Bad Segeberg zum Ehrenhäuptling der Karl-May-Festspiele ernannt. Die Veranstalter verliehen der Rothaut den kriegerischen Namen „Starker Johannes". Geschäftsführer **Ernst Reher** verriet noch einen anderen



Grund, Rau in den „Stamm" aufzunehmen: „Die Gäste aus Nordrhein-Westfalen sind unsere treuesten Besucher." Dann zogen der federgeschmückte neue Häuptling und der parteilose Bürgermeister von Bad Segeberg, **Jörg Nehter**, kräftig an der Friedenspfeife. Der Kanzlerkandidat steht nun in einer Reihe mit **Gerhard Stoltenberg** alias Starke Hand, **Uwe Barschel**, auch Sicherer Pfeil genannt, und **Ignaz Kiechle**, Häuptling Mutiger Bruder aus Bayern. In den Freistaat fuhr Rau dann mit einem Sonderzug weiter: „Von den Rothäuten reite ich jetzt zu den Schwarzen", meinte er vielsagend.

Caroline Kennedy trug ein Hochzeitskleid aus weißer Organza-Seide mit rundem Halsausschnitt und kurzen Ärmeln. Das Oberteil war mit Kleeblüten bestickt, der schlichte Rock lief in eine lange Schleppe aus. In ihren Händen hielt die Braut einen kleinen Strauß weißer Orchideen. Bräutigam Edwin Schlossberg trug zum blauen Leinenanzug eine silberfarbene Krawatte. FOTOS: DPA/AP



Hochzeit nach Art der Kennedys

WOLFGANG WILL, Hyannisport

Die Schar der Hochzeitsgäste, die in schwarzen und silbernen Limousinen vorfuhren, war handverlesen, Öffentlichkeit nicht erwünscht. Wenige Minuten nur stellte sich das Brautpaar am Samstag vor der Kirche „Our Lady of Victory" in Centerville den Fotografen. Und auch beim anschließenden Empfang im großen weißen Zelt auf dem Landsitz der Familie in Hyannisport war man unter sich. Auf der Speisekarte standen: kalte Erbsensuppe mit Pfefferminzgewürz, Krabben und Apfelgemüse, Brathuhn mit Reis und kalte Scheiben Roastbeef. Zum Nachtisch gab es Himbeeren. Eine Hochzeit als Spiegelbild für die verhaltene Noblesse der High-Society an der Ostküste.

Die Braut ist keine ausgesprochene Schönheit, aber attraktiv, und ihr Name gibt ihr in den republikanischen Staaten automatisch Status und Gewicht einer Prinzessin. Caroline Kennedy (28), Tochter des 1963 ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy, und ihr langjähriger Freund Ed Schlossberg (42) sind im wahrsten Sinne des Wortes Gegensätze, die sich anziehen. So ist er ein ausgesprochener, fast europäischer Gourmet, der selbst ausgezeichnet kocht. Sie dagegen ist typisch amerikanisch, bevorzugt Hamburger und kann zur Not ein Spiegelei braten. Ed ist stets tadellos gekleidet, Carolines Kleidungsstil ist salopp.

Caroline Kennedy kennt Schlossberg seit 1981. Sie haben sich in New Yorks berühmtem Metropolitan Museum kennengelernt, wo er, als freier Mitarbeiter, eine Ausstellung organisierte und Caroline, als Angestellte, verantwortlich war für Film- und Fernsehprojekte. Caroline ist seit langem Millionärin. Das verdankt sie dem Vermögen ihres Vaters, das verdankt sie noch mehr einem Fonds, den Stiefvater Aristoteles Onassis für sie schuf. Vor einem Jahr begann sie an der Columbia Universität in New York ein Rechtsstudium. „Auf keinen Fall strebe ich an, Hausfrau zu werden", sagte sie unlängst.



Rührung und Stolz: Mutter Jacqueline und Onkel Edward Kennedy

Nach dem Studium der Literatur und der Naturwissenschaften promovierte Ed Schlossberg mit einer Arbeit „Einstein und Beckett". Seit einiger Zeit widmet er sich der Gestaltung und Organisation von Ausstellungen und schreibt Bücher, etwa über Computer.

Wird Edwin Schlossberg nun zum Kennedy, oder wird Caroline eine Schlossberg? Der die Öffentlichkeit scheuende Ehemann gab zweifellos an diesem 19. Juli einen Teil seiner Identität auf, denn er, der Mann jüdischen Glaubens, hat dem Drängen der Kennedys nachgegeben und ließ sich katholisch trauen.